



Europäische Bank
für Wiederaufbau und Entwicklung

Jahresbericht 1992

Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung Jahresbericht 1992



Inhalt

2	Mitgliedschaft in der Bank
4	Botschaft des Präsidenten
6	Eckdaten
7	Begleitschreiben
8	Rückblick des Direktoriums
11	Überblick über die Region
12	Tätigkeit der Bank
49	Jahresabschluß
72	1992 bewilligte Projekte
76	Gouverneure/Gouverneurinnen
77	Direktoren/Direktorinnen
78	Beiräte
79	Kontaktinformation

Hinweis an die Leser

Nicht zum Ecu-Gebiet zählende Währungen wurden, wo zutreffend, auf Grundlage der am 31. Dezember 1992 gültigen Wechselkurse in Ecu umgerechnet.

Die im gesamten Text erscheinenden Bezüge auf Mittel- und Osteuropa schließen alle Republiken der ehemaligen Sowjetunion ein.

Abkürzungen und Akronyme

BIP Bruttoinlandsprodukt
BIZ Bank für Internationalen Zahlungsverkehr
BSP Bruttosozialprodukt
CSFR Tschechische und Slowakische Föderative Republik
Die Bank, Die Europäische Bank
Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
ECU Europäische Währungseinheit
EIB Europäische Investitionsbank
EWG/EG Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Europäische Gemeinschaften
GATT Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen
GUS Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
IBRD Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
IFC Internationale Finanzierungsgesellschaft
IWF Internationaler Währungsfonds
KSZE Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LIBOR Londoner Interbanken-Angebotssatz
NIB Nordische Investitionsbank
OECD Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
PHARE Polen und Ungarn: Hilfe für Wirtschaftsumstrukturierung (EG)
TACIS Technische Unterstützung für GUS-Länder (EG)
UNDP Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung wurde mit dem Bekenntnis ihrer Vertragsparteien zu den Grundprinzipien der Mehrparteien-Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Achtung der Menschenrechte und der Marktwirtschaft gegründet. Alle Mitglieder müssen sich zu diesen Prinzipien bekennen und sie anwenden.

Es ist ihre Aufgabe, den Übergang der mittel- und osteuropäischen Länder, einschließlich der ehemaligen Sowjetunion, zur Marktwirtschaft sowie zur privaten und unternehmerischen Initiative zu fördern, um der Volkswirtschaft dieser Länder bei der vollen Integration in die Weltwirtschaft zu helfen.

Die Bank ist bestrebt, die Länder in ihrem Tätigkeitsbereich bei der Schaffung der Rahmenbedingungen für eine Marktwirtschaft, der Durchführung der Umstrukturierung und Privatisierung, der Errichtung einer modernen Infrastruktur, der Stärkung finanzieller Institutionen und Rechtssysteme und der Entwicklung des örtlichen Privatsektors zu unterstützen. Bei all ihren Operationen läßt sich die Bank von den Prinzipien einer soliden Bankarbeit und Investitionstätigkeit leiten.

Die Bank agiert als Katalysator des Wandels. Bei der Verwirklichung dieser Rolle ermutigt sie zu Kofinanzierungen und direkten Auslandsinvestitionen seitens des privaten und öffentlichen Sektors, trägt zur Mobilisierung des Inlandskapitals bei und bietet für wichtige Bereiche technische Kooperation an. Sie arbeitet eng mit internationalen Finanzinstituten und weiteren internationalen Organisationen zusammen. Die Bank fördert in ihrer gesamten Tätigkeit eine umweltfreundliche und umweltgerechte Entwicklung.

Mitgliedschaft in der Bank

unter Angabe der Länder im Tätigkeitsbereich der Bank
31. Dezember 1992

Ägypten	Estland 8	Kasachstan 20
Albanien 5	Finnland	Kirgistan 22
Armenien 16	Frankreich	Korea
Aserbaidschan 17	Georgien 15	Lettland 7
Australien	Griechenland	Liechtenstein
Belarus 9	Irland	Litauen 6
Belgien	Island	Luxemburg
Bulgarien 10	Israel	Malta
CSFR 2	Italien	Marokko
Dänemark	Japan	Mexiko
Deutschland	Kanada	Moldawien 12

Neuseeland	Slowenien 1	Vereinigte	Neue	Lettland	Länder, die kurz	Slowakische
Niederlande	Spanien	Staaten von	Mitgliedsländer	Litauen	vor Abschluß	Republik
Norwegen	Tadschikistan 21	Amerika	im Geschäftsjahr	Moldawien	ihres Beitritts-	Tschechische
Österreich	Türkei	Zypern	1992	Russische	verfahrens	Republik
Polen 3	Turkmenistan 18	EIB	Armenien	Föderation	stehen (22.	
Portugal	Ukraine 13	EWG	Aserbajdschan	Slowenien	Februar 1993)	Kroatien
Rumänien 11	Ungarn 4	Die Länder im	Belarus	Tadschikistan	Ehemalige	jugoslawische
Russische	Usbekistan 19	Tätigkeitsbereich	Estland	Turkmenistan	Republik	
Föderation 14	Vereinigtes	der Bank	Georgien	Ukraine	Makedonien	
Schweden	Königreich	sind im Druck	Kasachstan	Usbekistan		
Schweiz		hervorgehoben.	Kirgistan			

Botschaft des Präsidenten

Alle Mitgliedsländer der Bank in Mittel- und Osteuropa, einschließlich der ehemaligen Sowjetunion, setzten auch 1992 ihre Bemühungen zum Aufbau einer funktionsfähigen Demokratie und Marktwirtschaft fort. Dies geschah jedoch vor dem Hintergrund außerordentlicher sozialer und wirtschaftlicher Schwierigkeiten, die sich in steigender Inflation, einem Rückgang von Produktion und Handel sowie in zunehmender Arbeitslosigkeit widerspiegelten. Bei vielen Menschen in diesen Ländern festigte sich der Eindruck, daß am Ende des Jahres der Wohlstand in weitere Ferne gerückt war als zu Jahresbeginn. Die führenden Entscheidungsträger hatten kühne politische und wirtschaftliche Reformen durchzusetzen. In manchen Ländern blieben die politischen Strukturen der Demokratie zerbrechlich oder Stückwerk. Häufig wurden Steuern nicht eingezogen oder erreichten die Behörden nicht. Die Reformgegner verfolgten die Entwicklungen mit großer Aufmerksamkeit.

Parallel dazu waren die westlichen Industriestaaten mit der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage in ihren Ländern beschäftigt. Die Vision eines einheitlichen Europas als Teil der freien Welt wurde durch kurzfristige Forderungen im Inland getrübt. Die weiten Horizonte, die sich nach den Revolutionen von 1989 aufzutun schienen, gerieten mehr und mehr außer Sicht.

Die Europäische Bank versucht, sichere Grundlagen für einen friedlichen Übergangsprozeß zu schaffen. Das bedeutet weitere Unterstützung für die Wirtschaftsreformen, Hilfe bei der Errichtung neuer, für die Festigung der Demokratie notwendiger Institutionen und Mitarbeit an der Schaffung möglichst umfassender Handelswege in Europa. Dabei hat die Bank mit anderen internationalen Gremien in all diesen Bereichen eng zusammengewirkt.

Vorrangig beschäftigt sich die Bank damit, Investitionen für die Länder im Tätigkeitsbereich zu mobilisieren. Bestimmte Erfolge zeichnen sich bereits ab. Von nachhaltiger Bedeutung war dabei in den vergangenen zwölf Monaten die Herausbildung einer für den privaten Sektor lebensnotwendigen Infrastruktur. Ausgehend von bescheidenen Anfängen beginnt nun der Privatsektor in fast allen Ländern allmählich zu wachsen. Das gleiche trifft auch auf ausländische Direktinvestitionen zu.

Im Jahre 1992 schloß die Bank ihr erstes volles Geschäftsjahr ab. Die erste Jahrestagung des Gouverneursrates fand in Budapest statt. Die Zahl der Mitgliedsländer, in denen die Bank wirksam wird, stieg von acht auf zweiundzwanzig. Der Umfang der bewilligten Projekte der Bank hat sich mit Ecu 1,2 Milliarden nahezu verdreifacht. Programme für technische Zusammenarbeit wurden in der gesamten Region vorangetrieben und Niederlassungen in sieben Hauptstädten eröffnet. Zum Jahresende ist die Bank in ihren neuen ständigen Sitz in der Londoner City, One Exchange Square, umgezogen.

Von der Unterstützung beim Aufbau eines Telekommunikationsnetzes in Belarus, Bulgarien, der CSFR und Polen bis hin zur Hilfe bei der Entwicklung eines Straßennetzes in Ungarn hat die Bank mit ihren Finanzierungsmaßnahmen zur Herstellung neuer Verbindungen unter den Völkern in der Region sowie zwischen ihnen und der übrigen Welt beigetragen.

Privatisierungsprogramme stehen bei den Wirtschaftsreformen mit an oberster Stelle. In allen Mitgliedsländern unterstützt die Bank aktiv die Privatisierungsmodelle, unter anderem auch die derzeit in Rußland praktizierten. Aber die Privatisierung ist nur ein Bestandteil der Industriereform. Eine beträchtliche Anzahl von Industrieunternehmen mit vielen Tausenden Mitarbeitern benötigt eine Übergangsperiode zur Anpassung an die Marktdisziplin, insbesondere gilt das für den Verteidigungssektor. Die Bank bemüht sich, diese Branchen zu festigen und umzustrukturieren, um sie vor dem vollständigen Zusammenbruch zu bewahren.

Für zahlreiche Länder ergibt sich im Zusammenhang mit der Privatisierung die Notwendigkeit, durch eine Reform bestehender und die Schaffung neuer Institute einen zeitgemäßen Finanzsektor zu entwickeln. In diesem Bereich wurde die Bank tätig und investierte in neue Institutionen, wie beispielsweise die Russische Projektfinanzierungs-Bank und die Estnische Investment-Bank. Sie beteiligte sich auch an Maßnahmen zur Erneuerung, wie beispielsweise der Bereitstellung von Stammkapital für den Kleingewerbesektor in Polen, der Schaffung einer Kreditlinie zur Bereitstellung von Darlehen in einheimischer Währung für den rumänischen Agrarsektor und der Schaffung einer Einrichtung für Investment-Banking in Ungarn.

Einen weiteren Schwerpunkt für Investitionen bildeten die natürlichen Ressourcen, insbesondere der entscheidende Erdöl- und Erdgasbereich. Es sind eine breite Palette von Investitionen sowohl im privaten wie auch im öffentlichen Sektor sowie grundsatzpolitische Initiativen in Gang gesetzt worden, um diesen Bereich wiederzubeleben und zu modernisieren und das beträchtliche Exportpotential zu nutzen. Die Bank ist der Überzeugung, daß sie nunmehr beträchtliche langfristige Auslandsinvestitionen mobilisieren und den Technologie-, Management- und Systemtransfer gewährleisten kann.

Im Geschäftsjahr 1992 bewilligte die Bank eine Summe von Ecu 1,2 Milliarden für 54 unterschiedliche Projekte. Damit erhöht sich der Gesamtumfang der seit der Eröffnung der Bank für den Wiederaufbau von Mittel- und Osteuropa bereitgestellten Mittel auf Ecu 1,6 Milliarden. Seit Beginn ihrer Tätigkeit im April 1991 unternahm die Bank Anstrengungen zur Mobilisierung von bis zu Ecu 8,5 Milliarden für Darlehen und bewilligte Investitionen. Darüber hinaus garantierte sie 1992 weitere Ecu 75 Millionen für Maßnahmen im Bereich der technischen

Zusammenarbeit. Die Anzahl der Übereinkommen über Kooperationsfonds (gemäß denen die Bank die technische Zusammenarbeit unter Verwendung von Mitteln aus zweiseitigen Geberländer-Vereinbarungen unterstützt) stieg auf 26. Die Bank begrüßt die fruchtbaren Beziehungen, die sie in diesem Zusammenhang zu zahlreichen Ländern, und insbesondere zur Europäischen Gemeinschaft, hergestellt hat.

Die Bank schließt das Geschäftsjahr 1992 mit einem soliden finanziellen Ergebnis ab. Sie erzielte einen Betriebsgewinn von Ecu 3,9 Millionen, und der Bilanzverlust belief sich nach den Rückstellungen auf Ecu 6,1 Millionen. Bei einem gesamten Kreditprogramm von Ecu 900 Millionen lag die Kreditaufnahme 1992 bei Ecu 861 Millionen. Auf der Grundlage eines AAA-Rating der Bank erfolgte sie zu günstigen Bedingungen. Damit entstand eine kostengünstige Grundlage für die Finanzierung von Investitionsprojekten. Die Liquidität am Ende des Geschäftsjahres betrug Ecu 2,7 Milliarden. Diese Ergebnisse spiegeln ein mit der Errichtung der Bank verbundenes vorsichtiges Ausgaben-Management, die erfolgreiche Investition liquider Mittel vor Auszahlung und erste finanzielle Erträge aus größeren Investitionen der Bank wider. Da das Auszahlungstempo zunehmen wird, ist eine Verringerung des relativen Umfangs der flüssigen Mittel in den Bilanzen zu erwarten.

Ende 1992 beschäftigte die Bank in London und in den Zweigniederlassungen insgesamt 572 Mitarbeiter, die aus insgesamt 36 Staaten kommen.

Was wird das Geschäftsjahr 1993 für die Bank bringen? Neben dem raschen Ausbau und vorsichtigen Management unseres Darlehens- und Effektenportefeuilles, das sich seinem Umfang nach verdoppeln soll, steht eine ganze Reihe neuer Initiativen ins Haus. Wir planen ein Sonder-Umstrukturierungsprogramm, mit dem wir Firmen stabilisieren und in Unternehmen umwandeln können, die auf dem Markt wettbewerbsfähig bleiben. Im Rahmen eines Investitionsprogramms für den Übergang zur Marktwirtschaft, das auf der Grundlage eines Dialogs mit Behörden über grundsatzpolitische Entscheidungen ins Leben gerufen wird, denken wir auch über Möglichkeiten zur Finanzierung von Gruppen miteinander verbundener Projekte nach. Wir hoffen, das G-7-Übereinkommen zur Bildung eines neuen Fonds für Reaktorsicherheit zu verwirklichen. Dieser Fonds soll ein Sekretariat in der Bank erhalten und es ermöglichen, gefährliche Kernkraftwerke zu modernisieren. Wir hoffen ferner darauf, daß sich die Handelsbeziehungen zwischen allen Gebieten Europas weiterhin festigen, und daß sich die Bank an den Initiativen westeuropäischer Institutionen zur Ausdehnung des wirtschaftlichen Wachstums auf die östliche Hälfte des Kontinents beteiligen wird.

Jedoch baut die Bank nicht nur marktorientierte Volkswirtschaften für Güter und Dienstleistungen auf, sie hilft auch dabei mit, Länder neu zu gestalten, die ihrer Bevölkerung eine freiere und erfülltere Zukunft bieten werden. Vor uns steht die unmittelbare Aufgabe, eine friedliche Integration mit einer Vielfalt von Möglichkeiten zu erreichen. Demokratische Institutionen und solide Wettbewerbsmärkte setzen einen gut funktionierenden einzelstaatlichen Rahmen voraus. Aber das allein genügt nicht. Die Völker des demokratischen Europas müssen in Frieden miteinander leben, und zwar zum ersten Mal in der Geschichte des Kontinents als einheitliches Ganzes. Sicher werden Unterschiede zwischen Völkern und Nationen stets vorhanden sein, dafür gibt es keine normierte Struktur. Die Europäische Bank befindet sich in der glücklichen Lage, zu ihren Mitgliedern Länder aus Nordamerika, Asien und anderen Teilen der Welt zu zählen, die ihre eigenen Erfahrungen mit der demokratischen Marktwirtschaft aus ihrer unterschiedlichen geographischen und kulturellen Herkunft in die Bank einbringen. Das Bindeglied bilden die von den Mitgliedern der Bank gemeinsam geteilten Werte, auf deren Fundament sie ein gemeinsames Ziel und eine gemeinsame Aufgabe verfolgen: eine verheißungsvolle Partnerschaft nicht nur für die Zukunft Europas sondern der ganzen Welt.

Jacques Attali
22. Februar 1993

Eckdaten

Wichtige Finanzdaten	1992	1991	Darlehens- und Eigenkapitalprojekte	
	(9 Monate)	(9 Monate)		
	Ecu	Ecu		
	Millionen	Millionen		
Eingezahltes Kapital	2.965	2.956	1992 bewilligte Darlehensprojekte	42
Erhaltene Teilzahlungen (akkumulativ)	1.206	591	1992 bewilligte Eigenkapitalprojekte	12
Mittel- und langfristige Kreditaufnahmen für den Rechnungszeitraum	861	499	Summe der bis 31. Dezember 1992 bewilligten Darlehens- und Eigenkapitalprojekte (in Millionen Ecu)	1.461,4
Gewinn (Verlust)	(6)	(7)	Summe der bis 31. Dezember 1992 bewilligten Eigenkapitalinvestitionen (in Millionen Ecu)	157,5
Im Rechnungszeitraum bewilligte neue Projekte Aktiva (gesamt)	1.226	427		
	4.929	3.494		

Bewilligte Projekte

1991 (9 Monate) Gesamt 16

1992 Gesamt 54

Albanien	1
Bulgarien	3
CSFR	5
	2
Ungarn	10
	3
Polen	15
	6
Rumänien	2
	2
Belarus	1
Estland	2
Lettland	1
Litauen	1
Russische Föderation	7
	2
Ukraine	2
Region	4
	1

Bewilligte Fonds in Millionen Ecu

1991 (9 Monate) Gesamt 427

1992 Gesamt 1.226

Albanien	8
Bulgarien	108
CSFR	147
	31
Ungarn	150
	102
Polen	403
	82
Rumänien	81
	165
Belarus	32
Estland	42
Lettland	32
Litauen	38
Russische Föderation	110
	10
Ukraine	4
Region	72
	33

Kofinanzierung 1992 nach Sektoren

Gesamtanzahl der Bankdarlehen

Privater Sektor	26
Kofinanziert	10
Öffentlicher Sektor	14
Kofinanziert	9
Kofinanzierung: katalytischer Effekt 1992 und 1991 (in Milliarden Ecu)	
Bewilligungen durch die Bank	1.2
Gesamtinvestitionen für Projekte	7.0
Bewilligungen durch die Bank	0.4
Gesamtinvestitionen für Projekte	1.5

Technische Zusammenarbeit bis 31. Dezember 1992

Bewilligte Projekte 260

Finanzen	45
Energie	44
Umwelt	44
Privatisierung	26
Telekommunikation	23
Transport	20
Agrarindustrie	19
Weitere	39

Begleitschreiben

London, 22. Februar 1993

An die Gouverneure und Gouverneurinnen

Gemäß Artikel 35 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank und Abschnitt 11 ihrer Satzung legt das Direktorium dem Gouverneursrat den beigefügten Jahresbericht der Bank für das Geschäftsjahr 1992 vor.

Der Jahresbericht umfaßt auch den gemäß Artikel 27 des Übereinkommens und Abschnitt 13 der Satzung vorzulegenden gebilligten und geprüften Jahresabschluß. Er enthält ferner entsprechend Artikel 10 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank einen gesonderten Abschluß für die Sonderfondsmittel und beschäftigt sich gemäß Artikel 35 des Übereinkommens mit den ökologischen Auswirkungen der Tätigkeit der Bank.

Das Direktorium stellt mit Genugtuung fest, daß die Bank im Jahre 1992 ihre Geschäftstätigkeit erheblich entwickelt und ausgedehnt hat und spricht den Mitarbeitern, deren Engagement und fleißiges Wirken dies erst ermöglichte, seine hohe Wertschätzung aus.

Präsident und Vorsitzender des Direktoriums

Jacques Attali

Direktoren	Stellvertretende Direktoren/ Direktorinnen
William Curran	Emily Walker
Claes de Neergaard	Halldór Kristjánsson
Tetsuma Fujikawa	Yoshihisa Kuroda
Robert Graham-Harrison	Jon Cunliffe
Jim Humphreys	Won-Young Yon
Ron Keller	Paul Menkved
Heiner Luschin	Mordechai D. Fraenkel
Giuseppe Maresca	Maurizio Serra
Don McCutchan	David Horley
Patrick Mordacq	Didier Elbaum
Kari Nars	Erik Århus
Guy Noppen	Ernest Muhlen
Tomás Parizek	György Matolcsy
Oleg Preksin	Sergej Owsejtschik
Jacques Reverdin	Ibrahim Berberoglu
Christopher Sibson	Terry Brown
José da Silva Lopes	Dimitri Koulourianos
Lars Tybjerg	Phelim Molloy
José Luis Ugarte	Belen Cristino
Antoine Van Goethem	Peter Blackie
Jan Winiecki	Plamen Iltschew
Günter Winkelmann	Siegfried Borggrefe
-	Stanel Ghencea

Bericht des Direktoriums

Die Entscheidungen über grundsatzpolitische Maßnahmen und die Tätigkeit der Bank wurden in einem sich immer komplexer gestaltenden Umfeld getroffen; dramatische wirtschaftliche und politische Veränderungen in den Ländern im Tätigkeitsbereich der Bank und eine wirtschaftliche Rezession in der industrialisierten Welt gaben ihnen das Gepräge.

Die Direktoren unterstrichen die Notwendigkeit eines einheitlichen Einsatzprogramms, das die Tätigkeit in allen Ländern der Region gut aufeinander abstimmt.

Die Erfolgsbilanz im Hinblick auf die 1992 bewilligten Projekte ist beeindruckend. Dennoch macht unter anderem die nur zögerliche Auszahlung der Mittel die immer noch vorhandenen Schwachstellen im institutionellen und rechtlichen Rahmen vieler Länder deutlich.

Die Direktoren zollten dem Finanzmanagement und den erreichten Ergebnissen der Bank in ihrem ersten vollen Geschäftsjahr Anerkennung.

Mitgliedschaft

Die 1992 von acht auf zweiundzwanzig beträchtlich gestiegene Anzahl an Mitgliedsländern, in denen die Bank tätig ist, veranlaßte das Direktorium, das ursprüngliche Geschäftsprogramm für das Jahr zu überprüfen, um auf die Bedürfnisse jedes einzelnen Landes im Tätigkeitsbereich wirksam eingehen zu können.

Estland, Lettland und Litauen, deren Mitgliedschaft in der Bank vom Gouverneursrat im Jahre 1991 gebilligt wurde, schlossen die Antragsverfahren ab, um ihre Mitgliedschaft voll wirksam werden zu lassen.

Anfang 1992 beschäftigte sich das Direktorium mit der Lage nach der Auflösung der ehemaligen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR). Es vereinbarte, die früher von der UdSSR gehaltenen Anteile an der Bank unter den zwölf neuen unabhängigen Staaten aufzuteilen und die Beschränkungen hinsichtlich der Geschäftstätigkeit in der UdSSR zu lockern. Die 4.400 nicht zugewiesenen Anteile bleiben potentiell verfügbar, um sie auf die Länder aufzuteilen, die ehemals Bestandteil der Sowjetunion waren.

Nach Annahme der erforderlichen Resolutionen für Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Kasachstan, Kirgistan, Moldawien, die Russische Föderation, Tadschikistan, Turkmenistan, die Ukraine und Usbekistan durch den Gouverneursrat hatten alle zwölf Länder Ende 1992 die Antragsverfahren abgeschlossen, um ihre Mitgliedschaft in der Bank voll wirksam werden zu lassen.

In den Sommermonaten 1992 befaßte sich das Direktorium mit der Lage in der ehemaligen Sozialistischen Föderativen

Republik Jugoslawien (SFRJ) und nahm Konsultationen mit den Vorsitzenden der Friedenskonferenz und ihrer Schlichtungskommission auf. Im Juli nahm das Direktorium zur Kenntnis, daß die SFRJ nicht mehr besteht und es keinen alleinigen Nachfolgestaat für die Mitgliedschaft in der Bank gibt. Im September empfahl das Direktorium, daß bis zu einer endgültigen Neuzuteilung des Aktienbestandes des ehemaligen Jugoslawiens an der Bank durch den Gouverneursrat jedem der Länder, die vormals einen Teil Jugoslawiens gebildet haben und als Mitglieder zugelassen werden, zunächst 100 Anteile zugewiesen werden sollten. Im Oktober kamen die Gouverneure auf Empfehlung des Direktoriums überein, Slowenien die Mitgliedschaft in der Bank zu gewähren. Slowenien schloß Ende 1992 sein Aufnahmeverfahren ab, um die Mitgliedschaft in der Bank voll wirksam werden zu lassen. Im Dezember empfahlen die Direktoren, Kroatien zur Mitgliedschaft zuzulassen.

Im Dezember befaßten sich die Direktoren des weiteren mit der aus der bevorstehenden Auflösung der Tschechoslowakischen Föderativen Republik (CSFR) entstehenden Lage. Das Direktorium vereinbarte, den Gouverneuren zu empfehlen, die Anteile der ehemaligen CSFR in einem Verhältnis von 2:1 zwischen der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik aufzuteilen und ihre jeweilige Mitgliedschaft vom 1. Januar 1993 an als wirksam zu betrachten, vorbehaltlich des Abschlusses der Mitgliedschaftsverfahren.

Damit die Bank auf die neuen Anforderungen reagieren kann, die ihr aus der erheblichen Zunahme an neuen Mitgliedern erwachsen, billigte das Direktorium einen Zusatzhaushalt für das Geschäftsjahr 1992.

Grundsatzpolitische Maßnahmen

Entsprechend den Bestimmungen des Übereinkommens muß das Direktorium mindestens einmal im Jahr die Geschäftstätigkeit und Kreditvergabestrategien der Bank für die Einsatzländer behandeln. Im Verlaufe des Jahres 1992 billigte das Direktorium Länderstrategien für zahlreiche neue Mitglieder (Armenien, Belarus, Estland, Georgien, Kasachstan, Lettland, Litauen, die Russische Föderation, die Ukraine und Usbekistan) und überprüfte die schon früher gebilligte Strategie für Ungarn. In Vorbereitung befinden sich Länderstrategien für Aserbaidschan, Kirgistan, Kroatien, Moldawien, die Slowakische Republik, Slowenien, Tadschikistan, die Tschechische Republik und Turkmenistan.

Im Zusammenhang mit der Erarbeitung von Entscheidungen des Direktoriums hinsichtlich dieser Strategien besuchte eine Gruppe von Direktoren und stellvertretenden Direktoren Estland, Lettland, Litauen, St. Petersburg in der Russischen Föderation,

Albanien, Belarus, die Ukraine und Usbekistan. Durch diese Besuche gewannen die Direktoren einen Einblick in den Prozeß des Wandels in diesen Ländern, der für die Diskussionen über Länderstrategien bei Tagungen des Direktoriums, an dem hochrangige Vertreter der betroffenen Länder teilnehmen, sehr wertvoll ist.

Neben den Länderstrategien verabschiedete das Direktorium Dokumente über Geschäftsgrundsätze in fünf Schlüsselbereichen: Finanzsektor, Energie, Verkehr, Telekommunikation und Stadtentwicklung.

Die Direktoren befaßten sich auch damit, wie die Bank bei ihrer Tätigkeit in bezug auf Privatisierung, Umstrukturierung und Rüstungskonversion - ursprünglich als Vorbereitung zur Behandlung durch die Gouverneure auf der Ersten Jahrestagung - vorgehen sollte. In Anbetracht der Ergebnisse dieser Diskussion überprüfte das Direktorium nachfolgend die Beratertätigkeit, die die Bank im Zusammenhang mit der Privatisierung leistet.

Darüber hinaus und im Ergebnis der wirtschaftlichen Folgen der zunehmenden Zahl an bewaffneten Konflikten und Spannungen in der Region wurde vom Direktorium ein Dokument über die politischen Aspekte des Mandats der Europäischen Bank im Zusammenhang mit ethnischen Minderheiten behandelt und verabschiedet.

Nach der Erörterung des Themas Privatisierung und Umstrukturierung durch die Gouverneure in einer geschlossenen Sitzung während der Ersten Jahrestagung in Budapest bildete der Präsident zwei Arbeitsgruppen: zum einen eine Gruppe, die sich mit dem Sonder-Umstrukturierungsprogramm und zum anderen eine, die sich mit den Finanzierungsinstrumenten der Bank befaßte. Das Direktorium behandelte die Berichte beider Arbeitsgruppen und billigte die Vorbereitung von zwei Pilotprogrammen: zum einen ein vorgeschlagenes Sonder-Umstrukturierungsprogramm zur Gewährleistung von Stabilisierungs- und Turnaround-Finanzierung für die Umstrukturierung von Unternehmen und zum anderen ein Investitionsprogramm für einen einheitlichen Komplex von Projekten im Rahmen eines Dialogs über grundsatzpolitische Entscheidungen mit den entsprechenden Behörden. Dieses Programm läuft unter der Bezeichnung "Investitionsprogramm für den Übergang zur Marktwirtschaft" (TMIP).

Eines der Leitprinzipien für die Tätigkeit der Bank ist in Artikel 11.3 enthalten, in dem die Rolle der Bank in der Entwicklung des Privatsektors in den Ländern Mittel- und Osteuropas hervorgehoben und die Zusage von Mitteln an den öffentlichen Sektor eingeschränkt wird. Zur Überwachung dieser Maßnahmen billigte das Direktorium eine Arbeitsmethode für die Anwendung dieses Portefeuille-Verhältnisses.

Geschäftstätigkeit

Im Geschäftsjahr 1992 bewilligte das Direktorium 54 Projekte, womit die Gesamtzahl der seit Eröffnung der Bank gebilligten Projekte auf 70 gestiegen ist. Von den im Berichtsjahr bewilligten Projekten waren 12 Kapitalbeteiligungen, 40 Darlehen und 2 Agenturlinien. Der Gesamtbetrag der bewilligten Finanzierung durch die Bank belief sich auf Ecu 1,2 Milliarden. Eine ausführlichere Übersicht über die Projekt-Portefeuilles ist auf den Seiten 72 bis 75 zu finden.

Besondere Bedeutung messen die Direktoren der Suche nach Möglichkeiten für die Stärkung des Finanzsektors und die Weiterleitung von Finanzen an kleine und mittelständische Unternehmen bei. In diesem Zusammenhang billigte das Direktorium Finanzierungsübereinkünfte für die Weiterleihe von Mitteln, unter Einbeziehung internationaler und örtlicher Banken und bewilligte ferner Investitionen für neue Finanzinstitutionen.

Beschaffungsgrundsätze und -verfahren, die bei von der Bank zu finanzierenden Projekten anzuwenden sind, wurden angenommen. Sie stützen sich auf die GATT-Prinzipien und sollen in erster Linie einen möglichst gerechten und offenen Wettbewerb um alle Verträge fördern.

Um sicherzustellen, daß die Bank auf effektivste Art und Weise aus ihren Erfahrungen lernen kann, wurde ein Grundsatzdokument über die Bewertung abgeschlossener Projekte angenommen.

Im Verlaufe des Geschäftsjahrs beteiligte sich die Bank an Aktivitäten im Bereich der technischen Kooperation in fast allen ihren Mitgliedsländern in Mittel- und Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion. Die Direktoren begrüßten die Beschlüsse über die Errichtung von 15 neuen Fonds für technische Kooperation während des Jahres sowie für die weitere Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft und mit den auf diesem Gebiet tätigen Geberländern.

Das Direktorium bewilligte die Errichtung der ersten beiden Sonderfonds der Bank entsprechend Artikel 18 ihres Übereinkommens: den Sonderfonds für Investitionen im baltischen Raum und den Sonderfonds für technische Unterstützung im baltischen Raum. Damit werden der Bank nicht gebundene Fonds zur Verfügung gestellt, die die Regierungen Dänemarks, Finnlands, Islands, Norwegens und Schwedens zur Unterstützung Estlands, Lettlands und Litauens finanzieren.

Budgetaufstellung, Finanzmanagement und Ergebnisse

Im gesamten Berichtszeitraum wurden dem Direktorium ausführliche Abschlüsse auf Quartalsbasis zusammen mit Berichten über Ausgaben im Rahmen des Verwaltungshaushalts

vorgelegt, die im Rechnungsprüfungsausschuß geprüft wurden.

Im März prüfte das Direktorium das Kreditaufnahmeprogramm und bewilligte die Vergabe von Darlehen in Höhe von Ecu 900 Millionen für das Geschäftsjahr 1992. Im November bewilligte es ein Kreditaufnahmeprogramm in Höhe von Ecu 900 Millionen für das Geschäftsjahr 1993. Der Finanzausschuß des Direktoriums prüfte Berichte über den Stand der Kreditaufnahmetätigkeit und die Auszahlung von Kapitalzeichnungen durch die Mitglieder.

Eine grundsätzliche Entscheidung über die Sonderrücklage wurde im April getroffen. Damit wurde gewährleistet, daß die entsprechenden Gebühren und Provisionen für Darlehen, Garantien und Zeichnungen zur Bildung der Sonderrücklage vorgesehen werden.

Im Herbst 1992 behandelten das Direktorium und seine Ausschüsse die institutionellen Schwerpunkte und den Haushalt für 1993, die vom Direktorium im Dezember verabschiedet wurden. In den institutionellen Schwerpunkten und in der Zuteilung der Ressourcen spiegelt sich die im Direktorium geführte Diskussion und die dabei festgestellte Notwendigkeit wider, die kritische Masse für die Tätigkeit der Bank zu erreichen, während zugleich gewährleistet werden muß, daß die Banktätigkeit in den verschiedenen Ländern in einem ausgeglichenen Rahmen erfolgt. Die Schwerpunkte berücksichtigen auch einen höheren Prozentsatz an Kapitalbeteiligungen in den von der Bank für 1993 eingegangenen Verpflichtungen als bisher.

Überblick über die Region

- 14 Politische und institutionelle
Entwicklungen
- 15 Wirtschaftsüberblick

Überblick über die Region

Politische und institutionelle Entwicklungen

Im Verlaufe des Geschäftsjahres 1992 hat sich die Zahl der Bankmitglieder aus Mittel- und Osteuropa sowie der ehemaligen Sowjetunion von acht auf zweiundzwanzig erhöht, wobei mehrere Anträge noch ausstehen. All diese neuen Mitglieder waren früher Bestandteil eines der ursprünglichen Signatarstaaten des Übereinkommens. Ihre nunmehr eigenständige Vollmitgliedschaft ist entweder auf eine geordnete und im großen und ganzen gewaltlose Auflösung des ursprünglichen Landes zurückzuführen - so wie das bei den Republiken der ehemaligen Sowjetunion der Fall war - oder ist das Ergebnis von bewaffneten Konflikten, wie nach wie vor im ehemaligen Jugoslawien zu beobachten. Aber ungeachtet der Art, wie ihre Mitgliedschaft zustande kam, ging die Unabhängigkeit häufig mit wachsenden ethnischen oder sonstigen Spannungen einher, die auf wirtschaftlichen Wandel und soziale Umwälzungen zurückzuführen sind.

Wie schon im Jahre 1991 besteht in der Zukunft die größte Gefahr für die Demokratie. Aber den zu größerer Besorgnis Anlaß gebenden Problemen stehen auch positive Anzeichen gegenüber. Zu letzteren zählt die Praxis demokratischer Wahlen überall in der Region, die von internationalen Beobachtern im allgemeinen als frei und fair beurteilt werden. Im großen und ganzen lassen sich auch in zunehmendem Maße eine größere Bewegungs-, Vereinigungs-, Religions- und Pressefreiheit feststellen, ebenso wie weitere Schritte zu verstärkter Dezentralisierung und Privatisierung (einschließlich der Rückgabe von Eigentum). Darüber hinaus zeichnen sich neue außenpolitische Orientierungen ab, die auf eine politische und wirtschaftliche Integration mit der internationalen Gemeinschaft als Ganzes und insbesondere innerhalb der Region hinauslaufen. Das Übereinkommen über Zusammenarbeit von Visegrad, die Mitteleuropa-Initiative, die wirtschaftliche Zusammenarbeit im Schwarzmeerraum, die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und der Baltische Rat sind allesamt Beispiele dieser letztgenannten neuen Politik. Zahlreiche Länder sind auch besonders an der Integration mit den europäischen Gemeinschaften interessiert, und eine Reihe von Europa-Abkommen über Handel und andere Bereiche stellt einen ersten Schritt in diese Richtung dar.

Jedoch müssen viele Länder dieser Region mit instabilen parteipolitischen Systemen leben, die nur eine schwächere Opposition oder labile Koalitionen bzw. Wählerverdrossenheit zur Folge haben. Geringe Wahlbeteiligungen deuten darauf hin, daß politische Unruhen in den Machtzentren nur sehr wenig zu tun haben mit den Härten des täglichen Lebens. In einigen Ländern ist es zu direkten Konfrontationen in bezug auf die Medienpolitik gekommen, da sich die Regierungen dort bisweilen nur sehr wenig geneigt zeigten, die Kontrolle über die Medien aufzugeben,

insbesondere die Kontrolle über Rundfunk und Fernsehen. Zugleich beklagten sie, daß die massive Kritik in diesen besonders schwierigen Zeiten dem Reformprozeß schade. Grundlegende Fragen zum rechtlichen Rahmen, in dem sich die Medien in der Region bewegen können, müssen in den meisten dieser Länder noch gelöst werden.

Tatsächlich muß - in einem größeren Rahmen gesehen - die effektive Verwirklichung zahlreicher vereinbarter Rechtsreformen in der Region überhaupt erst noch in Gang gesetzt werden. Umfang und Komplexität der Aufgabe sind durch drei zusätzliche Faktoren erschwert worden:

- Mit Erlangung der Eigenstaatlichkeit hat sich in vielen Ländern eine gewaltige neue Dimension im gesetzgeberischen Bereich aufgetan. Neben der Schaffung von Gesetzen, die die kommerziellen Beziehungen regeln und für den Übergang zur Marktwirtschaft von entscheidender Bedeutung sind, muß jedes dieser Länder parallel dazu einen gesetzlichen Rahmen für den neuen Staat erarbeiten.
- Jene Länder, die mit der Rechtsreform bereits 1989 und 1990 begonnen haben, konnten zunehmende ausländische wie auch einheimische Investitionen im Privatsektor verzeichnen und hatten somit bereits die Möglichkeit, ihre ersten Initiativen für eine Rechtsreform in der Praxis zu erproben. Sie stellten dabei eine Reihe von Schwachstellen fest und leiteten entsprechende Maßnahmen ein.
- Es wird immer deutlicher, daß das Inkraftsetzen von Einzelgesetzen und die Verabschiedung ganzer Gesetzeswerke zwar ein notwendiger, aber immer noch nicht ausreichender erster Schritt zur Errichtung einer rechtlichen Grundlage für eine gut funktionierende Marktwirtschaft ist. Es müssen darüber hinaus Verfahren und Institutionen geschaffen werden, um die Gesetze anzuwenden und die Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit zu unterstützen. Zwei bis drei Jahre sind für eine Rechtsreform kein realistischer Zeitrahmen.

Jedes Land in der Region befindet sich in einer anderen Phase der Umsetzung dieser kontinuierlichen Aufgabe der Rechtsreform. Zahlreiche Erfahrungen wurden bereits gesammelt, und eine der Herausforderungen im bevorstehenden Jahr wird es sein, den neuen unabhängigen Staaten die Gewähr zu geben, daß sie aus den in Mittel- und Osteuropa gemachten Erfahrungen lernen können.

Die Wechselwirkung zwischen der politischen Situation und dem wirtschaftlichen Wandel ist zunehmend deutlicher geworden. Die Geschwindigkeit des Übergangs zur Marktwirtschaft, die Menge und Breite der Privatisierung und die Reformen des Netzes der sozialen Sicherheit - sie alle wurden in jedem Land der Region wegen der damit verbundenen sozialen und

politischen Auswirkungen mehr oder weniger stark zurückgefahren. So überraschen die Schwierigkeiten nicht, die für manche Regierungen entstehen, wenn sie äußerst unpopuläre, mit krassen sozialen und wirtschaftlichen Folgen einhergehende Maßnahmen ergreifen.

Die mit diesen Widersprüchen einhergehenden Spannungen zeigen sich immer deutlicher in der zunehmenden Polarisierung der politischen Meinungen. Eine Reihe reformorientierter Regierungen, vor allem in der ehemaligen Sowjetunion, sieht sich dem zunehmenden Druck der Kräfte ausgesetzt, die eine Rückkehr zum früheren Kommandosystem und zu stärkerer autoritärer Kontrolle befürworten. In anderen Ländern, vorwiegend in Mitteleuropa, müssen wir ein Anwachsen extremistischer nationalistischer Ansichten miterleben, deren politische Tendenzen an die äußerst rechtsgerichteten Regime der 30er und 40er Jahre erinnern. Die schlimmsten Folgen dieser Auseinandersetzungen führten zu einem Anstieg der Zahl bewaffneter Konflikte, die bislang zwar im großen und ganzen örtlich begrenzt blieben, von denen einige aber die folgenschwere Gefahr in sich bergen, daß sie sich auf andere Länder der Region oder gar darüber hinaus ausweiten können.

Eine demokratische Marktwirtschaft kann sich in unterschiedliche Richtungen entwickeln, und jedes Land wird für sich entscheiden müssen, welche es einschlagen möchte. Internationale Institutionen, die sich mit Menschenrechten befassen, wie etwa die KSZE und der Europarat bzw. solche, deren Aufgabenbereich finanzielle und wirtschaftliche Entwicklungen und Reformen darstellen, wie beispielsweise der IWF und die Weltbank, können viel dazu beitragen, den Mitgliedern in ihrem jeweiligen Bereich bei der Umgestaltung zu helfen. Das Mandat der Europäischen Bank zur Förderung des Übergangs mittel- und osteuropäischer Länder, einschließlich der ehemaligen Sowjetunion, zur offenen Marktwirtschaft ist eng verbunden mit dem damit einhergehenden Fortschritt auf dem Weg zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die Bank ist mithin bereit, mit demokratischen und wirtschaftlichen Institutionen - im internationalen Rahmen wie auch innerhalb der Vollmitgliedsländer der Bank - zusammenzuarbeiten, um sich den Herausforderungen der Zukunft zu stellen.

Wirtschaftsüberblick*

Seit nunmehr mindestens drei Jahren sinkt die Produktion in Mittel- und Osteuropa, und in fast jedem Einzelfall war der Rückgang im Jahre 1991 doppelt so hoch wie im Jahre 1990. 1992 hingegen hat sich der Abschwung in den meisten Fällen wesentlich verlangsamt, in der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen wahrscheinlich bereits umgekehrt. In einigen Teilen der

vormaligen Sowjetunion (und der ehemaligen Republik Jugoslawien) setzte sich der Abschwung jedoch das ganze Jahr über mit etwa 20% fort. Der Niedergang in der Region umfaßt einen industriellen Bereich von beträchtlicher Breite, im wesentlichen als Folge der zurückgehenden Ausgaben für das Militär. Er schließt die Produktion fossiler Brennstoffe und als Folge des schlechten Wetters sogar die Landwirtschaft ein; auch der soziale Bereich ist geschrumpft. Das Wachstum des privaten Dienstleistungsbereichs ist nur unzureichend ausgewiesen.

Noch mehr als die Entwicklung des Wachstums reagiert die Entwicklung der Preise auf Zeitpunkt und Art und Weise der Stabilisierung und des Reformprozesses. Seit Beginn der Reformen im Jahre 1990 hat sich die Inflation in Polen und Slowenien abgeschwächt; in Bulgarien, Rumänien - und auf einer weitaus bescheideneren Ebene in der Tschechoslowakei - erreichte sie 1991 ihren Gipfelpunkt. In großen Teilen der ehemaligen Sowjetunion lag sie bereits über 100% pro Jahr, als zu unterschiedlichen Zeitpunkten im Jahre 1992 radikalere Reformen eingeführt wurden. Aufeinanderfolgende Erhöhungen der Preise für Energie und insbesondere die Folgen von sukzessiven Krediten der Zentralbank an zahlungsunfähige Unternehmen und die damit in Verbindung stehende Schwäche des Rubels haben in mehreren Fällen die monatliche Inflationsrate auf über 25% getrieben.

Die Arbeitslosigkeit ist überall angestiegen und wird weiter wachsen, und zwar von den künstlich niedrigen Ziffern auf Werte, die im allgemeinen selbst nach westlichen Standards hoch sind. Rußland und andere Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion bilden dabei mit ihren registrierten Steigerungen von unter 5% nur in der Bescheidenheit der Zunahmen eine Ausnahme, insbesondere angesichts des numehr zugegebenen Produktionsrückgangs. Ganz offensichtlich behalten viele Unternehmen auch weiterhin Arbeitskräfte, für die wenig oder gar keine Arbeit vorhanden ist. Möglicherweise spiegelt das auch die unter dem vorherigen System gegebene Abhängigkeit der Arbeiter von ihren Betrieben im Hinblick auf vielfältige Sozialleistungen wider. Die sich daraus herleitende Belastung der Unternehmenshaushalte ist ein wesentlicher Grund für die Kreditschöpfung, die ihrerseits wiederum die Inflation vorantreibt. Dieses Problem wäre freilich auch dann nicht aus der Welt gebracht, wenn die Verantwortung für diese Sozialleistungen auf (die eigentlich zuständigen) Regierungsbehörden übertragen würde.

Der Staatshaushalt befindet sich überall unter Druck, die Defizite erreichen nach den unterschiedlichen Interpretationen bis zu 20% des BSP, in der Ukraine liegt der Wert sogar noch höher. In einigen Ländern, wie etwa in Polen und Ungarn, können Defizite von 5 bis 10% des BSP durch ein Anzapfen der hohen

* Hierbei handelt es sich lediglich um eine kurze Zusammenfassung von Veränderungen im Laufe des Geschäftsjahres. Eine ausführliche Besprechung einiger der hier angesprochenen Fragen und landesspezifische Einzelheiten zu diesen Themen sowie eine Darstellung der allgemeinen Entwicklung finden sich im Jahresrückblick auf die wirtschaftliche Entwicklung, den die Bank im Februar 1993 herausgebracht hat (ISSN: 0967-9634).

privaten Sparkonten zeitweilig finanziert werden.

In anderen Bereichen gefährden die zunehmenden Haushaltsdefizite das mühsam erkämpfte Fortschreiten in Richtung auf die Währungsstabilität. Die aus den meisten Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion bestehende Rubelzone hat sich dabei besonderen Schwierigkeiten gegenübersehen; einige Staaten haben Kreditrubel zu hohen, aber unterschiedlichen Raten vergeben und unterschiedliche Kreditwürdigkeit genossen, wodurch die Kreditrubel nicht umfassend austauschbar gewesen sind, wohingegen es in Rußland Schwierigkeiten beim Druck ausreichender Mengen von Rubelnoten gegeben hat. Außerdem stand der Vorwurf der unfairen Verteilung dieser Rubel im Raum. Das hat eine Reihe von Staaten dazu ermutigt, parallele Couponwährungen zu emittieren, obwohl diese bezeichnenderweise nicht in der geeignetsten Form für die Überwindung des Engpasses an Rubelnoten ausgegeben worden sind. Gestützt auf diese Parallelwährungen haben die Ukraine, eine Reihe der baltischen Länder und unlängst Belarus in einigen Fällen vorläufige Währungen geschaffen. Zwar fiel der ukrainische Karbowanez gegenüber dem Rubel im Wert zurück, dagegen ist die estnische Währung nach Stützung durch harte Währungen auf Grund des repatriierten Golds sowie im Ergebnis einer straffen Korrektur der staatlichen Finanzpolitik erfolgreich in einem festen Wechselkursverhältnis mit der DM verbunden worden.

Diese Störungen in der Geld- und Finanzwirtschaft haben sich negativ auf den zwischenstaatlichen Handel ausgewirkt, denn in mehreren Fällen kamen die Exportbetriebe unter Druck und haben oft über längere Zeit verzögerte Zahlungen in an Wert verlierenden Kreditrubeln anderer Staaten nicht akzeptiert. Darüber hinaus hat das Fehlen eines koordinierten zwischenstaatlichen Reformprogramms zur Folge gehabt, daß die weniger vorangeschrittenen Staaten häufig wesentlich niedrigere kontrollierte Preise hatten als die Nachbarstaaten, deren Preise bereits freigegeben worden waren. Das hat im Falle der langsamen Reformer nicht nur in dem Maße, wie sich die Importe aus anderen Staaten verteuert haben, eine negative Entwicklung der Terms of Trade im Gefolge gehabt, sondern darüber hinaus auch die Exporte ihrer eigenen Erzeugnisse in Staaten mit höheren Preisen eingeschränkt, da diese den Versuch unternommen haben, die eigenen Bürger zu kontrollierten Preisen zu versorgen.

Mit dem sich verringernden Absatzmarkt in der ehemaligen Sowjetunion (da ein zunehmender Anteil des Hartwährungseinkommens für Schuldendienste benötigt wurde) und der Schwierigkeit, in harten Währungen und zu Weltmarktpreisen abzurechnen, haben sich die Länder in Ost- und insbesondere in Mitteleuropa nach dem Westen und ganz besonders nach der

Europäischen Gemeinschaft ausgerichtet, deren Anteil am Handel mit diesen Ländern rasch auf über 50% angestiegen ist. Trotz der kürzlich unterzeichneten Europa-Abkommen mit einigen mittel- und osteuropäischen Ländern sind sie beim Export ihrer empfindlichen Erzeugnisse, ganz besonders bei Stahl, auf Hindernisse gestoßen. Dessenungeachtet waren die Zahlungsbilanzdefizite 1992 in diesen Ländern im allgemeinen wesentlich geringer als im Jahre 1991.

In einigen Fällen hat sich die Schuldensituation verbessert, das betrifft insbesondere Ungarn und Polen, das Unterstützung vom Pariser Club bekam (die endgültige Regelung hängt allerdings von einer befriedigenden Regelung der Ansprüche der Handelsbanken beim Londoner Club ab). Dort haben das Exportwachstum sowie die Ansammlung von Reserven die Situation ganz wesentlich verbessert und es ermöglicht, neue Anleihen auf dem Markt aufzunehmen. Bulgarien hat die konsolidierten Zahlungsverpflichtungen für seine Schulden sowohl an offizielle wie auch an kommerzielle Darlehensgeber eingehalten.

In der ehemaligen Sowjetunion hat ausschließlich die Russische Föderation Zahlungen an Gläubiger geleistet, trotz der Übereinkommen der Nachfolgestaaten mit der G-7-Gruppe. Die Russische Föderation hat die Passiva einer Reihe anderer Staaten im Austausch gegen deren Ansprüche auf die überseeischen Aktiva der ehemaligen Sowjetunion übernommen. Da es kein Übereinkommen des Pariser Clubs über Konsolidierung gibt, haben sich die russischen Zahlungsrückstände beträchtlich vergrößert.

Im Gegensatz zu anderen Kenngrößen wird sich die Beschäftigungssituation im Jahre 1993 kaum verbessern, weil höhere Anreize sowie mehr Effektivität bewirken, daß das Produktionswachstum der Arbeitsmarktlage noch einige Jahre vorausseilen wird; jedoch kann möglicherweise die Verfügbarkeit von hochqualifizierten Arbeitskräften zu sehr niedrigen Löhnen (die in einigen Teilen der ehemaligen Sowjetunion weniger als Ecu 25 im Monat entsprechen) ausländische Investoren anlocken. Trotzdem bestehen weiterhin schwerwiegende Gegenargumente, die sich aus dem Zusammenbruch der lokalen Nachfrage wie auch der unvollständigen gesetzlichen Rahmenbedingungen und deren Verwirklichung in verschiedenen Sektoren ergeben, wie auch aus allgemeineren Grundsatzfragen und der politischen Instabilität in anderen Bereichen.

Die direkten Auslandsinvestitionen, die sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf Mitteleuropa konzentrieren, sollen von Ecu 2 Milliarden 1991 auf etwa Ecu 3 Milliarden 1992 und auf Ecu 4 Milliarden im Jahre 1993 steigen, so daß insbesondere das Defizit von Ecu 20 Milliarden der ehemaligen Sowjetunion auf andere Weise finanziert werden muß. Die direkten

Auslandsinvestitionen sind ungleichmäßig über Mitteleuropa verteilt. Nach Angaben der OECD hat Ungarn die Hälfte der im Jahre 1991 vergebenen Gesamtsumme erhalten. 60% der ausländischen Direktinvestitionen kommen aus Westeuropa, über 10% allein aus Deutschland.

Direkte Investitionen aus dem Ausland dienen nicht lediglich zur Finanzierung von Projekten, sondern bilden auch einen der Wege, über die die für den Privat- und Exportsektor erforderlichen Fertigkeiten im Marketing und im Finanzbereich diese im Übergang befindlichen Länder erreichen. Joint Ventures sowie hundertprozentige Tochtergesellschaften sind in den letzten Jahren in dieser Region in allen Mitgliedsländern der Bank geschaffen worden. Für diese steht häufig die Belieferung der OECD-Märkte im Mittelpunkt.

Übergang zur Marktwirtschaft

Fast alle Länder haben die notwendigen Gesetze zu Privateigentum und Handel (einschließlich der Konkursgesetze) auf den Weg gebracht, obwohl nur Ungarn sie auch energisch anwendet. In einigen Ländern, in denen der Übergang am weitesten vorangeschritten ist, erbringt der private Sektor jetzt bis zu 50% des BSP. Das entspricht ungefähr dem Vierfachen des Stands von vor fünf Jahren in den ehemals zentralgesteuerten Volkswirtschaften.

Für Privatunternehmen ist private Finanzierung durch einen marktorientierten Finanzsektor erforderlich. Die Privatisierung des Bankwesens bringt eine Reihe von Problemen mit sich: Es bedarf der Ausbildung von Managern, die in der Lage sind, die Risiken privater Handelsdarlehen zu erkennen, weiterhin müssen Dienste für die Kontrolle der Banken ins Leben gerufen werden, erforderlich ist ebenfalls die Schaffung von Teileinlageversicherungen für Privatbanken, die mit den Staatsbanken im Wettbewerb stehen. Letztere bieten in der Tat eine hundertprozentige Versicherung an. Weiterhin müssen Systeme eingeführt werden, die für Schlichtung und internationale Zahlungen erforderlich sind. Von ganz besonderer Bedeutung ist auch das Problem, daß es in den Büchern der bestehenden Banken umfassende Einlagen gibt, die bisher keine Einkünfte erbracht haben.

Die Dimensionen für eine Lösung des Problems sind beschränkt: Viele der uneinbringlichen Schulden wachsen noch immer (die vom alten Regime übernommenen sind zum großen Teil durch die Inflation nichtig geworden); unter diesen Umständen könnte eine Schuldenabschreibung die verwunderliche Auswirkung einer Anregung der Banktätigkeit zeitigen. Selbst für den Fall, daß Abschreibungen nicht direkt dem Haushalt angelastet werden, führen die konventionellen

Pläne einer Schuldenkonsolidierung nicht dazu, daß Banken und Unternehmen im Staatsbesitz belastet werden; das heißt das Ersetzen von abgeschriebenen Darlehen durch explizite Ansprüche an die Regierungen führt wahrscheinlich zu einem Anstieg bei den laufenden Gebühren, und das bei einem Haushalt, der in jeder Hinsicht schweren Belastungen ausgesetzt ist. In vielen Fällen gibt es darüber hinaus bereits Abkommen und Übereinkommen mit dem IWF.

Die Probleme werden auf unterschiedliche Art und Weise gelöst, dazu zählen auch Versuche, das unzureichende Bankkapital durch eine große Bandbreite zwischen den Depositenzinsen und den Kreditzinsen zu verstärken. Das hat aber nicht dazu geführt, daß die Privatisierung von Finanz- und Industrieunternehmen wesentlich verzögert wurde.

Es sind spezielle Behörden ins Leben gerufen worden, um sich mit dem Staatseigentum zu befassen. Dieses wird an (ausländische oder inländische) Investoren gegen Bargeld oder Gutscheine abgegeben. Ebenfalls erfolgt eine Abgabe an die Öffentlichkeit (Massenprivatisierung). Die Privatisierung ist im Rahmen der Übergabe von staatlichen Unternehmen oder von Aktiva an Privateigentümer langsam aber sicher vorangekommen. Umfang und Geschwindigkeit des Prozesses unterscheiden sich jedoch von Land zu Land beträchtlich. Eine Privatisierung im kleinen Rahmen, bei der es im wesentlichen um den Einzelhandelssektor geht, ist auf der Grundlage einfacher Auktionen durchgeführt worden. In dieser Hinsicht hat es von Seiten der Unternehmer eine befriedigende Reaktion gegeben. In einigen Ländern ist dieser Prozeß in gewisser Weise dadurch behindert worden, daß Ansprüche auf Eigentumswiederherstellung vorgebracht worden sind. Größere Unternehmen haben auch ausländische Käufer angelockt, in vielen Fällen haben ausländische Investoren das Eigentum dadurch übernommen, daß sie neue Investitionsmittel zur Verfügung gestellt haben, um staatliche Aktiva zu entwickeln oder zu modernisieren oder staatliche Unternehmen mit neuem Kapital zu versehen - im letzteren Falle wird das Staatseigentum eher abgeschwächt, als daß man Aktiva vom Staat kauft. Auslandsinvestitionen sind natürlich wichtig, weil es darum geht, neue Geldmittel, Fertigkeiten und Zugang zum Markt einzubringen. Trotzdem werden diese Auslandsinvestitionen nur eine untergeordnete Rolle in bezug auf das gesamte zur Privatisierung anstehende Portefeuille von Unternehmen spielen. Deshalb haben die Regierungen die Ermutigung inländischer Beteiligungen zu einem zentralen Wesenszug ihrer Privatisierungsprogramme gemacht.

Der erste Abschnitt des Plans für eine massive Privatisierung von ca. 1.500 Unternehmen auf der Grundlage von Gutscheinen in der CSFR wurde Ende 1992 abgeschlossen, nachdem 93% der

verfügbaren Anteile an die 8,5 Millionen erfaßten Anspruchsberechtigten ausgegeben waren, die ihre Angebote vorwiegend über 400 Investmentfonds machten. Trotz der andauernden Unklarheit über die Art und Weise, in der diese neuen Finanzmittler ihre Aufgaben wahrnehmen und wie die Pläne für eine Umstrukturierung erarbeitet und umgesetzt werden sollen, hat dieses Modell eine überaus starke Reaktion hervorgerufen. Es besteht Hoffnung, daß die neue und diesen Unternehmen auferlegte Finanzdisziplin sie in der Mehrheit in Richtung auf Wachstum weiterführen wird.

Das Massenprivatisierungsprogramm in Polen stützt sich voll und ganz auf professionell verwaltete Investmentfonds bei der Privatisierung und liegt nunmehr dem Parlament zur endgültigen Bestätigung vor. In Ungarn wurden neue Initiativen zur Erhöhung der Inlandsinvestitionen bekanntgegeben. Management-Buy-Out und Verkauf an Teile der Belegschaft mit finanzieller Unterstützung durch die Regierung oder durch beträchtlichen Preisnachlaß sind zu einer wiederholt angewendeten Privatisierungsstrategie in Ländern geworden, deren Situation durch einen akuten Mangel an Kapital für Unternehmensinvestitionen gekennzeichnet ist. Das gilt insbesondere für Rußland. Dort hat die Regierung darüber hinaus ein umfassendes Programm der Firmenbildung für 6.000 Unternehmen begonnen und ihr Privatisierungsprogramm auf der Grundlage von Gutscheinen wirksam in Gang gesetzt. Die erste Auktion derartiger Gutscheine wurde im Dezember 1992 abgehalten, sie verlief erfolgreich.

Trotz der Anstrengungen zur Beschleunigung der Privatisierung richten sich die meisten Länder in der Region nunmehr darauf ein, sich der hochkomplizierten Herausforderung zu stellen, die die Leitung beziehungsweise die Aufsicht über die kurzfristig nicht zu privatisierenden Unternehmen mit sich bringen. Es ist keine leichte Aufgabe, diese Unternehmen zu stabilisieren und ihren Wert zu erhalten.

Viele in Staatsbesitz verbliebene Firmen fahren keine Gewinne ein, da die Märkte verlorengegangen und im Ergebnis der Reformen Veränderungen in den relativen Preisen eingetreten sind, wodurch sich das für die Produktion benötigte Einsatzmaterial verteuert hat. Eine Abwicklung derartiger Unternehmen stellt dennoch kein attraktives Konzept dar, da derartige Betriebsstillegungen die Arbeitslosenzahlen sowie die für ihre Stützung erforderlichen Haushaltsmittel in die Höhe treiben würden. Die Produktion könnte noch mehr als der Verbrauch sinken, dadurch verringern sich die Ressourcen für Investitionen oder Nettoexporte. Gleichzeitig wächst der Druck auf bereits belastete Finanzpositionen.

Auf der anderen Seite untergräbt der weitere Betrieb solcher Verlustfirmen durch die Aufrechterhaltung ihres Zugangs zu

Krediten die Finanzdisziplin, da die Verluste nicht minimiert werden können und die Kreditgeber sich darauf verlassen, daß am Ende die Regierung für die zahlungsunfähigen Schuldner aufkommt, so daß es für sie keinen Sinn macht, zwischen zuverlässigen und unzuverlässigen Schuldnern zu unterscheiden. Jegliche Unterstützung sollte durchschaubar sein und der Kontrolle durch den Haushalt unterliegen.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der geographischen Konzentration vieler problematischer Industriezweige, darunter der energieintensiven Schwerindustrie und eines Großteils des militärisch-industriellen Komplexes, hat die Umstrukturierung der Industrie eine beträchtliche Vorrangstellung eingeräumt bekommen. Durch Fallstudien sind auch die gewinnbringenden Unternehmen mit einem sich verschlechternden Betriebsergebnis herausgeschält worden, die wieder profitabel arbeiten könnten, aber die sich aufgrund schwerwiegender Schulden, fehlenden Arbeitskapitals und begrenzter Erfahrung im Marketing in Schwierigkeiten befinden (was besonders den Export erschwert). Die bestehenden Managementstrukturen begünstigen nicht die erforderlichen Entscheidungen zur Steigerung von Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit, und die Haftung der Unternehmen für die Sozialleistungen vermehrt sowohl die sozialen Kosten von Betriebsstillegungen wie auch die bei der Umstrukturierung zu lösenden Probleme.

Tätigkeiten der Bank

- 20 Einführung
- 21 Finanzsektor
- 23 Umwelt: die Auswirkungen der Tätigkeit der Bank
- 27 Energie
- 28 Telekommunikation
- 29 Verkehr
- 29 Stadtentwicklung
- 33 Agrarindustrie
- 36 Privatisierung und industrielle Umstrukturierung
- 37 Reaktionen auf Initiativen im privaten Sektor
- 37 Ausbildung und Schulung
- 40 Kofinanzierung
- 41 Technische Zusammenarbeit
- 44 Informationsaustausch
- 44 Finanzpolitik und Ergebnisse
- 48 Fonds für technische Zusammenarbeit

Tätigkeiten der Bank

Einführung

Der vorstehende Teil befaßt sich mit den Entwicklungen, die die Arbeitsbedingungen der Bank beeinflussen. Es folgt nunmehr eine Beschreibung der Tätigkeit der Bank in unterschiedlichen Bereichen: Arbeit in den Sektoren, Privatisierung und Umstrukturierung, konjunkturbeeinflusste Geschäftstätigkeit, Ausbildung und Schulung sowie Beiträge zur Debatte über die Region.

Die Hauptmission der Bank besteht in der Förderung des Übergangs zu offenen marktorientierten Volkswirtschaften und in einer Unterstützung der privaten und unternehmerischen Initiative. Hauptziel der Finanzierung durch die Bank müssen private Betriebe oder Staatsbetriebe im Übergang zur Privatisierung sein, außerdem geht es um die Gründung neuer Firmen, einschließlich Joint Ventures mit internationalen strategischen Investoren. Die Ermutigung von Investitionen in der Region ist ein Kernziel, dabei arbeitet die Bank partnerschaftlich mit anderen Investoren und Darlehensgebern bei der Vergabe von Darlehen, Aktienkapital und Bürgschaftsverpflichtungen zusammen. Zusätzlich dazu müssen finanzielle Mittel für die Infrastruktur oder andere Projekte im öffentlichen Sektor eingesetzt werden, die ihrerseits wiederum weitere Initiativen im Privatsektor vorantreiben. Die Bank ermutigt die regionale Zusammenarbeit, von ihr geförderte Projekte können mehrere Länder einschließen.

Unmittelbar nach ihrer Gründung im April 1991 hat die Bank die Zielsetzungen für ihre Geschäftstätigkeit umrissen. Die wichtigste war dabei Hilfe für die Schaffung eines neuen wirtschaftlichen Rahmens in den Ländern ihres Tätigkeitsbereichs. Bei der Veränderung des politischen Systems sollen dennoch keine unerträglichen sozialen Bedingungen entstehen, die eine vollständige Vernichtung der gesellschaftlichen Struktur und eine Gefährdung der Nachbarstaaten zur Folge haben könnten. Andere Herausforderungen ergaben sich in der Geschäftstätigkeit (bei der Ermutigung von Investitionen, Verbesserung der Handelspraktiken, Privatisierung und Umstrukturierung), bei der Infrastruktur (bei der Wiederherstellung, Modernisierung und Erweiterung von Kommunikationsnetzen, Energiesystemen, städtischen Dienstleistungen und im Wohnungsbau) und in der Umweltpraxis (grundsätzliche Verbesserungen sowie direkte Investitionen zur Behebung von Schäden). Die Arbeit an diesen Schwerpunkten dauert an, und die dramatischen Veränderungen im abgelaufenen Geschäftsjahr haben unterstrichen, wie dringlich die Fortsetzung der schwerpunktbezogenen Arbeit für die Tätigkeit der Bank ist.

Bei ihren finanziellen Transaktionen:

- verwendet die Bank eine Vielzahl von Instrumenten für flexible Finanzierung in Übereinstimmung mit soliden Prinzipien für ihre Tätigkeit;
- läßt sich die Bank für die Arbeit in den Sektoren sowohl von Grundsätzen wie auch von der konjunkturellen Entwicklung leiten und reagiert auf Initiativen aus dem Privatsektor;
- arbeitet die Bank gemeinsam mit Investoren im Privatsektor sowie mit deren Beratern und Handelsbanken;
- arbeitet die Bank mit Regierungen an einer langfristig geplanten Entwicklung;
- arbeitet die Bank zusammen mit internationalen Finanzinstitutionen;
- geht die Perspektive der Bank über Grenzen hinaus und erfaßt Regionen;
- bemüht sich die Bank bei ihrer Tätigkeit um Schutz und Verbesserung der Umwelt.

In ihrer Tätigkeit läßt sich die Bank von den Geschäftsgrundsätzen und von vom Direktorium gebilligten Länderstrategien leiten. Letztere schließen eine Überprüfung der politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen ein und legen darüber hinaus Schwerpunktbereiche fest. Eine Reihe der darin angesprochenen Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Unterstützung gelten für die Mehrheit der Länder der Region; allen Strategien gemeinsam ist die Zielstellung, zu wertschöpfenden Investitionen in jedem Land anzuregen.

In vielen Ländern gibt es deutliche Schwierigkeiten im Bereich der Politik, der sozialen Einrichtungen und der Volkswirtschaft, nämlich drohende Instabilität, das Fehlen rechtlicher Rahmenbestimmungen sowie die Unsicherheiten des Marktes. Diese Faktoren haben dazu beigetragen, die Auswahlkriterien der Bank zu ablesbaren Richtwerten zu kristallisieren und gelegentlich dazu geführt, daß es bei der Auszahlung von genehmigten Mitteln durch die Bank zu Verzögerungen gekommen ist.

Bei ihrer Tätigkeit sah sich die Bank weiterhin konfrontiert mit Vorbehalten von internationalen Investoren und Handelsbanken, wenn es um die Entwicklung von Finanzierungen für Projekte im privaten Sektor ging. Dies unterstreicht die notwendige Rolle der Bank bei der Förderung von Investitionen. Ebenfalls wurde die Tätigkeit der Bank dadurch behindert, daß einige Regierungen nur zögernd Staatsgarantien für Infrastrukturprojekte in ihren Ländern übernahmen.

Aus einer Überprüfung der bisherigen Tätigkeit der Bank lassen sich einige Beobachtungen herleiten:

- Obwohl viele Investitionsprojekte in der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen durchgeführt werden, erarbeitet die Bank für alle Länder mit festgelegter Strategie ein

Arbeitsprogramm, das technische Zusammenarbeit und Investitionen verbindet.

- Vorherrschend sind Projekte auf der grünen Wiese, denn diese können relativ rasch und einfach in Angriff genommen werden. Eine Umstrukturierung bereits bestehender Unternehmen ist schwieriger und dauert länger, weil dann die sich ergebenden Probleme bei der Privatisierung sowie beträchtliche Verringerungen der Mitarbeiterzahlen eine Rolle spielen. Darüber hinaus kann ein grundlegendes Umdenken der Managementkonzepte erforderlich werden. Ebenfalls ist die Altlastenproblematik zu berücksichtigen.
- Die vielfältigen Projekte im Bereich der Telekommunikation spiegeln die vorrangige Bedeutung wider, die die Bank diesem Sektor als Voraussetzung für die Anknüpfung nationaler und internationaler Geschäfte und der Schaffung von Systemen finanzieller Nachrichtenverbindungen beimißt.
- Die Anzahl von Projekten in den Bereichen Energie, natürliche Ressourcen und Stromerzeugung unterstreicht die von der Bank der Stärkung und Rationalisierung zugemessene Bedeutung im Hinblick auf eine erhöhte Wirtschaftlichkeit. Sie beleuchtet weiterhin, wie wichtig es ist, den Öl- und Gassektor zu entwickeln, der die Einkommensquelle einiger Länder darstellt.
- Viele Projekte haben Sponsoren insbesondere aus westlichen Ländern gefunden, die sich an Joint Ventures beteiligt haben. Die Beteiligung sachkundiger ausländischer Partner zieht nicht nur Auslandskapital an, sondern ermöglicht auch einen sich positiv auswirkenden Zugang zu Technologien und Managementfertigkeiten.
- Das Vorhandensein von ausgebildetem Personal hat es ermöglicht, viele Projekte im Produktionssektor durchzuführen, wobei auch die relativ niedrigen Lohnkosten eine Rolle gespielt haben. Dadurch haben sich erfreuliche Auswirkungen im Hinblick auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze ergeben.

Gestützt auf diese Feststellungen hat die Bank ihr zukünftiges Herangehen an den Tätigkeitbereich auf gut ausgeglichene Arbeitsprogramme im Bereich der verschiedenen Länder der Region konzentriert, wobei der Entwicklung von kleinen und mittelständischen Betrieben Vorrang eingeräumt wurde.

Die Tätigkeit bei der technischen Zusammenarbeit mit Konzentration auf die Vorbereitung von Projekten, Sektorstudien und Beratungsdiensten unterstützt direkt oder indirekt die Darlehens- und Investitionstätigkeit der Bank; sie ist somit für die Bank bei der Verwirklichung der Ziele ihrer Geschäftstätigkeit von entscheidender Bedeutung. Es ist von ganz besonderer Wichtigkeit, die Kenntnisse und Fähigkeiten der Menschen in allen Ländern und auf allen Ebenen zu entwickeln. Das bedeutet,

daß Schulung einen Kernbereich der meisten Tätigkeiten der Bank darstellt und in fast alle Projekte einfließt. Durch Publikationen, Konferenzen und in ihrer Eigenschaft als Forum für Fachleute und Organisationen spielt die Bank ebenfalls eine führende Rolle in der Entwicklung einer breiteren Diskussion über Mittel- und Osteuropa.

Finanzsektor: Banksysteme und Finanzierung von kleinen und mittelständischen Unternehmen

Die Finanzinstitutionen der Region haben bei der Veränderung der Systeme der Wirtschaft viele schwerwiegende Probleme übernommen, wie etwa die große Anzahl notleidender Darlehen, das mit staatlichen Unternehmen durch umfangreiche Darlehen verzahnte Eigentum, unzureichende Rückstellungen und die schwache Kapitalisierung. Das gravierendste Problem dabei war wohl die notwendige Umgestaltung der Finanzinstitute aus passiven Trägern der zentralgeplanten Kreditvergabe zu Einrichtungen, die die in einer freien Wirtschaft entscheidende Lenkung des marktorientierten Ressourcenflusses abwickeln können. Die Finanzsysteme bedürfen eines radikalen Umbaus, um an Geldinstituten annehmbare Standards durchzusetzen und sie schließlich für die Privatisierung vorzubereiten.

Überall in der Region verbindet die Bank Beratungen und Dienstleistungen für umfassende Programme der Rehabilitation und der Festlegung von Prinzipien mit zielgerichteten Investitionen in solchen Einrichtungen, die in einer freien Marktwirtschaft als Banken agieren können. Im Rahmen der technischen Zusammenarbeit in Rumänien werden so zum Beispiel Maßnahmen zur Stärkung des Banksystems durch eine umfassende Strategie für uneinbringliche Schulden von Banken im öffentlichen Sektor empfohlen, die die Verknüpfungen zwischen der Umstrukturierung des Finanz- und des Industriesektors respektieren. Gleichzeitig arbeitet die Bank an der Privatisierung von Banken und der Förderung des Banksystems sowie der Schaffung neuer Institute für den Privatsektor und bemüht sich um Investitionen wie auch um technische Zusammenarbeit.

In vielen Ländern läßt sich die Bank die Finanzierungsbedürfnisse kleiner und mittelständischer Unternehmen angelegen sein, die von größeren Auslandsbanken oder Investoren keine Mittel erwarten können.

Das Agrarindustrie-Entwicklungsprojekt für Rumänien stellt ein Darlehen in Höhe von Ecu 58 Millionen für Banca Agricola (BA), eine wichtige inländische Bank im öffentlichen Sektor, zur Verfügung, um damit nachgeordnete Darlehen an Bauern im Privatsektor, örtliche und internationale Agrarindustrieunternehmen und einschlägige

Die Sorge um die Umwelt

findet sich in allen Phasen des Prozesses der Vorbereitung und Billigung von Bankprojekten wieder. In ihrer gesamten Tätigkeit sieht sich die Bank einer die Umwelt schützenden und bewahrenden Entwicklung verpflichtet.

2	3	4
1		

1 Rauchende Fabrikschornsteine in St. Petersburg, Russische Föderation
2 Arbeiter in einem Reifenwerk in Vidin, Bulgarien
3 Schornstein in Moskau, Russische Föderation
4 Kupferbergwerk in Elshitsa, Bulgarien

Dienstleistungsindustrien zu finanzieren und hilft zur gleichen Zeit Banca Agricola bei den Bemühungen um eine Umstrukturierung und stärkt ihre Fähigkeiten zur Verbesserung der Kreditbewertung.

Im September hat die Bank einer Investition in Höhe von Ecu 1,5 Millionen in die neugegründete Estnische Investitionsbank zugestimmt. Bei dieser handelt es sich um die erste finanzielle Institution, die mit Unterstützung der Europäischen Bank gegründet worden ist; das EG-Programm PHARE war in die Zusammenarbeit ebenso einbezogen wie Geldmittel aus dem von den nordischen Ländern eingerichteten Sonderinvestitionsfonds für die baltischen Länder. Bei der neuen Bank handelt es sich um eine spezielle Finanzierungsinstitution, die mit dem Ziel geschaffen wurde, mittel- und langfristige Gelder für kleine und mittelständische Unternehmen in Estland zur Verfügung zu stellen.

Der Polnische Private Aktienfonds in Höhe von Ecu 90,8 Millionen stellt eine örtlich geführte Basis für die Unterstützung der Aktientätigkeit von kleineren polnischen Firmen dar. Die von der Bank investierten Mittel in Höhe von Ecu 39,1 Millionen zusammen mit Investitionen aus dem polnisch-amerikanischen Unternehmensfonds sowie von Kreditanstalt Bankverein haben bereits dazu geführt, daß eine Investitionssumme in gleicher Höhe von einer Reihe privater Investoren aufgebracht wurde. Der Polnische Private Aktienfonds investiert in nicht notierten privaten Unternehmen mit Wachstumspotential unter besonderer Betonung von Privatisierungen oder von Umstrukturierungen kleiner und mittelständischer Unternehmen.

Sonderfonds

Im April hat das Direktorium der Schaffung zweier offener Sonderfonds bei der Bank als Teil des von den Ministern für Wirtschaft und Finanzen der nordischen Staaten (Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden) am 4. März 1992 angenommenen Investitionsprogramms für den Ostseeraum zugestimmt. Das vorrangig von diesem Programm angesteuerte Ziel besteht in der Förderung der Entwicklung des privaten Sektors, was durch Unterstützung für kleine und mittelständische Unternehmen in Estland, Lettland und Litauen geschehen soll. Die Bank führt zwei Fonds: einen für technische Zusammenarbeit, der für die Beschreibung und Vorbereitung von Investitionen und für Privatisierungsprojekte genutzt werden soll und einen weiteren für Aktieninvestitionen, Darlehen sowie Bürgschaften für Investitionsprojekte. Andere Länder und multilaterale Einrichtungen werden eingeladen, Beiträge zu diesen Fonds zu leisten. Im Rahmen der Fonds gibt es eine offene Beschaffung. Hierbei handelt es sich um die ersten Sonderfonds im Rahmen von Artikel 18 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank.

Kleine und mittelständische Unternehmen in einigen Ländern Mittel- und Osteuropas werden ebenfalls von einer Reihe mit Unterstützung der Bank eingerichteten Agenturkreditlinien unter Beteiligung internationaler und örtlicher Banken profitieren. Diese wurden mit dem Ziel geschaffen, die für kleine und mittelständische Unternehmen abrufbaren Bankleistungen zu verbessern, internationale Kreditressourcen anzuziehen und durch Bildung oder Erweiterung der beliehenen Betriebe Produktion und Schaffung neuer Arbeitsplätze günstig zu beeinflussen. Die Arbeitspraxis belegt jedoch, daß die Bank mehr tun muß, um geeignete Partner zu ermutigen.

Eine der ersten bodenständischen Investitionsbanken westlichen Zuschnitts in Ungarn wird über das Eurocorp-Projekt entstehen. Sie besteht aus zwei Bereichen: erstens aus einer Sektion Europäische Unternehmensfinanzierung, die zur Unterstützung bei der Kapitalbildung einer ungarischen Investitionsbank ausländischen und inländischen Unternehmen mit einschlägigem Rat zur Verfügung steht, und zweitens aus der Untergliederung Europäische Kapitalentwicklung, um im Aktienkapital kleiner und mittelständischer Betriebe in Ungarn zu investieren. Hinter dem Projekt stehen zahlungskräftige Aktionäre, es bemüht sich um die Förderung direkter Auslandsinvestitionen und wird bei der Entwicklung der Kapitalmärkte in Ungarn helfen.

Die Bank stellt Mittel für das Anfangskapital zur Verfügung, mit dem eine Bank für Projektfinanzierung in Moskau geschaffen werden soll. Diese Russische Projektfinanzierungsbank ist Teil eines auf mehrere Phasen angelegten Konzepts für eine Institution zur Vergabe mittel- und langfristiger Darlehen und Investitionen sowie die Finanzvermittlung, die Investmentfonds in örtliche Programme und Projekte leitet, Beratungs- und Anleitungsfunktionen für Unternehmen und andere Kunden wahrnimmt und dabei zur gleichen Zeit zum Übergang Rußlands in eine freie Marktwirtschaft beiträgt. Als Aktionäre der Russischen Projektfinanzierungsbank werden russische Banken von westlicher Sachkenntnis im Bereich Projektfinanzierung profitieren, die Unternehmen im privaten Sektor kommen in den Genuß von Unterstützung bei Finanzen und Beratung, und das örtliche Personal wird in solider Bankpraxis unterrichtet. Projektbeschreibung und -bewertung sollen ebenfalls ausländische Investitionen ins Land bringen.

Umwelt: Die Auswirkungen der Tätigkeit der Bank

In ihrer gesamten Tätigkeit ist die Bank gehalten, eine umweltfreundliche und umweltgerechte Entwicklung zu fördern. Den wichtigsten Beitrag zur Verbesserung der Umweltbedingungen in der Region kann sie dadurch leisten, daß

Tätigkeiten der Bank

Ein Schwerpunkt der **Umstrukturierungsbemühungen** ist der industrielle Sektor. Eine große Anzahl von Industrieunternehmen benötigt vor der Privatisierung eine Periode der Umstellung auf die Marktdisziplin. Dies gilt insbesondere für Unternehmen im Bereich Verteidigung. Die Bank arbeitet an der Stabilisierung und Umstrukturierung solcher

Industriezweige mit, um deren völligen Zusammenbruch zu verhindern.

2	3	4	5
			1

1 Docks in St. Petersburg, Russische Föderation
2, 3, 4 & 5 Traktorenwerk, St. Petersburg,
Russische Föderation

sie bei der Durchsetzung der strukturellen und sektoralen Wirtschaftsreformen, darunter der Entmonopolisierung, Dezentralisierung, Privatisierung und Integration in die internationale Wirtschaft Unterstützung gewährt. Effizientere Produktions- und Dienstleistungssysteme zeitigen bereits erste Ergebnisse zum Nutzen der Umwelt.

Die Infrastrukturprojekte der Bank können bei den Bemühungen der Länder auch dazu beitragen, ihre Abhängigkeit von den die Umwelt am stärksten belastenden und den energieintensivsten Zweigen der Schwerindustrie zu vermindern. Die Energieprojekte der Bank sind so ausgerichtet, daß sie die Effizienz der vorhandenen Energieversorgungseinrichtungen und der Endabnehmer erhöhen. Die Verkehrsprojekte zielen auf eine ausgewogene Entwicklung der Verkehrssysteme ab, einschließlich der Umstrukturierung der Eisenbahnen, des Baus moderner Straßennetze, wie beispielsweise Umgehungsstraßen zur Entlastung von Verkehrsstaugebieten sowie der Verbesserung der städtischen Massenverkehrssysteme. Die Landwirtschaftsprojekte der Bank behalten stets Möglichkeiten für einen minimalen Einsatz von Chemikalien im Auge.

Sorgfaltspflicht bei Umweltfragen

Die Sorge um die Umwelt spielt in allen Phasen des Prozesses der Vorbereitung und Billigung von Bankprojekten eine Rolle. Die Bank läßt bei allen ihren möglichen Projekten Umsicht walten, genauso wie sie ihre finanzielle Sorgfalt nicht vernachlässigt. Die Erfordernisse dafür sind verschieden; sie hängen von der Art des Projekts, von einer möglichen Umwelthaftung oder von mit vergangenen, gegenwärtigen oder künftigen Operationen verbundenen Risiken, von Erwägungen im Hinblick auf Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter und anderen ähnlichen Fragen ab.

Die erforderlichen Untersuchungen oder Informationen im Zusammenhang mit einem vorgeschlagenen Projekt werden rechtzeitig unternommen bzw. eingeholt, so daß ausreichend Zeit bleibt, die damit einhergehenden Umweltprobleme herauszuarbeiten, Schritte zur Schadensbegrenzung zu planen und die Kosten durchzurechnen, ehe die endgültige Prüfung erfolgt. Häufig werden durch die Umweltuntersuchungen Probleme oder mögliche Verbindlichkeiten aufgedeckt, die im Verlaufe der Verhandlungen berücksichtigt werden müssen und die weitere Studien oder Pläne für ein Eingreifen erforderlich machen. Angemessene Umweltbestimmungen und Umweltübereinkommen, die sich auf solche Fragen, wie Maßnahmen zur Begrenzung des Schadens und zur Überwachung beziehen, werden stets in Kreditverträge eingebaut.

Die Bank veröffentlichte zu Beginn des Geschäftsjahres 1992 ein Umweltgrundsatzdokument und ein Dokument zu Fragen von Umweltverfahren.

Von der Bank gebilligte Industrieprojekte müssen zumindest den bestehenden Umweltvorschriften Rechnung tragen und in den meisten Fällen diese Normen überbieten. Die Darlehensvergabe für den Bau neuer Betriebe bzw. für die Modernisierung bestehender Industrieanlagen führt häufig zur Schließung altmodischer und umweltverschmutzender Produktionsanlagen. So sind die als ein Ergebnis der Investitionen der Bank hergestellten Erzeugnisse praktisch stets umweltfreundlicher als die bisher produzierten Güter. Großer Wert wird bei den Bankprojekten auch stets auf eine Reduzierung der Abfallprodukte, auf Recycling und Energiesparmaßnahmen gelegt, die zur Verbesserung der Umwelt ohne Abstriche an der Effizienz beitragen.

Umweltprogramme und -projekte

Die operative Tätigkeit im Umweltbereich erfolgt auf zwei Ebenen. Auf regionaler Ebene hat die Bank ein umfassendes Programm von Studien zur Untersuchung der Lage vor einer Investitionstätigkeit in Gang gesetzt. Im Rahmen des Umweltprogramms Donaubecken betreibt die Bank fünf solche diagnostische Studien vor Vergabe von Investitionen, bei denen die Flußbecken der Drau (Kroatien, Ungarn und Slowenien), Iskar (Bulgarien), Siret (Rumänien), Theiß (Ungarn) und Vah (Slowakische Republik) untersucht werden. Im Rahmen des Umweltprogramms Ostsee liegt der Schwerpunkt der Aufgaben auf der Behandlung von Industrieabfällen und Abwässern und auf dem Papierbrei- und Papiersektor. Es werden Anstrengungen unternommen, um Maßnahmen zur Umweltverbesserung in die Aufgaben zur Umstrukturierung der Industrie aufzunehmen.

Die zweite Ebene der Umwelttätigkeit liegt im kommunalen Bereich. Eine erhebliche Anzahl von Umweltprojekten wird im Zusammenhang mit der kommunalen Entwicklungstätigkeit der Bank erarbeitet. Diese bildet ein Schlüsselement bei der Beschleunigung der Vergabe von Umweltinvestitionen in Mittel- und Osteuropa. Den Kommunalverwaltungen kommt bei der Festlegung und Verwirklichung von Projekten derzeit eine entscheidende Rolle zu, da die Verantwortung für umweltgerechtes Handeln auf die örtliche Ebene verlagert worden ist. Ferner beteiligt sich die Bank an der Ausarbeitung einer ganzen Reihe von Umweltprojekten, bei denen es um Behandlung von Abwässern, festen Abfallstoffen und um die Verschmutzung aus Industrieanlagen geht.

Zahlreiche Aktivitäten der Bank umfassen Projekte, die einen ganz spezifischen Umweltschwerpunkt zum Ziel haben, wie beispielsweise die Donaudelta-Initiative, Initiativen im Bereich der Energieeffizienz und Projekte für die Modernisierung der Industrie bzw. Privatisierungsprojekte. Die Summe der von der

Tätigkeiten der Bank

Die Bereiche **Energie**, Öl/Gas und Stromerzeugung werden vorrangig vorangetrieben. Mit Projektdarlehen der Bank wurden Notreparaturen am lettischen und litauischen Stromnetz, die Stromerzeugung in Bulgarien und Estland sowie die Entwicklung im Bereich Öl und Gas in Rumänien und der Russischen Föderation unterstützt. Alle Projekte wirken sich äußerst positiv auf die Umwelt aus.

2	3	4
1		

1 & 3 Ölförderung, Anlagenrenewerung, Petrom-Zentrale, Bukarest, Rumänien 2 Tankstelle, Bukarest, Rumänien 4 Die Buchhaltung bei der Arbeit, Petrom-Zentrale, Bukarest, Rumänien

Bank verwalten sich positiv auf die Umwelt auswirkenden Mittel für technische Zusammenarbeit umfaßt etwa Ecu 20 Millionen. Viele dieser Mittel sind schwerpunktmäßig auf die Ausarbeitung spezieller Umweltprojekte gerichtet. Mit ihnen wird auch ein größeres Projekt unterstützt, das sich mit Fragen beschäftigt, die sich bei der Abstimmung von Umweltnormen und -gesetzgebung zwischen West- und Osteuropa gestellt haben und das dazu führen wird, daß den Kreditgebern ein Leitfaden über Emissionszustand und Erzeugnisnormen, ein Leitfaden über Umwelt-Erzeugnisnormen, die den Handel berühren, und strategische Analysen der Auswirkungen einer solchen Abstimmung in wirtschaftlicher und institutioneller Hinsicht an die Hand gegeben wird.

Es wurden Studien über die Gesetzgebung in allen Ländern der Region hinsichtlich der Umweltverträglichkeitsprüfung, einer Umweltrechnungsprüfung, einer Gesetzgebung für Eigentumsübertragung und Erfordernissen für eine Beteiligung der Öffentlichkeit durchgeführt. Die Bank hat Umweltbewertungen eingeführt, um die sektorgebundene Umweltverträglichkeit zu bestimmen und institutionelle Möglichkeiten für Umweltverwaltung einzuschätzen. Derartige Studien umfassen eine Bewertung der Umwelt im Zusammenhang mit dem rumänischen Erdölsektor, der Papierbrei- und Papierindustrie im Ostseeraum und der ungarischen Chemieindustrie.

Umfang und Ausmaß der Tätigkeit der Bank in Verbindung mit der technischen Zusammenarbeit in diesem Bereich wurden durch das Vorhandensein von entsprechenden Mechanismen für die Bereitstellung von Mitteln ermöglicht. Die Tätigkeit der Bank hat von den engen Beziehungen, die bei den Geschäftsbeziehungen und im Zusammenhang mit den Finanzierungsoperationen zu den Programmen EC-PHARE und EC-TACIS hergestellt worden sind, sehr viel profitiert.

Energie: Verbesserung einer wirksamen Versorgung und des Endverbrauchs

Viele Länder in Mittel- und Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion sind mit einer Energiekrise konfrontiert, die in ihrer Schärfe beispiellos in der jüngsten Wirtschaftsgeschichte ist. Die Länder verfügen zwar gemeinsam über beträchtliche Energiereichtümer, aber diese sind nicht gleichmäßig verteilt, und sie wurden nicht sparsam genutzt. Künstlich niedriggehaltene Energiepreise im Sowjetsystem haben ein schweres Erbe an Energieverschwendung in den meisten Ländern der Region hinterlassen: Der Verbrauch an Primärenergie pro Wertschöpfungseinheit liegt im Vergleich zu westeuropäischen Ländern oftmals um mehr als das Dreifache höher. Zahlreiche

Länder sind auch in erheblichem Maße auf Öl- und Gasimporte aus den energiereicheren Republiken der ehemaligen Sowjetunion angewiesen. Dennoch sind die Erdölexporte aus diesen Republiken 1991 um 48% gesunken, und die Erdgasexporte stagnierten nach einem jahrelangen starken Anwachsen. Auch der Export von Strom ging um 40% zurück. Zugleich entstand durch den raschen Anstieg der Energiepreise in Richtung Weltmarktniveau und durch die Umstellung des Energiehandels auf harte Währung ein beträchtlicher zusätzlicher Druck auf die Zahlungsbilanz der energieärmeren Republiken, und deren für Investitionszwecke dringend benötigte Ressourcen wurden erheblich angegriffen.

Die sinkende Energieproduktion in dieser Region ist in starkem Maße auf chronische Unterinvestitionen für die Unterhaltung der Energieversorgungseinrichtungen und auf eine unrentable Handhabung der Energieressourcen zurückzuführen. Schwachpunkte im Anreizsystem der staatlichen Produzenten haben zu einem weiteren Abschwung beigetragen. Unordnung in den staatlichen Institutionen und das Fehlen eines entsprechenden rechtlichen Rahmens und entsprechender ordnungspolitischer Vorschriften in den meisten der betroffenen Länder sowie ein schwerfälliges Steuersystem waren wenig dazu angetan, den benötigten Zufluß von Privatkapital von außen zu stimulieren.

Die Bank fördert Verbesserungen in der Wirksamkeit der bestehenden Energieversorgungseinrichtungen sowie beim wirksamen Endverbrauch. Ein solcher Ansatz sollte die Entwicklung in diesem Sektor mit den verfügbaren Ressourcen in größtmöglichem Umfang vorantreiben und die Umweltfreundlichkeit erheblich erhöhen.

Im Geschäftsjahr 1992 konzentrierten sich die Maßnahmen des staatlichen Sektors auf die Sanierung der Versorgungseinrichtungen, den Abschluß der im Bau befindlichen Projekte und eine Verbesserung im wirksamen Endverbrauch. Besondere Aufmerksamkeit widmete die Bank der Unterstützung dieser Länder mit Investitionen, um ihnen zu helfen, ihre dringendsten Energieversorgungsschwierigkeiten zu mildern. Im Verlaufe des Geschäftsjahres billigte die Bank Darlehen an den staatlichen Sektor in einem Gesamtvolumen von Ecu 174 Millionen für Projekte in solchen Bereichen wie Energie, Erdöl, Erdgas und Stromerzeugung. Alle diese Projekte zeichnen sich durch umweltgünstige Lösungen aus. Im Rahmen einiger Projekte wurde auch etwas dafür getan, Notreparaturen am Energieversorgungsnetz in Lettland und Litauen vorzunehmen sowie bei der Stromerzeugung in Bulgarien und Estland und bei der Förderung von Erdöl und Erdgas in Rumänien und Rußland Hilfe zu leisten. Jedes Projekt war von wichtigen Programmen für die technische Zusammenarbeit und Unterstützung zur Stärkung

der institutionellen Möglichkeiten der Nutzerländer und ihrer Fähigkeit, bedeutende Reformen einzelner Sektoren zu verwirklichen, begleitet. Besondere Aufmerksamkeit wurde den Preisreformen gewidmet, und jedes Projekt erbrachte einen wesentlichen Fortschritt bei der Anpassung der Inlandstarife an das Weltmarktniveau. Erfolgreich trugen diese Projekte auch zur Mobilisierung beträchtlicher Beträge der Kofinanzierung bei. In Albanien leistete die Bank Beratertätigkeit für die Regierung im Zusammenhang mit der Erarbeitung einer Gesetzgebung im Erdölsektor.

Bei den Einsätzen im Privatsektor hat die Bank zwar einer erheblichen Anzahl ausländischer Investoren bei der Einschätzung der Möglichkeiten im Erdöl- und Erdgassektor in vielen Einsatzländern geholfen, aber bis zum heutigen Tag wurden nur sehr wenige Investitionszusagen von privater Seite gemacht. 1992 billigte die Bank projektgebundene Darlehen im Privatsektor in einem Gesamtumfang von Ecu 60,3 Millionen für drei Erdölförderungsprojekte. Diese Projekte werden allesamt in Rußland unter Mitwirkung ausländischer Sponsoren aus Nordamerika und Japan verwirklicht. Beträchtliche zusätzliche Bankzusagen für Projekte im privaten Öl- und Gassektor befinden sich in verschiedenen Phasen ihrer Bearbeitung.

Fonds für Reaktorsicherheit

Die Errichtung eines multilateralen Fonds für Reaktorsicherheit wurde von den Staatsoberhäuptern der G-7 auf dem Gipfeltreffen im Juli 1992 in München befürwortet. Im Kommuniqué wurde die Bank von der G-7 gebeten, zusammen mit der G-24 Unterstützung für einen Leitungsausschuß der Geberländer zu gewähren, der diesen Fonds nach seiner Errichtung verwalten wird. Ziel des Fonds für Reaktorsicherheit ist es, sich mit den schwerwiegendsten Sicherheitsrisiken an den bestehenden Kernreaktoren in Mittel- und Osteuropa zu beschäftigen, indem man solche unmittelbaren Maßnahmen zur Fahrweise und der Betriebssicherheit einleitet, die durch bilaterale Programme nicht abgedeckt sind.

Telekommunikation: Ausbau des Netzes und Verbesserung der Systeme

Telekommunikationsnetze sind für die Integration der Inlandsmärkte der Region und deren Öffnung für internationale Märkte von ausschlaggebender Bedeutung. Die Verbesserung der bestehenden Infrastruktur des Telekommunikationssektors in Mittel- und Osteuropa ist dringend angezeigt. Bei seiner Umgestaltung wird der Privatsektor eine wesentliche Rolle spielen.

Im Telekommunikationsbereich unterstützt die Bank Initiativen des öffentlichen wie auch des privaten Sektors, die

eine kontinuierliche Ausdehnung des Netzes und Neuinvestitionen, Verbesserungen bei den entsprechenden Dienstleistungen und institutionelle Reformen fördern oder zu solchen führen: insbesondere Bemühungen zur Umstrukturierung seitens der Betreiber der Netze sowie verbesserte Telekommunikationsleistungen durch private Betreiber. Oberste Priorität hat jedoch für die Bank in diesem Sektor die Verbesserung der Infrastruktur des öffentlichen Telekommunikationsbereichs bei der Bereitstellung einer Grundversorgung durch die Installation und Unterhaltung modernster Telekommunikationssysteme.

Die Bank begann mit einem nachhaltigen Engagement im Telekommunikationsbereich im Jahre 1991 und hat dies mit zehn zusätzlichen Projekten noch weiter verstärkt, wobei sich die von der Bank bereitgestellten Mittel auf Ecu 250 Millionen beliefen. Ende des Geschäftsjahres 1992 machten die Gesamtdarlehen für diesen Sektor Ecu 523 Millionen aus.

Wichtige von der Bank in diesem Geschäftsjahr gebilligte Telekommunikationsprojekte umfassen unter anderem: Ecu 32 Millionen für ein digitales Overlaynetz in Belarus, um 10.000 Geschäftskunden die internationale Direktwahl zu bieten, wobei Dienstleistungseinrichtungen für technische Zusammenarbeit bei der Verwirklichung des Projekts helfen; Ecu 32 Millionen für Bulgarien zur Finanzierung eines Teils des Entwicklungsprogramms für ein Telekommunikationsnetz in den Jahren 1993-1995, einschließlich eines neuen digitalen Overlaynetzes, das 97.000 neue Anschlüsse in den 27 wichtigsten bulgarischen Städten schafft und Ecu 140 Millionen für die Modernisierung und Ausdehnung des Telekommunikationsnetzes in Warschau sowie für mit der Verwirklichung des Projekts verbundene technische Zusammenarbeit und für Beratung im Zusammenhang mit der Privatisierung bei der Umgestaltung der Telekommunikationsindustrie. In Albanien wurde ein Darlehen in Höhe von Ecu 8,3 Millionen durch zu Gewährungs- bzw. Konzessionsbedingungen aufgenommene Ecu 15,2 Millionen aus der Schweiz, Italien und Norwegen ermöglicht, um Anschlüsse für 21.250 neue Telefonkunden im außerordentlich wichtigen internationalen aber auch im einheimischen Telefonverkehr zu schaffen. Ein in regionaler Hinsicht wichtiges Projekt wurde gebilligt, in dessen Rahmen über das Eurovisionsnetz bis zu 15 Bodenstationen mit Satellitenverbindungen zu 16 Ländern der Region installiert und/oder umgestaltet werden. Die Darlehen der Bank für dieses Projekt belaufen sich auf insgesamt Ecu 10,7 Millionen.

Andere wichtige Beiträge, die eine sofortige Qualitätsverbesserung im Telekommunikationswesen und in den Datenübertragungsleistungen nach sich ziehen, umfassen Eurotel Prag und Eurotel Bratislava; zwei getrennte Transaktionen zur

teilweisen Finanzierung des Baus eines Mobiltelefonnetzes und eines öffentlichen Daten-Paketvermittlungsnetzes, die das gesamte Territorium der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik erfassen. In Rußland wird Flexibilität der Infrastruktur und des Telekommunikationsnetzes bei hoher Qualität und zu niedrigen Kosten dadurch ermöglicht, daß in Moskau eine Gesellschaft die Telefon- und Datenkabel in den Tunneln des Metrosystems verlegt. Dieses "Macomnet" umfaßt die Teilfinanzierung des Baus eines Lichtwellenleiternetzes, das den ganzen Kernbereich von Moskau abdeckt und damit ein hochmodernes Telekommunikations- und Informationsübertragungssystem schafft.

Verkehr: Integration der Region

Die Sanierung und Modernisierung bestehender Straßen- und Eisenbahnsysteme wird häufig als vorrangige Notwendigkeit in den meisten Ländern - sowohl in den städtischen als auch ländlichen Gebieten - genannt. Die Vernachlässigung dieser Systeme in der Vergangenheit führt zu häufigen Ausfällen, Unterbrechungen und anderen Mängeln im Verkehr, wodurch der effiziente Transport von Menschen und Gütern behindert wird.

Im Verkehrssektor räumt die Bank jenen Projekten Vorrang ein, die sich auf solche Bedürfnisse konzentrieren, welche zu einer Integration Mittel- und Osteuropas mit seinen Nachbarn im Westen wie auch im Osten beitragen, und die auch einen Beitrag zur Verbesserung der Umwelt leisten. Die Bank unterstützt eine ausgewogene Entwicklung des Verkehrssystems, wo jede Transportart die Verkehrsbereiche abdeckt, für die sie am besten geeignet ist. Die Bank vertritt die Auffassung, daß wettbewerbsfähige Märkte am stärksten darauf hoffen lassen, die Volkswirtschaften des Ostens und des Westens zu optimalen Lösungen zu führen, und daß sich die Entwicklung des Verkehrsnetzes in erster Linie von wirtschaftlichen Prioritäten und technischer Effizienz leiten lassen sollte.

In Mitteleuropa beziehen solche Überlegungen ein stärkeres Wachstum und höhere Investitionen in den Straßenverkehr sowie die Umstrukturierung des Eisenbahnsystems ein. Nur wenige Länder haben bislang Fortschritte bei der Umstrukturierung des Eisenbahnsystems verzeichnen können, damit es der neuen Rolle gerecht wird, die es in einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft spielen wird. Folglich hat die Bank in acht Ländern Studien in Auftrag gegeben, die die künftige Rolle der Eisenbahn analysieren und entsprechende Anpassungsmaßnahmen erarbeiten sollen. Sie arbeitet mit der Weltbank bei ähnlich gelagerten Bemühungen in anderen Ländern der Region zusammen.

In Ungarn stellt die Bank Ecu 21 Millionen zur Durchführung

des Baus der wichtigen Südwesttrasse des Budapester Autobahnringes, der M0, bereit. Das wird dazu beitragen, die schwerwiegenden Verkehrsstaus und die Luftverschmutzung in Wohn- und Geschäftsgebieten der Stadt zu reduzieren sowie Kosten- und Reisezeiteinsparungen im nationalen und internationalen Durchgangsverkehr zu erreichen. Die Bank stellt Bulgarien ein Darlehen in Höhe von Ecu 35,5 Millionen für ein Entwicklungs- und Unterhaltungsprojekt von Straßen, darunter auch für die Fertigstellung eines Abschnitts der Transeuropa-Autobahn, zur Verfügung.

Eines der Hauptziele der Bank ist die Förderung westlicher Privatinvestitionen in der Region. Die Bank hilft Ceskoslovenske Aerolinie (CSA), das Austausch- und Modernisierungsprogramm des CSA-Flugzeugparks zu finanzieren. Air France erwirbt 40% der Fluggesellschaft mit Hilfe der Bank, die offiziell 20% des Stammkapitals hält. Mit dieser Finanzierung soll erreicht werden, daß sich CSA als eine hochqualitative europäische Nischen-Luftfahrtgesellschaft etabliert, die in der Lage ist, aus der zu erwartenden Aufhebung der Beschränkungen für die Fluggesellschaften ihren Nutzen zu ziehen. Zugleich soll der Privatisierungsprozeß dadurch unterstützt werden, daß die Bank Air France zu Investitionen anregt und als Mittler zwischen beiden Partnern auftritt.

Die Finanzierung ist jedoch nur ein Instrument für wirtschaftliche Entwicklung. Angemessene grundsatzpolitische Entscheidungen im Bereich der Öffentlichkeit, institutionelle Reformen und verbesserte Investitionsplanung sind von gleichrangiger Bedeutung, und die Bank legt entsprechenden Wert auf weitere Fortschritte in diesen Bereichen. Im Verkehrssektor überwacht sie derzeit zwanzig technische Kooperationsprojekte in achtzehn Ländern. Diese werden dazu beitragen, die verschiedensten Aspekte der Regelung, Umstrukturierung, Gesellschaftsbildung und Privatisierung im Verkehrswesen zu entwickeln.

Stadtentwicklung: Stärkung dezentralisierter Institutionen

In den meisten Ländern der Region wurden 1992 die Vermögenswerte für die Infrastruktur und die Verantwortlichkeit für Infrastrukturinvestitionen und -operationen kontinuierlich von der zentralen Ebene auf die kommunale Verwaltungsebene weitergegeben. Ein solcher Trend hat besondere Auswirkungen auf die Entwicklung der Umwelt-Infrastruktur, wie etwa Wasser- und Abwasserbehandlung, Feststoffabfall-Behandlung sowie andere städtische Infrastrukturmaßnahmen, wie beispielsweise öffentlicher Verkehr, Fernheizung und Wohnungsbau. Dementsprechend erlangt seine Auswirkung auf das öffentliche Wohl, die wirksame Verwaltung von Städten und die Entwicklung

Tätigkeiten der Bank

Im Bereich **Telekommunikation** unterstützt die Bank eine kontinuierliche Ausdehnung des Netzes und Investitionen, Verbesserungen bei den entsprechenden Dienstleistungen und institutionellen Reformen: insbesondere Bemühungen zur Umstrukturierung seitens der Betreiberfirmen sowie die Einführung verbesserter

Telekommunikationsleistungen durch private Betreiberfirmen und die Installierung modernster Telekommunikationssysteme.

Im **Verkehrssektor** unterstützt die Bank eine ausgeglichene Entwicklung des Systems und räumt solchen Projekten Vorrang ein, die sich mit einer Verbesserung und Modernisierung der bestehenden Anlagen befassen, einen Beitrag zur Integration Mittel- und Osteuropas mit seinen Nachbarn in Ost und West leisten und die Umwelt verbessern.

2	3	4	5	6
				1

1 Moskauer U-Bahn, Macomnet, Russische Föderation **2** Am Telefon, Eurotel, Prag, Karlsbrücke, CSFR **3** Computergestützte Rechnungsausfertigung, Eurotel, Prag, CSFR **4** Am Telefon, Eurotel, Prag, CSFR **5** Fluggesellschaft CSA, Prager Flughafen, CSFR **6** Bahnhof in Kiew, Ukraine.

Für die **Stadtsanierung** gibt es unterschiedliche Möglichkeiten:
Finanzierung der kommunalen Infrastruktur, die verstärkte Beteiligung von Investoren des Privatsektors an städtischen Dienstleistungen und deren Betrieb, eine Verbesserung der kommunalen Verwaltungseinrichtungen sowie Investitionen für Entwicklungen im Bereich Immobilien und Tourismus.

2	3
1	

1, 2 & 3 Gebäudesanierung in St. Petersburg, Russische Föderation

des privaten Sektors während des Übergangs zur Marktwirtschaft immer mehr an Bedeutung.

Die kommunale Entwicklung in den Städten ist mit einer ganzen Reihe von Schwierigkeiten verbunden. So hat etwa die finanzielle Dezentralisierung mit der Dezentralisierung der administrativen Verantwortlichkeit nicht Schritt gehalten; in den meisten Fällen stehen die Kommunalverwaltungen vor erheblichen politischen und institutionellen Entwicklungsproblemen, da sie die Fähigkeit zur Ausübung ihres neuen Mandats erst noch entfalten müssen. Die Privatisierung oder Umstrukturierung kommunaler Dienstleistungen in den Städten und die zunehmende Kostenwirksamkeit dieser Dienstleistungen haben sogar noch drastischere Anforderungen an die beschränkte Kapazität der vorhandenen Strukturen zur Folge.

Dementsprechend zielen die operativen Maßnahmen der Bank im Hinblick auf die Finanzierung der städtischen Infrastruktur darauf ab, den finanziellen Dezentralisierungsprozeß in besonderer Weise zu unterstützen, den Privatsektor in städtische Dienstleistungsinvestitionen und -operationen mehr einzubeziehen und die Institutionen der kommunalen Verwaltung zu stärken. Besondere Aufmerksamkeit widmete die Bank der genauen Festlegung von Operationen mit eingeschränktem Rückgriffsrecht und der Mobilisierung des privaten Sektors für die Finanzierung der Umwelt-Infrastruktur. Das Umweltprojekt von Gdansk ist ein erstes Beispiel für eine solche Maßnahme in der Region. Derzeit betätigt sich die Bank in mehr als einem Dutzend Städten und entwickelt vorrangige Investitionsprogramme im Bereich der Wasser- und Abwasserbehandlung, der Behandlung fester Abfallstoffe und im Bereich des städtischen Verkehrs. Viele dieser Programme werden im nächsten Jahr in ganz spezifische Kreditgeschäfte umgewandelt.

In Polen hat die Bank einen Kredit in Höhe von Ecu 55 Millionen zur Mitfinanzierung des Baus von mindestens 15.000 neuen Privatwohnungen bereitgestellt. Damit wird das Ziel verfolgt, Qualität und Quantität des Wohnungsbaus durch eine größere Einbeziehung des Privatsektors zu verstärken. Mit dem polnischen Wohnungsbauprojekt wird der Übergang von einem zentral gestützten Wohnungsbausystem zu einem marktorientierten Wohnungsbau- und Bausektor unterstützt.

Agrarindustrie: Verbesserung der Verteilung und Marktstrukturen

Das Engagement der Bank in der Agrarindustrie spiegelte sich prinzipiell in der 1992 als Reaktion auf wesentliche Fragen des Übergangs in diesem Bereich geleisteten Vorbereitungsarbeit wider. Parallel zur Vorbereitung von Grundsatzentscheidungen für den Einsatz der Bank im Landwirtschaftssektor, die 1993 vom

Direktorium zu erörtern sind, hat sich die Tätigkeit rasch verstärkt und konzentrierte sich vor allem auf Nahrungsmittel-Marketing und Verteilungs-Infrastruktur sowie Kredite für Betreiber im Privatsektor. Die Bank arbeitet auch an der Schaffung von Großhandelseinrichtungen in mehreren Ländern und bildet Gruppen zur Vorbereitung von Projekten, die dabei helfen werden, ein solides Portefeuille in Landwirtschaft und Agrarindustrie zur Finanzierung durch die Bank und zur Privatfinanzierung festzulegen und vorzubereiten.

Die Bank hat bereits wichtige Schritte zur Finanzierung des Übergangs der Landwirtschaft zu einem marktorientierten System eingeleitet. Das geschah in einem Falle in Rumänien über eine Kreditlinie, die über eine größere örtliche Bank abgewickelt wurde und ausschließlich auf Betreiber aus dem Privatsektor abzielt, die sowohl in der primären Agrarproduktion als auch in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse beschäftigt sind. Dieser Kredit wurde für die Weitergabe an private Betreiber sowohl in Landes- als auch in ausländischer Währung bereitgestellt. Davon werden inländische wie auch internationale Unternehmen profitieren können. Die Operation wurde von institutionellen Hilfsmaßnahmen auf der Ebene der Finanzvermittlung begleitet.

In der Landwirtschaft führte die Bank ihre Tätigkeit mit dem Ziel der Unterstützung von Umstrukturierungsprojekten durch. Bei einem in Rußland laufenden Projekt ist die Umstrukturierung der Zuckerindustrie in einem wichtigen Anbaugbiet mit gemischten öffentlichen und privaten Investitionen geplant. Eine weitere Umstrukturierung ist in Ungarn vorgesehen, in diesem speziellen Fall zur Unterstützung von Agrargenossenschaften. Ferner laufen Projekte in Rußland, Rumänien, Belarus und Ungarn, bei denen es um Ölsaaten, Lebensmittelverarbeitung, Einsatzgüterherstellung und Verteilung geht.

In Polen hat die Bank ein direktes Darlehen an einen örtlichen Unternehmer vergeben. Konspol-BIS ist ein Unternehmen der Geflügelverarbeitung, das Wurst und andere Erzeugnisse herstellt. Das Bankdarlehen in Höhe von Ecu 13,2 Millionen wird zur Finanzierung des Baus und der Einrichtung einer neuen Geflügelverarbeitungsanlage mit einer Jahresproduktionskapazität von 20.000t gebraucht. Diese Anlage soll international wettbewerbsfähig sein (den Inlands- als auch den Exportmarkt erreichen), Arbeitsplätze für 320 Beschäftigte vor Ort schaffen und die gegenwärtig nicht voll ausgelasteten Geflügelfarmen der Region in vollem Umfang wieder einsatzfähig machen. Ferner hilft die Bank in Polen bei der Finanzierung des Baus eines Schlachthofs und einer Fleischverarbeitungsanlage mit einem Darlehen in Höhe von Ecu 7,9 Millionen. Im Rahmen eines Verteilungsprojekts vergibt die Bank ein Darlehen im Umfang von Ecu 5,9 Millionen zur Finanzierung eines Joint

Tätigkeiten der Bank

In der **Agrarindustrie** konzentriert sich die Tätigkeit der Bank auf Nahrungsmittelmarketing und Verteilungs-Infrastruktur sowie auf Kredite für Betriebe im Privatsektor. Die Bank beteiligt sich auch an der Schaffung von Großhandelseinrichtungen in mehreren Ländern und bildet Arbeitsgruppen zur Vorbereitung von Projekten, die mithelfen, ein solides

Portefeuille in Landwirtschaft und Agrarindustrie zur Finanzierung durch die Bank und durch Privatinvestoren festzulegen und vorzubereiten.

2	1
3	
4	
5	

1 & 3 Fleischkonservenherstellung, Kospel-BIS, Nowy Sacz, Polen 2 Geflügelfleischwürste, Kospel-BIS, Nowy Sacz, Polen
4 Einkaufsstraße in Moskau, Russische Föderation 5 Lebensmittelmarkt, Moskau, Russische Föderation

Venture, Ringnes/Pubrex, das von einem norwegischen Getränkeunternehmen und einer polnischen Baufirma zur Entwicklung eines Einzelhandelsnetzes gemeinsam betrieben wird.

Privatisierung und industrielle Umstrukturierung: Schaffung von finanzierbaren Modelltransaktionen

Zum Umfang der Privatisierungsaktivitäten, für die die Unterstützung der Bank erforderlich sein könnte, gehört die Errichtung neuer Unternehmen im Privatsektor, die Überführung bestehender Unternehmen in Privateigentum und die Umstrukturierung bestehender Unternehmen, die in effiziente, marktorientierte Produktionseinrichtungen umgewandelt werden müssen, wenn sie in einem wettbewerbsorientierten Umfeld überlebensfähig sein wollen. Die Unterstützung für in den Ländern angesiedelte Bemühungen zur Beschleunigung der Privatisierung staatlicher Unternehmen hat in praktisch allen Länderstrategien der Bank eine hohe Priorität.

Große Anstrengungen werden von der Bank unternommen, um dem Bedarf an Beratungsdiensten bei Privatisierungsangelegenheiten gerecht zu werden, insbesondere gilt das für die Nachfrage aus den Ländern, die sich noch in einem frühen Stadium der Entwicklung eines Rahmens für ein umfassendes Privatisierungsprogramm befinden. Die meisten der von der Bank getragenen Beratungsprojekte umfassen eine Form technischer Zusammenarbeit zur Unterstützung im Falle allgemeiner Privatisierungsberatung oder zur Beratung im Falle von Modelltransaktionen oder eine Kombination von beiden.

Die Privatisierung in der ehemaligen Sowjetunion wurde fortgesetzt. Sie konzentrierte sich anfänglich auf Moskau und St. Petersburg, wo die Bank Modelltransaktionen durchgeführt hat, und dehnte sich dann auch auf größere Projekte im Rahmen des Privatisierungsprogramms der Russischen Föderation aus. In enger Abstimmung mit der Weltbank hat die Bank ein internationales Gutachterkonsortium beauftragt, das zur Entwicklung des russischen Privatisierungsprogramms beigetragen hatte. Die Bank billigte ein Darlehen, um die wichtigsten Aspekte zur Durchführung dieses Programms mit Hilfe von 110 regionalen Privatisierungsausschüssen abzudecken. Sie arbeitete ein Privatisierungs-Handbuch aus, das im Namen der russischen Regierung an über 40.000 Nutzer in Rußland verteilt werden soll. Im Dezember führte die Bank die erste größere Gutscheinauktion in Rußland durch (die Keksfabrik "Bolschewik") und stand bei mehreren nachfolgenden Verkäufen beratend zur Seite. Es wurden Modelltransaktionen durchgeführt, um andere Methoden zu erproben, wie beispielsweise eine internationale Ausschreibung für Hotels in Moskau.

Einen ähnlichen Weg schlug die Bank auch in der Ukraine ein, wo ein Kern von Beratern beauftragt wurde, den staatlichen Eigentumsfonds zu unterstützen. Der Bank wurde das Privatisierungsmandat für Ukrretschflot, einem staatlichem Flußschiffahrtsunternehmen, übertragen. Dabei handelt es sich um die erste von mehreren Modelltransaktionen, die es den Mitarbeitern der Bank erlauben, mit Vertretern des staatlichen Sektors in Privatisierungsangelegenheiten und damit verbundenen Fragen, wie etwa der Aufspaltung großer staatlicher Unternehmen, zusammenzuarbeiten.

Weitere Aktivitäten der Bank umfassen u.a. eine Zusammenarbeit mit albanischen Behörden und westlichen Investoren bei der Privatisierung und Neugestaltung der Chromindustrie des Landes, bei der Durchführung eines Workshops für hochrangige Entscheidungsträger aus Estland, Lettland und Litauen über Privatisierungsrichtlinien, Mitarbeit an ersten Projekten der Privatisierung in Kasachstan, Erarbeitung eines Privatisierungsprogramms für die ehemalige jugoslawische Republik Makedonien und eine für hochrangige Entscheidungsträger und Unternehmen organisierte Konferenz über Mexikos Erfahrungen bei der Privatisierung der sich im Übergangsstadium befindlichen Planwirtschaften. Die Bank ist auch weiterhin wichtigster Berater der Europäischen Kommission bei der Privatisierung und Umstrukturierung im Zusammenhang mit der Unterstützung und Überwachung der Durchführung des PHARE-Programms im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft.

Die großen multidisziplinären Gutachteraufgaben der Bank bei der Privatisierung gingen einher mit ihren Bemühungen zur juristischen Zusammenarbeit. Hervorzuheben ist dabei besonders die für die Russische Föderation geleistete Unterstützung bei der Erarbeitung und Kommentierung verschiedener Entwürfe von Rechtstexten. Eine ähnliche Initiative wird auch in der Ukraine durchgeführt. Diese Aufgaben werden auf der Grundlage einer dreiseitigen Zusammenarbeit zwischen der Bank, der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und der Europäischen Gemeinschaft durchgeführt.

Ein Schwerpunkt der Umstrukturierungsbemühungen ist der Industriesektor unter Einschluß der Rüstungsumstellung, wobei finanzierbare Transaktionen von besonderem Gewicht sind. Eine wichtige finanzierbare Transaktion wurde im Falle von Huta Warszawa, einem großen Stahlwerk in Polen, abgewickelt. Das Werk soll unter Kontrolle eines Gemeinschaftsunternehmens umstrukturiert werden. An der Spitze des Joint Venture steht das italienische Unternehmen Lucchini spa mit Beteiligung inländischer Aktionäre. Die Bank hat gemeinsam mit der Internationalen Finanzierungsgesellschaft und mit italienischen Banken vereinbart, die Modernisierung zu finanzieren.

Sonder-Umstrukturierungsprogramm

Die Bank erwägt eine Methode, wie sie mit Hilfe eines Pilotprogramms für besondere Umstrukturierungsmaßnahmen in Zusammenarbeit mit vor Ort tätigen Mittlern, mit bilateralen und multilateralen Hilfsprogrammen und anderen internationalen Gremien ihre Umstrukturierungsaufgaben erfüllen kann. Mit diesem Programm wird beabsichtigt, sich einer großen Anzahl von vor allem mittelständischen Unternehmen zuzuwenden, die derzeit Gefahr laufen, zunehmend schlechter abzuschneiden und zusammenzubrechen, die aber über das Potential zum Überleben und für einen Neubeginn verfügen, wenn ihnen die geeignete Unterstützung zuteil wird. Falls dieses Sonder-Umstrukturierungsprogramm verwirklicht wird, schaltet sich die Bank als Wagniskapitalgeber ein, investiert Stammkapital bzw. Quasi-Stammkapital und stellt Mittel für die technische Kooperation zur Unterstützung der strategischen und operativen Umstrukturierungsprogramme zur Verfügung.

Reaktionen auf Initiativen im privaten Sektor

Über die oben dargestellten Sektoren hinaus, in denen sich die Bank bei ihrer Tätigkeit von spezifischen Grundsätzen leiten läßt, wird sie in einer Vielzahl von Bereichen im privaten Sektor dann tätig, wenn sich günstige Gelegenheiten abzeichnen.

In der Tschechischen und in der Slowakischen Republik geht die Stärkung der mittelständischen Zulieferindustrie mit der Privatisierung der Großbetriebe einher, an der die Bank beteiligt ist. Die Bank wird die vorgeschlagenen Darlehen von Ecu 102 Millionen und Ecu 8,4 Millionen für Skoda Automobilova und CZ (eine Motorradfabrik) zur Verfügung stellen und leistet damit einen Beitrag zur Modernisierung und Erweiterung dieser beiden Großbetriebe. Gleichzeitig hilft die Bank bei der Schaffung einer Reihe von Joint Ventures, in denen Investoren aus dem Westen und die traditionellen Zulieferer dieser beiden Unternehmen zusammen tätig werden. Es wird erwartet, daß dadurch Verknüpfungen zwischen den Sektoren entstehen und die Entwicklung mittelständischer Industrien vorangetrieben wird.

Die Bank unterstützt des weiteren grenzüberschreitende Verbindungen zwischen der Volkswirtschaft der Länder in dieser Region. Bei dem Unternehmen Fusion Investment handelt es sich um die erste grenzüberschreitende Investition in der Tschechischen und in der Slowakischen Republik durch ein ungarisches Unternehmen. Im Rahmen dieses Projekts werden Konzessionen für Burger-King-Filialen und Gaststätten-versorgungseinrichtungen in den drei Ländern an eine Anzahl von Joint Ventures mit lokalen Betreibern vergeben. Hierbei handelt es sich im Dienstleistungsbereich um ein Gebiet mit hohen Wachstumsraten. Das Ziel besteht darin, die Beteiligung

westlicher Partner zu ermutigen, die durch eine Eigenkapitalfinanzierung der Bank in Höhe von Ecu 3 Millionen aktiviert werden.

Aus der Zusammenarbeit mit einem bekannten Partner aus dem Westen, der starke finanzielle Unterstützung in die Waagschale werfen kann, lassen sich Vorteile ableiten. Raba/General Motors in Ungarn stützt sich darauf, daß ein Teil der benötigten Mittel (25% der Gesamtkosten) für die Errichtung eines Motorenwerks und eines Automontagewerks zur Verfügung gestellt werden. Im Ergebnis entsteht eine moderne und technisch hochentwickelte Einrichtung in diesem Bereich in Ungarn. Der potentielle Markt ist groß und dieser Betrieb wird positive Rückwirkungen auf die Beschäftigungssituation sowohl im Betrieb wie auch in der ungarischen Zulieferindustrie haben.

Ein Darlehen von Ecu 5,5 Millionen an ABB Dolmel wird es dem polnischen Generatorenwerk erlauben, die Produktionsanlagen in Wroclaw (Polen) zu erweitern und zu modernisieren. Bei dem Kredit handelt es sich um die erste Investition der Bank in der polnischen Schwerindustrie. Als Mitglied der ABB-Gruppe, die zu den führenden Herstellern von Generatoren im Weltmaßstab gehört, erlangt ABB Dolmel eine in hohem Maße wettbewerbsfähige Situation. 80% der Produktion werden in den Export gehen und stellen für Polen eine wertvolle Quelle von Deviseneinkommen dar.

Auch bei der Bewilligung von Mitteln für PCA Budafok Pappe, einem ungarischen Unternehmen, das Recyclingpappe und Material für Faltschachteln herstellen wird, geht es um die Entwicklung wettbewerbsfähiger und umweltfreundlicher Industriezweige. Mit Hilfe des Darlehens wird der Betrieb in die Lage versetzt, die bestehenden Produktionseinrichtungen zu modernisieren und zu verbessern. Das Unternehmen soll dadurch befähigt werden, verlorene inländische Absatzmärkte wiederzugewinnen und wirksam am Wettbewerb um Exportmärkte teilzunehmen und zwar insbesondere im Nahen Osten und mit den vormaligen Handelspartnern im RGW.

Ausbildung und Schulung: Anregung der Leitungsarbeit und Förderung der beruflichen Entwicklung

In der gegenwärtigen Situation des Struktur- und Systemwandels in Mittel- und Osteuropa spielen Ausbildung und Schulung eine wichtige Rolle. Dabei unterstützt die Bank mehrere wichtige Bereiche: Schulung in unterschiedlichen Sektoren (mit dem Schwerpunkt auf Privatisierung, Bankwesen und finanzieller Infrastruktur) und projektbezogene Schulung. Darüber hinaus betreibt sie berufsbezogene Ausbildung mit dem Ziel, Bedienstete der oberen und mittleren Leitungsebene effektiver mit ihren Pflichten umgehen zu lassen, insbesondere bei der

Privatisierungsprogramme spielen bei der Wirtschaftsreform eine wichtige Rolle. Die Bank unterstützt sie aktiv in allen Mitgliedsländern. Vor größeren Abschnitten im russischen Privatisierungsprogramm wurden in Moskau und St. Petersburg Modelloperationen durchgeführt.

1	2	3	4
---	---	---	---

1 Keksherstellung, Keksfabrik Bolschewik, Moskau 2 Auktionsgutschein, Keksfabrik Bolschewik, Moskau 3 Fileßband, Keksfabrik Bolschewik, Moskau 4 Pelzmützenverkauf, Russische Foderation - Auf dem Schild steht: "Mützen gegen Gutscheine"

Zusammenarbeit mit ihren Kollegen aus dem Westen und individuelle fachliche Weiterbildung. Die Zielstellung dabei ist es, langfristig die Anforderungen des Marktes in bezug auf gebildete fachliche und technische Mitarbeiter zu erfüllen. Wegen der finanziellen Zwänge sieht die Bank ihre Aufgabe darin, diese Prozesse anzuregen, sie kann keinesfalls einer der Hauptbeteiligten bei deren Verwirklichung sein.

Im Geschäftsjahr 1992 führte die Bank eine Reihe von Einzelkursen durch. Dabei ging es darum, unmittelbaren Bedürfnissen zu entsprechen und insbesondere Probleme der finanziellen Infrastruktur anzusprechen. Bei diesen Kursen unterrichteten ausländische Teilnehmer in den Empfängerländern, gelegentlich schlossen sich auch für ausgewählte Teilnehmer Besuche westlicher Märkte an.

Außerdem wurde eine ganze Anzahl neuer Schulungseinrichtungen geschaffen, hier arbeitet die Bank mit anderen internationalen Einrichtungen und bilateralen Organisationen zusammen. In Moskau wurde eine internationale Finanz- und Bankenschule ins Leben gerufen, dort wurden in der zweiten Jahreshälfte 700 Teilnehmer geschult. Im Rahmen eines in St. Petersburg im Dezember unterzeichneten Kooperationsabkommens wird es dem Zentrum für Management und Marketing ermöglicht, sich weiterhin zu profilieren und sich zu einer führenden Ausbildungseinrichtung für Unternehmensmanagement sowie im Bereich der Privatisierung zu entwickeln. Zusammen mit dem in Budapest angesiedelten internationalen Trainingszentrum für Bankiers hat die Bank ein Schulungsprogramm für Manager der mittleren Ebene in Kapitalmärkten durchgeführt. Weiterhin hat die Bank das rumänische Bankeninstitut unterstützt.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde ebenfalls das Vereinigte Institut in Wien eingeweiht. Bei ihm handelt es sich um eine Initiative von sechs internationalen Körperschaften mit dem Ziel, den Ländern in Mittel- und Osteuropa bei der Überwindung ihres gewaltigen Rückstands im Bereich der Schulung zu helfen. Zu den weiteren Sponsoren gehören die EG, die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, der IWF und die OECD. Im September fand am Institut der erste Kurs zum Thema Privatisierung in den Ländern des Übergangs statt. Zu den 20 Teilnehmern aus 11 Ländern gehörten Vertreter von Regierungsbehörden, staatlichen und privatwirtschaftlichen Unternehmen.

Kofinanzierung: Entwicklung der Katalysatorfunktion der Bank

Im abgelaufenen Geschäftsjahr bestand die Tätigkeit der Bank im Bereich der Kofinanzierung darin, eine umfassende Vielfalt von

Darlehensgebern im privaten Bereich und aus dem der öffentlichen Hand zu erfassen und zu entwickeln, die der Bank bei der Projektfinanzierung zur Seite stehen. Mit dem Ziel, die Kofinanzierung auf zwei Ebenen voranzutreiben, ist ein umfassendes Netz von Arbeitsbeziehungen geflochten worden. Dabei geht es um die kommerzielle Kofinanzierung von Projekten im privaten Sektor zusammen mit Geschäftsbanken, zum Beispiel durch Konsortialfinanzierung sowie die offizielle Kofinanzierung mit Exportkredit- und Investitionsversicherungsbehörden und internationalen Einrichtungen, wie Entwicklungsbanken und bilateralen Gebern über deren nationale Programme für Entwicklungshilfe.

In dieser Hinsicht war die Unterzeichnung eines Rahmenabkommens zwischen der Bank und der Japanischen Export- und Importbank ein besonders herausragendes Ereignis. Im Rahmen dieser Übereinkunft wird eine Reihe von Projekten zur Kofinanzierung geprüft.

Eine Kofinanzierung gab es weiterhin für Projekte aus dem staatlichen Sektor in Albanien, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen und Ungarn. In solchen mitteleuropäischen Ländern wie der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik, Ungarn und Polen bestanden direktere Möglichkeiten für eine Kofinanzierung von Projekten im privaten Sektor, jedoch ist es der Bank 1992 ebenfalls gelungen, Zusagen von Geschäftsbanken für Projekte in Rußland zu bekommen. Kurzfristig gesehen ist eine Kofinanzierung über Geschäftsbanken für Albanien, Bulgarien, Rumänien und die Länder der ehemaligen Sowjetunion schwieriger. Dort haben die Banken gelegentlich Verbindlichkeiten, für die sie weder Zahlungen von Zinsen noch Rückzahlungen der Darlehenssumme erhalten. Bei der begrenzten oder überhaupt nicht vorhandenen Erfahrung im kommerziellen Bereich birgt diese Lage ein großes Risiko.

Im staatlichen Sektor stimmte das Direktorium 14 Darlehen zu, von denen 9 mit internationalen Instituten oder bilateralen Exportkreditagenturen gemeinsam finanziert wurden oder werden. Von den 26 über das Geschäftsjahr bewilligten Darlehen im privaten Sektor waren oder werden 10 mit internationalen Instituten, bilateralen Exportkreditagenturen oder Geschäftsbanken kofinanziert.

Technische Zusammenarbeit: Unterstützung für das Geschäftsmandat

Gegen Ende 1992 wurden die Prinzipien für die technische Zusammenarbeit der Bank weiter präzisiert. Das unterstreicht, wie wichtig das Mandat der Bank dafür ist. Die Erfahrung hat zunehmend darauf verwiesen, daß die technische Zusammenarbeit sowohl für den öffentlichen wie auch den

privaten Sektor in den Ländern der Region sehr wohl benötigt wird, und daß eine ausreichende Finanzausstattung für diese Art der Zusammenarbeit von herausragender Bedeutung für die Unterstützung des Übergangs zur Marktwirtschaft ist. (Eine Liste der Übereinkommen zur technischen Zusammenarbeit findet sich auf Seite 41.)

Die geschäftlichen Zielstellungen der Bank und ihre Arbeitsweise bestimmen das Herangehen an das Programm für die technische Zusammenarbeit. Daraus folgt, daß die Anforderungen der Kreditnehmer der Bank an die technische Zusammenarbeit unterschiedliche Prioritäten bei der Entwicklung implizieren und sich im öffentlichen und im privaten Sektor anders darstellen. Sie unterscheiden sich weiterhin auf verschiedenen Interventionsebenen. Deshalb können die Schwerpunkte für technische Zusammenarbeit auch am besten im Rahmen von Sektoren wie Privatisierung, Umstrukturierung von Unternehmen, Infrastruktur im Finanzsektor, Umwelt, Energie, Verkehr, Lokal- und Regionalentwicklung, Landwirtschaft und Agrarindustrie und Reform der Rechtsprechung zusammengefaßt werden.

Im Verlaufe der Jahre 1991 und 1992 hat die Bank 260 Projekten für technische Zusammenarbeit im Gesamtwert von Ecu 79,3 Millionen zugestimmt. Für 1992 können die Geschäftsergebnisse im Rahmen des Fonds für technische Zusammenarbeit wie folgt zusammengefaßt werden:

- die Projektzusagen umfaßten Ecu 52,5 Millionen, im Vergleich zum Vorjahr ist das eine Steigerung um nahezu das Sechsfache. Die vertraglich gebundene Summe umfaßt Ecu 33 Millionen, von denen Ecu 15,3 Millionen auch ausgegeben wurden.
- Was die geographische Streuung anbelangt, so war die Russische Föderation der größte Empfänger von Mitteln (27%) aus dem Fonds für technische Zusammenarbeit. Sowohl nach den Tätigkeiten in den einzelnen Ländern als auch nach der regionalen Aktivität nahmen die ehemaligen Sowjetrepubliken 39 Prozent aller Zusagen in Anspruch. Die übrigen Länder der Region erhielten 41 Prozent, Polen und Rumänien waren die größten Empfängerländer. Mit 20% erhielten auch die Regionalprogramme einen beträchtlichen Anteil.
- Eine Aufteilung nach Sektoren läßt erkennen, daß der größte Anteil (21%) auf Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Prozeß der Privatisierung entfiel. Danach folgte in der Größenordnung der Sektor finanzielle Infrastruktur, zusammen mit Schulung (18%), gefolgt von Umwelt (15%) und Energie (14%). Verkehrswesen, Agrarindustrie, Telekommunikation und kommunale Infrastruktur nahmen ebenfalls einen beträchtlichen Teil in Anspruch.

Bewilligungen für die technische Zusammenarbeit unter Leitung der Europäischen Bank 1991/1992

Aufgeschlüsselt nach Ländern	Anzahl der Projekte	Ecu (Millionen)	%
Albanien	25	3,5	4,4
Belarus	4	1,5	1,9
Bulgarien	5	2,0	2,6
CSFR	15	3,2	4,0
Estland	11	2,4	3,0
Lettland	11	3,7	4,7
Litauen	12	2,7	3,4
Makedonien, FJR	1	0,1	0,1
Polen	32	8,5	10,7
Rumänien	21	5,6	7,1
Russische Föderation	40	21,2	26,7
Slowenien	9	1,3	1,6
Ukraine	10	5,0	6,3
Ungarn	15	2,6	3,3
Region	49	16,0	20,2
Gesamt	260	79,3	100,0

Bewilligungen für die technische Zusammenarbeit unter Leitung der Europäischen Bank 1991/1992

Verteilung nach Sektor	Anzahl der Projekte	Ecu (Millionen)	%
Privatisierung	26	16,3	20,6
Finanzierung	45	14,6	18,4
Umwelt	44	12,0	15,1
Energie	44	11,1	14,0
Verkehrswesen	20	6,7	8,4
Agrarindustrie	19	6,2	7,8
Telekommunikation	23	6,1	7,7
Infrastruktur	12	4,2	5,3
Industrie	8	0,7	0,9
Rechtswesen	9	0,5	0,6
Sozialbereich	4	0,4	0,5
Verschiedenes	3	0,2	0,3
Tourismus	2	0,2	0,3
Medien	1	0,1	0,1
Gesamt	260	79,3	100,0

Die Hauptaufgabe der Bank besteht darin, den Übergang zur Marktwirtschaft und die privatunternehmerische Initiative zu fördern. Finanziell unterstützt werden müssen vorrangig private Unternehmen oder staatseigene Betriebe während ihrer Privatisierung sowie die Schaffung neuer Firmen unter Einschluß von Joint Ventures mit internationalen strategischen Investoren

1	2	3	4
---	---	---	---

1 Fließband, CZ-Cagiva, CSFR 2&3 Fließband, Detail, CZ-Cagiva, CSFR 4 In der Buchhaltung, Bukarest, Rumänien

- Was die Art der bewilligten Projekte anbelangt, so fielen 52% unter Projektvorbereitung, bei 32% ging es um die Schaffung von Beratungsdiensten, 10% waren Schulungsdienste und 6% entfielen auf die Arbeit in Sektoren.

Im Gefolge der Tätigkeit der Bank im Bereich technische Zusammenarbeit einschließlich von Durchführbarkeitsuntersuchungen, Beratungsdiensten und der Entwicklung von Instituten, die über das Kooperationsfondsprogramm finanziert wird, hat die Bank im Geschäftsjahr 1992 Darlehen und Investitionen für 17 Projekte im Gesamtumfang von Ecu 604 Millionen bewilligt und damit insgesamt Projektinvestitionen von ca. Ecu 1,5 Milliarden ausgelöst.

Informationsaustausch

Die Bank wird in ihrer Tätigkeit von drei Beiräten unterstützt. Dem Unternehmensbeirat gehören 24 bedeutende Industrielle und Finanzfachleute aus dem Bereich des privaten Sektors an. Seine Aufgabe ist es, die Bank zu unterstützen und in allen einschlägigen Bereichen Erfahrungen auszutauschen, in denen die Mitglieder über Sachkenntnis verfügen. Der Volkswirtschaftliche Beirat wurde ins Leben gerufen, um eine Verbindung zwischen der Bank und Wissenschaftlern insbesondere im Bereich der Forschungstätigkeit über die Wirtschaft im Wandel zu schaffen. Als direkte Beratungskörperschaft für den Präsidenten berät er die Bank ebenfalls bei Wirtschaftsfragen, die im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit auftauchen. Der Umweltbeirat, ein direktes Beratergremium für den Präsidenten, unterstützt die Bank bei der Verwirklichung ihres Ziels, nämlich der Unterstützung einer umweltpolitisch gesunden und umweltverträglichen Entwicklung im Bereich ihres gesamten Tätigkeitsspektrums. Eine Aufstellung der Beiratsmitglieder findet sich auf Seite 78.

Bei einer Vielzahl von Konferenzen im Verlaufe des Geschäftsjahres wurden Verbindungen mit zahlreichen internationalen Finanzinstituten und anderen internationalen Organisationen erweitert und der Informationsaustausch fortgeführt. So haben zum Beispiel der IWF und die Bank Mitte Januar ein Seminar über Finanzpolitik durchgeführt, an dem Minister und leitende Beamte aus der Finanzwelt und von nationalen Banken aus allen Ländern teilnahmen, in denen die Bank tätig ist.

Im Februar haben die Bank und das Internationale Zentrum für Gesetzgebungsexperten gemeinsam ein zweitägiges Seminar über die *Vermittlung von rechtlichem Sachwissen an die unabhängigen Staaten unter dem Motto "Zusammenarbeit im Bereich des Wirtschaftsrechts"* durchgeführt.

Im Mai haben die Weltbank, die polnische Regierung und die

Europäische Bank in Warschau eine Konferenz zum Thema *"Privatisierung, direkte Auslandsinvestitionen und Haftung im Umweltbereich"* durchgeführt. An ihr nahmen ungefähr 170 Delegierte teil, die vorwiegend aus den Ministerien für Privatisierung und für Umwelt der Länder Mittel- und Osteuropas kamen.

Im Juni erschien die erste regelmäßige Publikation der Bank, *Quarterly Economic Review*, die sich in ihrer ersten Ausgabe auf Fortschritte bei der Privatisierung in der Region konzentrierte. Das im September herausgebrachte zweite Heft faßte die Entwicklungen in der Wirtschaft der Region zusammen und beleuchtete in erster Linie Fragen des Außenhandels. In jedem Heft wird eine spezifische Frage der Strategie oder der Strukturanpassung aufgegriffen.

Economics of Transition (Wirtschaft im Übergang) ist eine neue von der Bank herausgegebene wissenschaftliche Zeitschrift. Sie bietet einen von Sachkenntnis getragenen neuen Schwerpunkt mit ihrer Analyse der in der Region ablaufenden Prozesse des Wandels von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft.

Um den Erfahrungsaustausch zwischen Ratgebern und Beratern im Bereich der Rechtshilfe voranzutreiben, hat die Bank die Vierteljahreszeitschrift "Law in Transition" (Recht im Wandel) herausgebracht. Dabei handelt es sich um eine gemeinsame Leistung beider Seiten. Die Zeitschrift veröffentlicht Einzelheiten von Rechtsprojekten und Programmen mit Geldgebern im Bereich sowohl der gesellschaftlichen wie auch der privaten Organisationen, über Geber und Empfänger, Eröffnungs- und Schlußtermine sowie Kontaktanschriften.

Um eine möglichst breite Reaktion zu erzielen und einen sehr umfassenden Wettbewerb bei der Beschaffung für alle von ihr finanzierten Verträge anzuregen, bringt die Bank das monatlich erscheinende Informationsblatt "Procurement Opportunities" (Beschaffungsmarkt) heraus. Darin finden sich rechtzeitige und zuverlässige Hinweise auf Projekte und Zeichnungsmöglichkeiten.

Finanzpolitik und Ergebnisse

In ihrem ersten vollen Arbeitsjahr ergaben sich die Finanzergebnisse der Bank größtenteils aus umfangreichen Erträgen ihrer Barvermögen-Portefeuilles, die sich hauptsächlich aus eingezahltem Kapital und Erträgen der Darlehen an den Kapitalmarkt zusammensetzen, einschließlich anfänglicher Erträge aus dem Darlehens- und Investitionsportefeuille. Die Finanztätigkeit wurde im Rahmen der Grundsatzpolitik der Bank durchgeführt, die darauf abzielt, das mit ihrem Mandat verbundene Risiko bewältigen zu können, und zugleich in

nächster Zukunft auch Gewinne zu erzielen. Unter Berücksichtigung der mit der Tätigkeit in der Region verbundenen Risiken ließ sich die Bank absichtlich von einer zurückhaltenden finanziellen Grundsatzpolitik leiten. Vorsichtige Investitionen von Barvermögen vor Auszahlung, zusammen mit einer umsichtigen Begrenzung des mit der Errichtung der Bank verbundenen Verwaltungsaufwands, erbrachten für das Geschäftsjahr einen Netto-Betriebsgewinn in Höhe von Ecu 3,9 Millionen und nach Bildung der Rückstellungen einen Verlust von Ecu 6,1 Millionen.

Kapitalausstattung

Im Geschäftsjahr 1992 sind Kapitalzahlungen in Höhe von Ecu 615,1 Millionen in Barmitteln und Schuldscheinen eingegangen, wodurch sich die Gesamtsumme des eingegangenen eingezahlten Kapitals zum Jahresende auf Ecu 1.206,3 Millionen erhöhte. Die Bank ist umfangreich mit Kapitalmitteln ausgestattet, und zwar mit einem gezeichneten Kapital von annähernd Ecu 10 Milliarden, wovon Ecu 3 Milliarden eingezahlt und Ecu 7 Milliarden abrufbar sind. Letzteres kann nur in dem unwahrscheinlichen Fall abgerufen werden, daß es erforderlich wird, die Verpflichtungen der Bank abzudecken. Alle Mitglieder sind gehalten, eingezahltes Kapital in fünf Jahresraten gleicher Höhe zu entrichten. Hierbei kann eine Aufteilung in Barmittel und Schuldscheine erfolgen. Auf Ecu, US-Dollar oder Japanische Yen ausgestellte Schuldscheine müssen entsprechend einem festgelegten Plan innerhalb eines Dreijahreszyklus eingelöst werden, wobei die letzte Einlösung 1997 zu erfolgen hat. Am Jahresende 1992 verfügte die Bank über von Mitgliedern gezeichnete Schuldscheine im Gesamtgegenwert von Ecu 227,5 Millionen. Die Bank sicherte das in Japanischen Yen sowohl in Barmitteln als auch in Schuldscheinen eingezahlte und künftig fällige Kapital sowie die Hälfte aller in Dollar gezeichneten 1994-1997 fälligen Raten. Die Absicherung von künftigen Zahlungen schützt das fällige Ecu-Kapital vor ungünstigen Wechselkursentwicklungen.

Der mögliche Gesamtumfang an Darlehen, Kapitalbeteiligungen und Garantien ist auf das gesamte gezeichnete Kapital plus Rücklagen und Überschüsse begrenzt, was ein konservatives Verhältnis von Fremd- zu Eigenkapital im Umfang von 1:1 ergibt. Die vom Direktorium per 31. Dezember 1992 gebilligten Darlehen und Kapitalbeteiligungen beliefen sich auf Ecu 1.618,9 Millionen. Davon machten die bewilligten Kapitalbeteiligungen insgesamt Ecu 157,5 Millionen aus. Ausgezahlte und ausstehende Kapitalbeteiligungen dürfen eingezahltes Kapital sowie die allgemeinen Rücklagen und Überschüsse nicht überschreiten.

Kreditaufnahme-Programme

Im Verlaufe des Geschäftsjahres 1992 verfolgte die Bank ihre Finanzierungsstrategie, nämlich sich als erstklassiger Kreditnehmer auf den internationalen Kapitalmärkten zu etablieren und insgesamt Mittel zu niedrigen Preisen bei gleichzeitiger Diversifizierung ihrer Finanzierungsquellen zu sichern. Bei dreizehn Transaktionen nahm die Bank 1992 Kredite im Wert von Ecu 861 Millionen auf. Kapitalvermögen wurde in acht Währungen aufgenommen und zu variablen Wechselkursen in Ecu, Deutsche Mark und US-Dollar getauscht. Die durchschnittliche Gesamtlaufzeit der Fremdmittelaufnahme betrug 6,9 Jahre.

Die Erschließung einer breiten Palette von Märkten, Investorengruppen und Finanzinstrumenten führte 1992 zu durchschnittlichen Geldbeschaffungskosten nach Swaps zum Libor-Satz minus 38,4 Basispunkten. Die gesamten ausstehenden Darlehen der Bank beliefen sich zum Jahresende 1992 auf Ecu 1,36 Milliarden bei einer durchschnittlichen Laufzeit von 6,2 Jahren. Diese Zahl fügt sich in die erwarteten Durchschnittswerte für Kredite und Investitionen ein. Die durchschnittlichen Geldbeschaffungskosten nach Swaps für die gesamte ausstehende Darlehensaufnahme beliefen sich auf den Libor-Satz minus 34,2 Basispunkten.

Die Bank kündigte für 1993 anfänglich ein Programm zur Darlehensaufnahme in Höhe von Ecu 900 Millionen an, um die Bargeldabflüsse aufgrund der geplanten Kreditvergaben und Investitionstätigkeit abzudecken und um den minimalen Liquiditätsanforderungen nachzukommen.

Investition von Bargeldvermögen

Das Bargeldvermögen stieg auf Ecu 2,7 Milliarden am Jahresende 1992 im Vergleich zu 1,1 Milliarden im Vorjahr. Das Barvermögen-Portefeuille der Bank Ende 1992 umfaßte vorwiegend Mittel aus eingezahltem Kapital und Darlehensnahme, einschließlich einer bestimmten Summe von Zinserträgen aus Darlehen. Zu gegebener Zeit wird es auch Rückzahlungen aus Bankdarlehen, Zuflüsse von Dividenden aus Investitionen und thesaurierte Erträge einschließen. Die Liquidität wird auf der Höhe von mindestens 45% der geplanten Nettobargelderfordernisse für die folgenden drei Jahre aufrechterhalten. Das Liquiditätsniveau per 31. Dezember 1992 umfaßte 63,5% der geplanten Barmittelbedürfnisse für die nächsten drei Jahre. Zwar wird erwartet, daß sich dieses Verhältnis verringert, aber die Situation ermöglicht es der Bank, bei der Festlegung des Zeitpunkts für ihre Finanzierungsbeschlüsse flexibel zu bleiben, insbesondere bei wechselnden und ungünstigen Marktbedingungen und sich ergebende Kreditnahmemöglichkeiten zu nutzen. Der

durchschnittliche Erlös für in Barvermögen-Portefeuilles gehaltenes eingezahltes Kapital belief sich 1992 auf über 10,5%, im Vergleich zu 10% im Jahre 1991.

Durch eine umsichtige Positionierung der Dauer ihrer Portefeuilles erzielte die Bank 1992 Kapitalerlöse in Höhe von Ecu 9,4 Millionen. Der Nettobucherlös bzw. die Differenz zwischen Zinsertrag und Zinsaufwand für aufgenommene Mittel stieg 1992 auf annähernd 60 Basispunkte im Vergleich zu 50 Basispunkten im Jahre 1991. Die Ziele der Investitionspolitik bestehen darin, den Erlös für Kapital- und Kreditfonds der Bank im Rahmen einer hinsichtlich Zinsrate und Kreditrisiko vorsichtigen Grenze zu maximieren und dabei gleichzeitig kein Wagnis in bezug auf Wechselkurse einzugehen. Vom Direktorium gebilligte besondere Investitionsmöglichkeiten, die in der Vollmacht für die Investition von Barvermögen vorgesehen sind, stecken Rahmencahlen für die Verwaltung von Barvermögen ab und geben strenge Begrenzungen für Kredit- und Finanzrisiko vor. Die durchschnittliche Laufzeit für das Portefeuille ist zwischen plus 4 und minus 4 Jahren begrenzt.

Darlehen und Kapitalbeteiligungen

Im Geschäftsjahr 1992 billigte das Direktorium 54 Darlehensprojekte, womit die Gesamtzahl der gebilligten und in der Phase der Umsetzung befindlichen Projekte auf 70 gestiegen ist (Gesamtbetrag Ecu 1,6 Milliarden). Diese Projekte widerspiegelten die Grundsatzpolitik der Bank, die darauf hinausläuft, bei der Strukturierung der Projektfinanzierung flexibel zu bleiben, um den Bedürfnissen der Darlehensnehmer entgegenzukommen, insbesondere im Hinblick auf die Auswahl der Währungen, des Fälligkeitsrahmens und der Zinssatz-Struktur für Darlehen. Der erhobene Zinssatz umfaßt einen Aufschlag auf den Marktzins, gewöhnlich Libor. Kreditmargen unterscheiden sich in erster Linie nach dem Kreditrisiko unter Berücksichtigung der von anderen Kreditgebern angebotenen Marktbedingungen, ebenfalls werden Gebühren und Provisionen erhoben. Der Ertrag für Darlehensgebühren und -provisionen der Bank belief sich 1992 auf Ecu 5,3 Millionen.

Um das Risiko für das Kreditportefeuille der Bank zu minimieren, werden die Aktiva im Hinblick auf Währung, Restlaufzeit und Zinssatz in Übereinstimmung mit den Verbindlichkeiten gebracht. Kapitalbeteiligungen, gewöhnlich in Form von Stamm- oder Vorzugsaktien, werden sowohl in konvertibler als auch nichtkonvertibler Währung gezeichnet. Alle Kredit- und Kapitalbeteiligungen unterliegen einer gründlichen Analyse und einem gründlichen Kreditbewertungsprozeß und werden fortlaufend überwacht. Außerdem begrenzen besondere Richtlinien das Risiko für das Darlehens- und Kapitalbeteiligungsportefeuille der Bank, sie beschränken das

Engagement der Bank bezüglich jedes Landes, eines industriellen Bereichs, eines bestimmten Darlehensnehmers oder eines Projekts.

Wertberichtigungen und Rücklagen

Im Übereinkommen wird gefordert, daß Wertberichtigungen und Rücklagen für den Fall von Verlusten gebildet werden. Im Geschäftsjahr 1992 beliefen sich die allgemeinen Wertberichtigungen für mögliche Verluste auf Ecu 3,3 Millionen bei Darlehen und Ecu 4 Millionen bei Kapitalbeteiligungen. Für zwei Projekte wurden besondere Wertberichtigungen in einem Gesamtumfang von Ecu 2,6 Millionen gebildet. Im Einklang mit dem Beschluß des Direktoriums vom April 1992, wonach 100% der mit Darlehen, Garantien und der Übernahme des Verkaufs von Sicherheiten verbundenen Gebühren und Provisionen in die Sonderrücklage eingestellt werden sollten, wird vorgeschlagen, 1992 Ecu 3,9 Millionen in die Sonderreserve einzustellen.

Die Gesamtsumme für Sonder- und allgemeine Rücklagen zusammen mit allgemeinen Wertberichtigungen für Darlehen und Kapitalverluste ist ursprünglich auf 10% der ausgezahlten Kredite plus 25% der ausgezahlten Kapitalbeteiligungen festgelegt worden. Um diese Zielsetzungen zu erreichen, wurde 1992 zusätzlich zu den Zuführungen in die Sonderreserve 5% der Kreditauszahlungen des Privatsektors und 8% der Kapitalauszahlungen für die allgemeine Wertberichtigung vorgesehen. Das Übereinkommen legt auch fest, daß die Bank alle einbehaltenen Erträge in die allgemeine Rücklage überführt. Die allgemeine Rücklage muß 10% des autorisierten Kapitals darstellen, ehe die Bank solche Mittel für andere Zwecke aufteilen kann.

Darlehensauszahlungen und Rückzahlungen

Im Geschäftsjahr 1992 wurden Ecu 126,2 Milliarden ausgezahlt: Ecu 75,8 Millionen für 13 Darlehensprojekte und Ecu 50,4 Millionen für sieben Kapitalbeteiligungs-Projekte. Aufgrund einer überfälligen Zinszahlung für einen Kredit an einen Darlehensnehmer aus dem Privatsektor hatte die Bank Ecu 5,4 Millionen an nicht zinstragenden Aktiva. Die Kreditlaufzeiten umfassen Zeiträume zwischen drei bis fünfzehn Jahren. Es wird erwartet, daß die meisten Darlehen eine mittel- bis langfristige Laufzeit haben, bei einer normalen maximalen Laufzeitgrenze von fünfzehn Jahren für staatlich abgesicherte Darlehen und zehn Jahren für Darlehen im freien Unternehmenssektor. Die Kapitalrückzahlungen sollten sofort dann beginnen, wenn positive Kapitalflüsse aus dem Projekt vorhanden sind; wo es angemessen erschien, sind Nachfristen eingeräumt worden. Rückzahlungen werden entsprechend den Projekterfordernissen und den Maßnahmen der Bank zur Risikobewältigung strukturiert.

Fonds für technische Zusammenarbeit

Im Laufe des Geschäftsjahres 1992 unterzeichnete die Bank fünfzehn zusätzliche Übereinkommen über Kooperationsfonds mit bilateralen und weiteren Gebern, somit stieg die Anzahl derartiger Abkommen auf insgesamt sechsundzwanzig. Während der ersten Jahrestagung der Bank im April 1992 in Budapest kamen die Europäische Bank und die nordischen Länder auch überein, einen Sonderfonds für technische Unterstützung im Ostseeraum für Estland, Lettland und Litauen einzurichten.

Die Geldgeber für das Programm haben ihr nach wie vor starkes Interesse an diesem Programm gezeigt, indem sie die jeweiligen Kooperationsfonds auffüllten. Im Laufe des Geschäftsjahres 1992 haben fünf Geberländer einen zusätzlichen Betrag in Höhe von Ecu 17,2 Millionen bereitgestellt. Darüber hinaus ließen zwei weitere Geberländer wissen, daß sie Anfang 1993 einen Betrag in Höhe von Ecu 1,8 Millionen zur Auffüllung der Fonds bereitstellen werden.

All diese Fonds zusammengenommen - einschließlich des Sonderfonds für technische Unterstützung im Ostseeraum - haben die Gesamtfinanzierungsgrundlage für das Programm zur technischen Zusammenarbeit der Bank auf nahezu Ecu 107 Millionen zum Jahresende ansteigen lassen (siehe auch Liste der Übereinkommen für Kooperationsfonds auf Seite 48). Außerdem hat die Bank sechs projektspezifische Kooperations-übereinkommen mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau, der Stiftung Frankreich-Polen, dem dänischen Umweltministerium und dem UNDP in einem Gesamtumfang von Ecu 0,9 Millionen unterzeichnet.

Die Finanzierung der Mitteleuropa-Initiative (Ecu 9 Millionen) war bis Ende 1992 in vollem Umfang abgesichert und ihr im Sitz der Bank gebildetes Sekretariat ist nunmehr voll funktionsfähig.

Übereinkommen für Kooperationsfonds

Geber	Datum des Abkommens (Aufstockung)	Währung	Betrag (in Millionen)	Ecu-Äquivalent (in Millionen)
1991				
Norwegen	16. April '91 (14. Januar '92)	NOK	5,00 7,00	0,60 0,83
Japan	5. Juli '91 (20. August '92)	JPY	855,00 1.597,30	5,66 10,57
USA	30. Juli '91	USD	1,07	0,88
Frankreich				
Auswärtige Angelegenheiten	1. August '91	FRF	7,00	1,05
Finanzministerium	26. März '92	FRF	20,00	3,00
Schweden	13. August '91	SEK	15,00	1,75
Rep. China (Taipeh)	16. September '91	USD	10,00	8,26
Europäische Kommission	15. Oktober '91	ECU	33,20	33,20
Niederlande	20. November '91 (14. Dezember '92)	NLG	5,20 11,50	2,36 5,23
Vereinigtes Königreich	25. November '91	GBP	1,00	1,25
Luxemburg	26. November '91	ECU	0,15	0,15
Österreich	31. Dezember '91	USD	5,00	4,13
1992				
Finnland	13. Januar '92	FIM	4,00	0,63
Kanada	24. Januar '92	CAD	1,00	0,65
Schweiz	31. März '92 (22. Dezember '92)	CHF	1,50 1,00	0,85 0,57
Israel	14. April '92	ILS	0,24	0,07
Italien	14. April '92	ITL	5.000,00	2,80
Mitteleuropäische Initiative (Italien)	14. April '92	ITL	16.000,00	8,95
Türkei	17. Juni '92	TRL	10.000,00	0,96
Dänemark	1. Juli '92	ECU	1,50	1,50
Neuseeland	10. Juli '92 (3. Dezember '92)	NZD	0,25 0,08	0,11 0,03
Spanien	21. Juli '92	ESP	50,00	0,36
Fonds der europäischen Kulturbehörde	15. Oktober '92	ECU	0,14	0,14
Portugal	20. Oktober '92	PTE	30,00	0,17
Island	3. Dezember '92	ECU	0,10	0,10
Deutschland	11. Dezember '92	DEM	10,00	5,11
Zwischensumme Kooperationsfonds				101,92
Sonderfonds Ostseeraum	14. April '92	ECU	5,00	5,00
Gesamtsumme der Fonds				106,92

Jahresabschluß

Jahresabschluß

Der Jahresabschluß der Bank für das Jahr 1992 entspricht den internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen und den Vorgaben der Richtlinien des Rates der Europäischen Gemeinschaften zu den Jahresabschlüssen und zu den konsolidierten Abschlüssen der Banken und anderer Finanzinstitute. Bestimmte bankspezifische Ausweise entsprechen jedoch nicht in vollem Umfang diesen Anforderungen, sind jedoch so angepaßt, daß sie mit dem Übereinkommen und der Stellung der Bank als einem internationalen Institut übereinstimmen. Zum Vergleich mit 1992 wurden die Ausweise des Jahres 1991 entsprechend dem neugefaßten Formblatt umgegliedert.

Jahresabschlüsse der Sonderfonds für den Ostseeraum

Im Rahmen des Artikels 18 des Übereinkommens kann die Bank die Verwaltung von "Sonderfonds" zur Finanzierung besonderer Vorhaben übernehmen. Jeder Sonderfonds wird im Rahmen der für ihn gültigen Vorschriften eingerichtet und verwaltet. Diese müssen sowohl dem Ziel und den Funktionen der Bank als auch den Bestimmungen des Übereinkommens (mit Ausnahme derjenigen, die sich ausdrücklich nur auf die laufende Geschäftstätigkeit der Bank beziehen) entsprechen. Die Mittel der Sonderfonds werden von der gewöhnlichen Kapitalausstattung der Bank vollständig getrennt geführt, verwendet, zugesagt, angelegt, investiert, oder es wird über sie anderweitig verfügt.

Stand der Tätigkeit der Bank

50 Bilanz
51 Gewinn- und Verlustrechnung
52 Mittelherkunfts- und Mittelverwendungsrechnung
53 Anmerkungen zum Jahresabschluß
64 Bericht der Abschlußprüfer

Der Sonderfonds für Investitionen im Ostseeraum

65 Bilanz
Gewinn- und Verlustrechnung
66 Mittelherkunfts- und Mittelverwendungsrechnung
67 Anmerkungen zum Jahresabschluß
68 Bericht der Abschlußprüfer

Der Sonderfonds für technische Unterstützung im Ostseeraum

69 Bilanz
Mittelzufluß und Mittelverwendung des Fonds
70 Anmerkungen zum Jahresabschluß
71 Bericht der Abschlußprüfer

Bilanz

zum 31. Dezember 1992

	Anmerkung	31. Dezember 1992 Ecu 000	31. Dezember 1991 Ecu 000
Aktiva			
Plazierungen und Schuldtitel			
Plazierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)		186.111	570.014
Andere Geldmarktplazierungen und sonstige Ausleihungen		446.961	216.726
Schuldtitel		2.053.576	244.706
	3	2.686.648	1.031.446
Darlehen und Aktienanlagen			
Darlehen und Ausleihungen		75.817	-
Aktienanlagen		50.366	-
Abzüglich: Wertberichtigungen		(9.939)	-
	4	116.244	-
Andere Aktiva		101.472	20.449
Sachanlagen	5	37.834	2.476
Von Mitgliedsländern begebene Schuldscheine	9	227.524	74.433
Gezeichnetes Kapital			
Fällig, jedoch nicht eingezahlt	8	29.330	-
Eingefordert, jedoch noch nicht fällig	8	1.729.465	2.364.900
Gesamtaktiva		4.928.517	3.493.704
Passiva			
Aufgenommene Gelder			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6	483.479	8.567
Verbriefte Schulden	7	1.360.378	499.188
		1.843.857	507.755
Sonstige Verbindlichkeiten		137.139	36.380
Gezeichnetes Kapital	8	9.883.750	9.853.750
Abrufbares Kapital		(6.918.625)	(6.897.625)
Eingezahltes Kapital		2.965.125	2.956.125
Rücklagen			
Rücklage für Umrechnungsdifferenzen	10	(7.382)	(525)
Sonderrücklage	11	62	-
Allgemeine Rücklage	12	2.923	1.021
		(4.397)	496
Verlustvortrag		(7.114)	-
Jahresfehlbetrag		(6.093)	(7.052)
Eigenkapital		2.947.521	2.949.569
Gesamtpassiva und Eigenkapital der Mitglieder		4.928.517	3.493.704
Bilanzvermerke			
Verpflichtungen	17	794.864	42.201

Gewinn- und Verlustrechnung

für das am 31. Dezember 1992 abgelaufene Geschäftsjahr

	Anmerkung	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1992 Ecu 000	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1991 Ecu 000
Zinsen und zinsähnliche Erträge aus Darlehen		1.610	-
aus festverzinslichen Wertpapieren		34.546	-
sonstige Zinsen		131.684	39.260
Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen		(82.482)	(10.417)
Zinsüberschuß		85.358	28.843
Nettoerträge aus Gebühren und Provisionen		4.360	25
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	14	10.463	47
Sonstige(r) betriebliche(r) Erträge (Aufwand)		(160)	431
Betriebliche Erträge		100.021	29.346
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	15	(91.295)	(33.980)
Abschreibungen auf Sachanlagen		(4.880)	(9.104)
Betriebsgewinn (-verlust) vor Abschreibungen und Wertberichtigungen im Kreditgeschäft		3.846	(13.738)
Wertberichtigungen auf Darlehen und Ausleihungen		(4.938)	-
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Aktienanlagen		(5.001)	-
Verluste aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit im Rechnungszeitraum		(6.093)	(13.738)
Außergewöhnliche Wechselkursgewinne	16	-	6.686
Jahresfehlbetrag		(6.093)	(7.052)

Gewinn- (Verlust-) verwendung

für das am 31. Dezember 1992 abgelaufene Geschäftsjahr

		Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1992 Ecu 000
Vortrag zum 1. Januar 1992		-
Verluste für den Zeitraum zum 31. Dezember 1991		(7.052)
Einstellungen in die Sonderrücklage	11	(62)
Vortrag zum 31. Dezember 1992		(7.114)

Gemäß dem Übereinkommen wird vorgeschlagen, einen Betrag von Ecu 3.937.000 zu Lasten des sich auf Ecu 6.093.000 belaufenden Verlusts für das Geschäftsjahr bis 31. Dezember 1992 zu bewilligen und diesen Betrag in die Sonderrücklage einzustellen.

Mittelherkunfts- und Mittelverwendungsrechnung

für das am 31. Dezember 1992 abgelaufene Geschäftsjahr

	Geschäftsjahr zum		Geschäftsjahr zum	
	Ecu 000	31. Dezember 1992 Ecu 000	Ecu 000	31. Dezember 1991 Ecu 000
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit				
Jahresfehlbetrag	(6.093)		(7.052)	
Überleitung des Jahresfehlbetrags auf die Mittelherkunft (netto) aus laufender Geschäftstätigkeit				
Abschreibungen und Wertberichtigungen im Kreditgeschäft	9.939		-	
Abschreibungen auf Sachanlagen	4.880		9.104	
Interner Steueraufwand	1.902		1.021	
Zinsaufwand und Zuführungen zu den Rückstellungen	54.755		36.380	
Zinserträge und Aufwandsabgrenzungen	(42.202)		(20.449)	
Gewinne aus Wertpapierhandel	(10.514)		-	
Vereinnahmte (abgeschriebene) Agios/ Disagios	(17)		38	
Mittelherkunft (netto) aus laufender Geschäftstätigkeit		12.650		19.042
Cash Flow aus Investitionstätigkeit				
Plazierungen bei und Ausleihungen an Banken (netto)	176.172		(176.172)	
Sonstige Plazierungen und Ausleihungen (netto)	(363.270)		-	
Kauf (netto) von Schuldpapieren	(1.786.998)		(244.706)	
Darlehensauszahlungen und Anlagen in Aktien	(126.183)		-	
Kauf von Sachanlagen	(53.504)		(11.580)	
Mittelverwendung (netto) für Investitionen		(2.153.783)		(432.458)
Cash Flow aus Finanzgeschäften				
Kapitalzeichnungen*	455.157		516.267	
Aufnahme verbriefter Schulden	879.900		499.150	
Mittelherkunft (netto) aus Finanzgeschäften		1.335.057		1.015.417
(Abnahme) Zunahme (netto) der liquiden Mittel und gleichgestellter Aktiva		(806.076)		602.001
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva zu Beginn des Rechnungszeitraums		602.001		-
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva zum Ende des Rechnungszeitraums		(204.075)		602.001
	Ecu 000	1992 Ecu 000	Ecu 000	1991 Ecu 000
Die liquiden Mittel und gleichgestellten Aktiva umfassen folgende Bilanzausweise:				
Plazierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n) abzüglich Restlaufzeiten von über 3 Monaten	186.111		570.014	
	-		(176.172)	
		186.111		393.842
Sonstige Geldmarktplazierungen und -ausleihungen abzüglich Restlaufzeiten von über 3 Monaten	446.961		216.726	
	(353.668)		-	
		93.293		216.726
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		(483.479)		(8.567)
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva		(204.075)		602.001
		1992 Ecu 000		1991 Ecu 000
* Die Kapitalzeichnungen umfassen:				
Forderungen auf Kapitaleinzahlungen		615.105		591.225
Von Mitgliedsländern begebene Schuldscheine		(153.091)		(74.433)
Rücklage für Umrechnungsdifferenzen		(6.857)		(525)
Kapitalzeichnungen		455.157		516.267

Anmerkungen zum Jahresbericht

1 Errichtung der Bank

(I) Übereinkommen zur Errichtung der Bank

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (die "Bank"), mit Hauptsitz in London, ist eine gemäß dem Übereinkommen (das "Übereinkommen") zur Errichtung der Bank vom 29. Mai 1990 geschaffene internationale Organisation. Zum 31. Dezember 1992 waren 54 Länder zusammen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank Anteilseigner der Bank.

(II) Sitzabkommen

Der Status, die Vorrechte und die Immunitäten der Bank sowie der mit ihr verbundenen Personen im Vereinigten Königreich sind im Sitzabkommen zwischen der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Bank (das "Sitzabkommen") festgelegt. Das Sitzabkommen wurde bei Aufnahme der Geschäftstätigkeit der Bank am 15. April 1991 in London unterzeichnet.

2 Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

(I) Generalnorm

Der Jahresabschluß wurde nach dem Anschaffungskostenprinzip aufgestellt, mit der Besonderheit, daß bestimmte Finanzierungsinstrumente und Schuldtitel nach Neubewertung bilanziert sind. Er entspricht ferner den Rechnungslegungsgrundsätzen der Bank, die mit den internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen sowie den Vorgaben der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften zu den Jahresabschlüssen und zu den konsolidierten Abschlüssen der Banken und anderer Finanzinstitute übereinstimmen.

(II) Ausweise

Gemäß Artikel 4 des Übereinkommens verwendet die Bank die Europäische Währungseinheit (Ecu) als Maßeinheit für die Kapitalzeichnungen der Mitglieder und für die Ausweise ihres Jahresabschlusses. Soweit zutreffend, sind folgende Ecu-Wechselkurse zum 31. Dezember 1992 bei der Aufstellung des Jahresabschlusses verwendet worden:

Australische Dollar	1,75952	Italienische Lire	1787,42
Belgische Francs	40,17777	Japanische Yen	151,06
Britische Pfund	0,798221	Kanadische Dollar	1,53603
Dänische Kronen	7,57479	Schwedische Kronen	8,54896
Deutsche Mark	1,9556	Schweizer Franken	1,76307
Französische Francs	6,66782	US-Dollar	1,2109
Holländische Gulden	2,19669		

(III) Währungsumrechnung

Aktiva und Passiva in anderen Währungen als Ecu, ausgenommen Zahlungen für Anlagen in Aktien, sind zu den am 31. Dezember 1992 gültigen Wechselkursen in Ecu umgerechnet. Bei kursgesicherten Aktiva und Passiva in anderen Währungen als Ecu werden die Umrechnungsunterschiede zwischen dem am Bilanzstichtag gültigen Marktkurs und dem Terminkurs unter sonstigen Aktiva und Passiva ausgewiesen. Gemäß der Geschäftspolitik der Bank werden keine größeren Positionen in anderen Währungen als Ecu gehalten. Geschäftsvorfälle in anderen Währungen werden zum Wechselkurs per Monatsultimo in Ecu umgerechnet. Wechselkursgewinne oder -verluste bei der Umrechnung von Aktiva und Passiva sowie bei Geschäftsvorfällen während des Jahres werden erfolgswirksam behandelt. Zahlungen für Anlagen in Aktien werden zu dem am Zahlungszeitpunkt gültigen Ecu-Wechselkurs ausgewiesen.

(IV) Kapitalzeichnungen

Gemäß dem Übereinkommen sind Kapitalzeichnungen der Mitglieder entweder in Ecu, in US-\$ oder in japanischen Yen und dabei entweder bar oder in Schuldscheinen zu leisten. Kapitalzeichnungen in US-\$ oder japanischen Yen werden gemäß Artikel 6.3 des Übereinkommens zu festen Wechselkursen abgerechnet. Die festgelegten Wechselkurse gegenüber dem Ecu betragen 1,16701 US-\$ und 169,95 japanische Yen. Wechselkursunterschiede zwischen dem festgelegten und dem Kurs bei Erhalt der Bareinzahlung oder der Einlösung der Schuldscheine werden in die Rücklage für Umrechnungsdifferenzen eingestellt.

Kapitalzeichnungen in Form von Schuldverschreibungen, die auf andere Währungen als Ecu lauten und die zum Jahresende offenstehen, werden entsprechend Absatz (III) neu bewertet, wobei alle Wechselkursgewinne oder -verluste in die Rücklage für die Umrechnungsdifferenzen eingestellt werden. Das Direktorium hat einen Grundsatz zur Kurssicherung noch offenstehender künftiger Kapitaleinlagen verabschiedet. Sämtliche Agios oder Disagios aus derartigen kursgesicherten Kapitalbewegungen werden in die Rücklage für Umrechnungsdifferenzen eingestellt.

(V) Schuldtitel

Als Anlage gehaltene Rentenwerte, Schuldverschreibungen, Einlagenzertifikate von Banken und andere marktfähige Wertpapiere mit festen Fälligkeiten sind zu Anschaffungskosten bewertet, berichtigt um anteilige Agios oder Disagios, die bei Erwerb angefallen sind und über die Laufzeit linear vereinnahmt oder abgeschrieben werden. Wertpapiere des Handelsbestandes sind zu Marktwerten bilanziert. Realisierte und nicht realisierte Gewinne und Verluste werden in dem Zeitraum erfolgswirksam behandelt, in dem sie anfallen.

(VI) Aktienanlagen

Aktienanlagen sind zu Anschaffungskosten abzüglich Wertberichtigungen für dauernde Wertminderung ausgewiesen.

(VII) Wertberichtigungen

Es werden sowohl Einzel- als auch Pauschalwertberichtigungen für drohende Verluste gebildet. Einzelwertberichtigungen für bestimmte Darlehen und Ausleihungen mit zweifelhafter Bonität werden in Höhe des voraussichtlichen Ausfalls nach dem Vorsichtsprinzip auf den noch offenen Forderungssaldo gebildet. Einzelwertberichtigungen auf Aktienanlagen sind in Höhe jeglicher dauernder Wertminderung schätzungsweise gebildet. Pauschalwertberichtigungen werden für latente Risiken gebildet, die bekanntlich in jedem Bestand von Darlehen, Ausleihungen oder Aktienanlagen vorliegen. Die Zuführung zu den Wertberichtigungen abzüglich der Auflösungen während des Geschäftsjahres werden der Gewinn- und Verlustrechnung belastet.

(VIII) Sachanlagen

Sachanlagen sind zu Anschaffungskosten abzüglich aufgelaufener Abschreibungen bewertet.

Sachanlagen werden über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer wie folgt linear abgeschrieben:

Pachten mit Restlaufzeiten von weniger als 50 Jahren: Anlagen und Einrichtungen:	Restlaufzeit jedoch mindestens 15 Jahre, 3 - 5 Jahre.
---	--

(IX) Zinsen, Gebühren und Provisionen

Zinsen und Bereitstellungsprovisionen werden herangerechnet und als Ertrag vereinnahmt. Die Bank vereinnahmt keine Erträge aus Darlehen zweifelhafter Bonität oder mit Zins- und Tilgungsrückständen von über 60 Tagen. Zinsen auf notleidende Kredite werden danach nur bei Zahlungseingang vereinnahmt. Vor der Darlehensbewilligung fällige Gebühren werden in Höhe der direkt zurechenbaren Vorlaufkosten bei deren Anfall vereinnahmt. Der Restbetrag wird über die Laufzeit des Darlehens vereinnahmt.

Sonstige Gebühren und Provisionen werden in der Zeit vereinnahmt, für welche die Zusage besteht oder in der die Leistungen erbracht werden.

Emissionsgebühren und Rückzahlungsagios oder -disagios werden bis zur Fälligkeit der jeweiligen Darlehen vereinnahmt oder abgeschrieben.

(X) Pensionsplan

Die Bank hat einen festgelegten Beitrags- und einen festgelegten Leistungsplan für die Altersversorgung ihrer Mitarbeiter/innen. Zuwendungen zu den festgelegten Beitrags- und Leistungsplänen werden der Gewinn- und Verlustrechnung belastet. Zuwendungen zu dem festgelegten Leistungsplan entsprechen den Gutachten qualifizierter externer Versicherungssachverständiger.

(XI) Interne Besteuerung

In Übereinstimmung mit Artikel 53 des Übereinkommens unterliegen alle Direktor/inn/en, stellvertretende Direktor/inn/en, leitende und sonstige Bedienstete der Bank einer von der Bank erhobenen internen Steuer auf die von der Bank gezahlten Gehälter und Bezüge. Entsprechend dem Übereinkommen verbleibt der Bank die zu ihren Gunsten einbehaltene Steuer. Gemäß Artikel 53 des Übereinkommens und Artikel 16 des Sitzabkommens sind die von der Bank gezahlten Gehälter und Bezüge von der Einkommenssteuer des Vereinigten Königreichs befreit.

Die interne Steuer wird von den von der Bank gezahlten Gehältern und Bezügen einbehalten und zugunsten der Bank der allgemeinen Rücklage zugeführt.

(XII) Besteuerung

In Übereinstimmung mit Artikel 53 des Übereinkommens werden die Bank, ihr Vermögen, ihr Eigentum und ihre Erträge von allen direkten und indirekten Steuern, einschließlich aller Abgaben und Steuern, die auf erworbene oder importierte Güter und Dienstleistungen erhoben werden, freigestellt; davon ausgenommen sind Steuern oder Abgaben, die Gebühren für öffentliche Versorgungsleistungen darstellen.

(XIII) Öffentliche Zuschüsse

Öffentliche Zuschüsse für den Erwerb von Gegenständen des Anlagevermögens werden in der Gewinn- und Verlustrechnung über die Abschreibungszeiträume linear vereinnahmt.

Zuschüsse für erfolgswirksame Aufwendungen werden mit dem zuschufähigen Aufwand bei dessen Anfall verrechnet.

Noch nicht erfolgsmäßig verrechnete Restbeträge erhaltener Zuschüsse oder Ansprüche hierauf werden in der Bilanz passivisch abgegrenzt.

(XIV) Bilanzunwirksame Finanzierungsinstrumente

Im Rahmen ihres laufenden Geschäftes ist die Bank Vertragspartei bilanzunwirksamer Finanzierungsinstrumente, einschließlich Währungs- und Zinsswapkontrakte, Termin- und Optionsgeschäfte und Devisenterminkontrakte. Diese Finanzierungsinstrumente dienen dazu, die Zins- und Währungsrisiken der Bank im Aktiv- und Passivgeschäft zu steuern. Gewinne und Verluste aus Finanzierungsinstrumenten für die Kurssicherung werden mit den kursgesicherten Beträgen verrechnet. Finanzpapiere des Handelsbestandes sind zum Marktwert angesetzt. Realisierte und nicht realisierte Gewinne und Verluste werden bei Anfall in die Gewinn- und Verlustrechnung übernommen. Bei der Beurteilung bilanzunwirksamer Verpflichtungen legt die Bank dieselben Kriterien zugrunde wie bei allen anderen Anlagen in ihrem Kreditgeschäft.

3 Plazierungen und Schuldtitel	1992	1991
	Ecu 000	Ecu 000
Plazierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)	186.111	570.014
Weitere Geldmarktplazierungen und Ausleihungen	446.961	216.726
Schuldtitel	2.053.576	244.706
Stand 31. Dezember	2.686.648	1.031.446
<i>Aufgegliedert nach Währungen:*</i>		
Australische Dollar	22.165	-
Britische Pfund **	89.018	14.810
Dänische Kronen	67.461	-
Deutsche Mark	250.445	50.376
Ecu	1.084.985	536.397
Französische Francs	90.925	15
Holländische Gulden	25	-
Italienische Lire	33.568	-
Japanische Yen	244.090	38.179
Kanadische Dollar	28.082	-
Schwedische Kronen	88.810	-
US-Dollar	687.074	391.669
Stand 31. Dezember	2.686.648	1.031.446
<i>Aufgegliedert nach Fälligkeiten:</i>		
Bis einschließlich 1 Monat	801.829	627.671
Über 1 Monat bis einschließlich 3 Monate	522.903	34.990
Über 3 Monate bis einschließlich 1 Jahr	387.135	258.196
Über 1 Jahr bis einschließlich 5 Jahre	928.435	110.589
Über 5 Jahre	46.346	-
Stand 31. Dezember	2.686.648	1.031.446
Schuldtitel		
<i>Aufgegliedert nach Emittenten:</i>		
Staaten	1.227.799	16.144
Körperschaften des öffentlichen Rechts	87.249	40.482
Sonstige Kreditnehmer	738.528	188.080
Stand 31. Dezember	2.053.576	244.706
Handelsbestand zum Marktwert	544.845	-
Als Anlage gehalten - zu abgeschriebenem Anschaffungskosten	1.508.731	244.706
Stand 31. Dezember	2.053.576	244.706

Wertpapiere des Handelsbestandes sind zum Marktwert angesetzt. Realisierte und nicht realisierte Gewinne und Verluste werden bei Anfall in die Gewinn- und Verlustrechnung übernommen.

Der Marktwert der Schuldtitel des Handelsbestandes liegt um Ecu 139.215 (1991: Ecu null) über den Anschaffungskosten.

Am 31. Dezember 1991 betrug der Nennwert der als Anlage gehaltenen Schuldtitel Ecu 1,497 Milliarden (1991: Ecu 249 Millionen) und der Marktwert Ecu 1,504 Milliarden (1991: Ecu 250 Millionen).

* Anmerkung 13 enthält eine Analyse der Nettowährungsposition der Bank.

** Plazierungen in britischen Pfund werden gehalten, um künftige Zahlungen in dieser Währung abzudecken.

4 Darlehen und Aktienanlagen	1992 Ecu 000	1991 Ecu 000
Darlehen und Ausleihungen	75.817	-
Wertberichtigungen	(4.938)	-
	70.879	-
Aktienanlagen	50.366	-
Wertberichtigungen	(5.001)	-
	45.365	-
Stand 31. Dezember	116.244	-

Darlehen und Aktienanlagen nach Ländern aufgliedert	Auszahlungen 1992 Ecu 000	Auszahlungen 1991 Ecu 000	Zugesagt, aber noch nicht ausgezahlt 1992 Ecu 000	Zugesagt, aber noch nicht ausgezahlt 1991 Ecu 000	Genehmigt, aber noch zugesagt 1992 Ecu 000	Genehmigt, aber noch zugesagt 1991 Ecu 000	Gesamtsumme der vom Direktorium gebilligten Projekte 1992 Ecu 000	Gesamtsumme der vom Direktorium gebilligten Projekte 1991 Ecu 000
							1992 Ecu 000	1991 Ecu 000
Albanien	-	-	8.258	-	-	-	-	
Bulgarien	-	-	72.826	-	35.511	-	-	
CSFR	41.014	-	26.311	-	110.662	31.554	31.554	
Ungarn	65.081	-	140.419	4.913	46.727	93.122	98.035	
Lettland	-	-	32.300	-	-	-	-	
Litauen	-	-	38.355	-	-	-	-	
Polen	16.125	-	169.547	37.288	299.072	51.643	88.931	
Belarus	320	-	31.713	-	-	-	-	
Estland	-	-	40.652	-	-	-	-	
Rumänien	752	-	222.592	-	-	165.000	165.000	
Russische Föderation	2.891	-	3.633	-	107.193	14.129	14.129	
Ukraine	-	-	-	-	3.716	-	-	
Region	-	-	8.258	-	94.971	29.830	29.830	
Gesamt	126.183	-	794.864	42.201	697.852	385.278	427.479	
Darlehen	75.817	-	746.758	42.201	564.482	351.487	393.688	
Aktienanlagen	50.366	-	48.106	-	59.045	33.791	33.791	
Kreditlinien	-	-	-	-	74.325	-	-	
Gesamt	126.183	-	794.864	42.201	697.852	385.278	427.479	

Alle Beträge beziehen sich auf den Stand vom 31. Dezember.

<i>Aufgliedert nach Währungen:*</i>	Ecu 000	<i>Aufgliedert nach Fälligkeiten:</i>	Ecu 000
Darlehen und Ausleihungen		Vereinbarte Rückzahlungen der Darlehen und Ausleihungen	
Ecu	9.555	1993	
Deutsche Mark	49.965	1994	11.461
US-Dollar	16.297	1995	13.095
		1996	11.707
	75.817	1997	11.892
		Danach	25.578
			75.817

* Anmerkung 13 enthält eine Analyse der Nettowährungsposition der Bank.

Darlehen und Ausleihungen (Fortsetzung)

*Aufgegliedert nach Währungen (Fortsetzung):**

Aktienanlagen	Ecu 000
CSFR-Kronen	23.336
Ungarische Forint	5.177
US-Dollar	21.853
	50.366

Zum 31. Dezember 1992 waren 4.8% der vom Direktorium bewilligten Darlehen festverzinslich, während es sich bei den verbleibenden um zinsvariable Darlehen handelte.

5 Sachanlagen	Pacht- grundstücke Ecu 000	Betriebsgebäude und Einrichtungen Ecu 000	Gesamt Ecu 000
<i>Anschaffungskosten</i>			
Stand 1. Januar 1992	8.805	2.775	11.580
Zugänge	34.825	5.594	40.419
Abgänge	(63)	(118)	(181)
Anschaffungskosten Stand 31. Dezember 1992	43.567	8.251	51.818
<i>Abschreibungen</i>			
Stand 1. Januar 1992	8.673	431	9.104
Zuführungen für das Geschäftsjahr	2.530	2.389	4.919
Abgänge	-	(39)	(39)
Aufgelaufene Abschreibungen Stand 31. Dezember 1992	11.203	2.781	13.984
<i>Nettobuchwert</i>			
Stand 31. Dezember 1992	32.364	5.470	37.834
Stand 1. Januar 1992	132	2.344	2.476
	1992		1991
6 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Ecu 000		Ecu 000
<i>Aufgegliedert nach Währungen:*</i>			
Britische Pfund	54.179		1.110
Deutsche Mark	67.639		-
Ecu	141.237		-
Französische Francs	90.085		-
Kanadische Dollar	26.889		-
US-Dollar	103.450		7.457
Stand 31. Dezember	483.479		8.567
<i>Aufgegliedert nach Fälligkeiten:</i>			
Bis einschließlich 1 Monat	475.489		8.567
Über 1 Monat bis einschließlich 3 Monate	7.990		-
Stand 31. Dezember	483.479		8.567

* Anmerkung 13 enthält eine Analyse der Nettowährungsposition der Bank.

7 Verbriefte Schulden

Die nachfolgende Aufstellung zum 31. Dezember 1992 enthält die Verbindlichkeiten der Bank aus umlaufenden Geldmarktpapieren und die dazugehörigen Währungsswaps.	Kapital- beträge zum Nennwert Ecu 000	Abge- grenztes Agio (Disagio) Ecu 000	Kapital- beträge nach Ver- rechnung Ecu 000	Forde- rungen/ Verbindlich- keiten aus Währungs- swaps Ecu 000	Netto- Währungs- verbind- lichkeiten Ecu 000	Durch- schnitt nach Swap- kosten %	1991 Bereinigter Kapital- betrag Ecu 000
Australische Dollar	244.385	576	244.961	(244.961)	-	-	-
Deutsche Mark	-	-	-	280.726	280.726	8,63	-
Ecu	550.000	(957)	549.043	(228.702)	320.341	10,46	499.188
Italienische Lire	44.757	(860)	43.897	(43.897)	-	-	-
Japanische Yen	268.966	(906)	268.060	(268.060)	-	-	-
Kanadische Dollar	32.552	-	32.552	(32.552)	-	-	-
Schwedische Kronen	64.336	459	64.795	(64.795)	-	-	-
Schweizer Franken	28.360	341	28.701	(28.701)	-	-	-
US-Dollar	128.004	365	128.369	630.942	759.311	3,19	-
	1.361.360	(982)	1.360.378	-	1.360.378		499.188

Im Rahmen des Ecu 1 Milliarde umfassenden mittelfristigen Euro-Mittelaufnahmeprogramms der Bank wurden zusätzlich zu öffentlichen und privaten Plazierungen über vier Anleihen Mittel im Gegenwert von insgesamt Ecu 117 Millionen aufgenommen.

Die gesamten ausstehenden durch Certificates verbrieften Schulden der Bank werden zwischen dem 4. Februar 1994 und dem 28. Oktober 2002 fällig. Die durchschnittliche Restlaufzeit ab Ausgabe der Papiere beträgt 6,2 Jahre. Dies ist mit der erwarteten durchschnittlichen Restlaufzeit von Darlehen und Anleihungen vergleichbar.

Alle verbrieften festverzinslichen Schulden sind durch Eintritt in Zinssatzswaps in Finanzierungen auf Basis des variablen LIBOR-Satzes umgewandelt worden.

8 Gezeichnetes Kapital	31. Dezember 1992 Anzahl der Anteile	31. Dezember 1992 Gesamt Ecu 000	31. Dezember 1991 Anzahl der Anteile	31. Dezember 1991 Gesamt Ecu 000
Autorisiertes Stammkapital	1.000.000	10.000.000	1.000.000	10.000.000
<i>davon:</i>				
Zeichnungen von Mitgliedern	988.375	9.883.750	985.375	9.853.750
Nicht zugeteilte Anteile	11.625	116.250	14.625	146.250
	1.000.000	10.000.000	1.000.000	10.000.000

Das autorisierte Stammkapital der Bank beträgt Ecu 10 Milliarden; es ist unterteilt in 1 Million Anteile mit einem Nennwert von je Ecu 10.000. Das autorisierte Stammkapital ist aufgeteilt in eingezahlte und abrufbare Anteile. Der ursprüngliche Gesamtnennwert der eingezahlten Anteile beträgt zunächst Ecu 3 Milliarden; er entspricht 30% des ursprünglich autorisierten Stammkapitals von Ecu 10 Milliarden und ist in fünf gleichen Jahresraten zahlbar. Im Rahmen des Übereinkommens sind abrufbare Anteile nur abrufbar, soweit und wenn die Bank zwecks Ablösung von Verbindlichkeiten hierzu auffordert. Der Umfang der nicht zugeteilten Anteile wurde in dem Übereinkommen auf 125 festgelegt. Insgesamt 15.500 Anteile, ursprünglich zur Zeichnung durch die ehemalige Deutsche Demokratische Republik vorgesehen, wurden den nicht zugeteilten Anteilen zugeschlagen. Anschließend wurden im Dezember 1991 Albanien 1.000 Anteile zugeteilt; ferner stimmte der Gouverneursrat im ersten Quartal 1992 der Mitgliedschaft Estlands, Lettlands und Litauens zu, denen je 1.000 Anteile zugeteilt wurden.

Vorbehaltlich der Bestimmungen der vom Gouverneursrat am 28. März 1992 gebilligten Resolution Nr. 21 sind die von der ehemaligen UdSSR gezeichneten 60.000 Anteile wie folgt aufgeteilt worden: Armenien (500), Aserbaidzhan (1.000), Belarus (2.000), Georgien (1.000), Kasachstan (2.300), Kirgistan (1.000), Moldawien (600), Russische Föderation (40.000), Tadschikistan (1.000), Turkmenistan (100), Ukraine (4.000) und Usbekistan (2.100). "Nicht zugeteilte ehemalige UdSSR" bezieht sich auf die verbleibenden 4.400 Anteile, die derzeit für diese Länder auf Ersuchen bereitstehen.

Bei seiner Zusammenkunft am 7. und 8. September 1992 kam das Direktorium zu dem Schluß, daß die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien aufgelöst ist und nicht mehr besteht und kein Mitglied der Bank mehr ist, und daß unter diesen Umständen der Gouverneursrat befugt ist, die vom ehemaligen Jugoslawien gezeichneten 12.800 Anteile unter den Ländern neu aufzuteilen, die ehemals Bestandteil Jugoslawiens waren. Das Direktorium empfahl, daß bis zu einer endgültigen Neuaufteilung des Anteilsbesitzes des ehemaligen Jugoslawiens an der Bank jedes dieser zur Mitgliedschaft zugelassenen Länder eine anfängliche Zuteilung von 100 Anteilen (das ist die für eine Mitgliedschaft erforderliche Mindestanzahl der Anteile) aus dem Anteilsbestand des ehemaligen Jugoslawiens unter der Bedingung erhält, daß es zu einem späteren Zeitpunkt eine vom Gouverneursrat festzulegende angemessene Anzahl zeichnen wird. Seither hat der Gouverneursrat die Resolutionen Nr. 30 und 31 angenommen, in denen die vorgenannten Schlußfolgerungen und Empfehlungen des Direktoriums gebilligt wurden. Im Dezember billigte der Gouverneursrat die Mitgliedschaft Sloweniens, dem 100 Anteile zugeteilt wurden. Die Mitgliedschaftsanträge weiterer Länder, die ehemals einen Bestandteil Jugoslawiens bildeten, werden derzeit geprüft. Das "nicht zugeteilte ehemalige Jugoslawien" bezieht sich auf die verbleibenden 12.700 Anteile, die für diese Länder derzeit auf Ersuchen bereitstehen.

Aufstellung der Kapitalzeichnungen
Stand 31. Dezember 1992

Mitglieder	Anteile (Anzahl)	Gesamtes gezeichnetes Kapital Ecu 000	Abrufbares Kapital Ecu 000	Eingezahltes Kapital Noch nicht fällig Raten Ecu 000	Eingezahltes Kapital Fällige, noch nicht einge- gangene Raten Ecu 000	Eingezahltes Kapital Erhaltene Raten Ecu 000
Mitglieder der Europäischen Gemeinschaften						
Belgien	22.800	228.000	159.600	41.040	-	27.360
Dänemark	12.000	120.000	84.000	21.600	-	14.400
Deutschland	85.175	851.750	596.225	153.315	-	102.210
Frankreich	85.175	851.750	596.225	153.315	-	102.210
Griechenland	6.500	65.000	45.500	11.700	-	7.800
Irland	3.000	30.000	21.000	5.400	-	3.600
Italien	85.175	851.750	596.225	153.315	-	102.210
Luxemburg	2.000	20.000	14.000	3.600	-	2.400
Niederlande	24.800	248.000	173.600	44.640	-	29.760
Portugal	4.200	42.000	29.400	7.560	-	5.040
Spanien	34.000	340.000	238.000	61.200	-	40.800
Vereinigtes Königreich	85.175	851.750	596.225	153.315	-	102.210
Europäische Investitionsbank	30.000	300.000	210.000	54.000	-	36.000
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft	30.000	300.000	210.000	54.000	-	36.000
Weitere europäische Länder						
Finnland	12.500	125.000	87.500	22.500	-	15.000
Island	1.000	10.000	7.000	1.800	-	1.200
Israel	6.500	65.000	45.500	11.700	-	7.800
Liechtenstein	200	2.000	1.400	360	-	240
Malta	100	1.000	700	180	-	120
Norwegen	12.500	125.000	87.500	22.500	-	15.000
Österreich	22.800	228.000	159.600	41.040	-	27.360
Schweden	22.800	228.000	159.600	41.040	-	27.360
Schweiz	22.800	228.000	159.600	41.040	-	27.360
Türkei	11.500	115.000	80.500	20.700	-	13.800
Zypern	1.000	10.000	7.000	1.800	-	1.200
Länder im Tätigkeitsbereich der Bank						
Albanien	1.000	10.000	7.000	1.800	600	600
Armenien	500	5.000	3.500	900	300	300
Aserbaidschan	1.000	10.000	7.000	1.800	300	900
Belarus	2.000	20.000	14.000	3.600	-	2.400
Bulgarien	7.900	79.000	55.300	14.220	-	9.480
Estland	1.000	10.000	7.000	2.400	-	600
Georgien	1.000	10.000	7.000	1.800	-	1.200
Kasachstan	2.300	23.000	16.100	4.140	1.380	1.380
Kirgistan	1.000	10.000	7.000	1.800	600	600
Lettland	1.000	10.000	7.000	2.400	-	600
Litauen	1.000	10.000	7.000	2.400	-	600
Moldawien	600	6.000	4.200	1.080	-	720
Polen	12.800	128.000	89.600	23.040	-	15.360
Rumänien	4.800	48.000	33.600	8.640	-	5.760
Russische Föderation	40.000	400.000	280.000	72.000	12.000	36.000
Slowenien	100	1.000	700	180	-	120
Tadschikistan	1.000	10.000	7.000	1.800	600	600
Tschechische und Slowakische Föderative Republik	12.800	128.000	89.600	23.040	-	15.360
Turkmenistan	100	1.000	700	180	-	120
Ungarn	7.900	79.000	55.300	14.220	-	9.480
Ukraine	4.000	40.000	28.000	7.200	2.400	2.400
Usbekistan	2.100	21.000	14.700	3.780	-	2.520
Nicht zugeteilte ehemalige UdSSR	4.400	44.000	30.800	7.920	2.640	2.640
Nicht zugeteiltes ehemaliges Jugoslawien	12.700	127.000	88.900	22.860	7.620	7.620
Außereuropäische Länder						
Ägypten	1.000	10.000	7.000	1.800	-	1.200
Australien	10.000	100.000	70.000	18.000	-	12.000
Japan	85.175	851.750	596.225	153.315	-	102.210
Kanada	34.000	340.000	238.000	61.200	-	40.800
Republik Korea	6.500	65.000	45.500	11.700	-	7.800
Marokko	1.000	10.000	7.000	1.800	-	1.200
Mexiko	3.000	30.000	21.000	5.400	-	3.600
Neuseeland	1.000	10.000	7.000	1.800	-	1.200
Vereinigte Staaten von Amerika	100.000	1.000.000	700.000	128.590	890	170.520
Von Mitgliedern gezeichnetes Kapital	988.375	9.883.750	6.918.625	1.729.465	29.330	1.206.330
Nicht zugeteilte Anteile	11.625	116.250				
Autorisiertes Stammkapital	1.000.000	10.000.000				

9 Von Mitgliedsländern begebene Schuldscheine	Insgesamt erhalten	Wechsel- kursgewinn (-verlust) realisiert	Wechsel- kursgewinn (-verlust) nicht realisiert	In Anspruch genommener Betrag	Ausstehender Betrag	1991
Begebene Schuldscheine	Ecu 000	Ecu 000	Ecu 000	Ecu 000	Ecu 000	Ecu 000
Emissionswährung						
Ecu	214.040	-	-	(107.489)	106.551	33.442
Japanische Yen	51.105	2.420	2.130	(36.490)	19.165	-
US-Dollar	172.272	(4.150)	(3.828)	(62.486)	101.808	40.991
Stand 31. Dezember	437.417	(1.730)	(1.698)	(206.465)	227.524	74.433

Gemäß dem Übereinkommen ist das eingezahlte Kapital in fünf gleichen Jahresraten einzuzahlen. Das Übereinkommen gestattet einem Mitglied, bis zu 50% jeder Rate in nicht übertragbaren unverzinslichen Schuldscheinen oder anderen von diesem Mitglied begebenen und auf Verlangen zum Nennwert an die Bank zahlbaren Schuldtiteln einzuzahlen.

Die Schuldscheine oder anderen Schuldtitel sind in Ecu, US-Dollar oder in japanischen Yen ausgestellt. Zur Einlösung hat das Direktorium den Grundsatz beschlossen, diese Schuldscheine in drei gleichen Jahresraten planmäßig in Anspruch zu nehmen.

Die in US-Dollar oder japanischen Yen ausgestellten Schuldscheine wurden entweder zu dem am Einlösungstag gültigen Wechselkurs oder, falls am Jahresende ausstehend, zu den am 31. Dezember 1992 gültigen Marktkursen in Ecu umgerechnet. Realisierte und nicht realisierte Wechselkursgewinne oder -verluste, die zwischen diesen Kursen und dem festen Wechselkurs entsprechend dem Übereinkommen vorliegen, wurden direkt der Rücklage für Umrechnungsdifferenzen zugeführt (Anmerkung 10).

Künftige Teilzahlungen auf das eingezahlte Kapital, die in japanischen Yen sowohl bar als auch in Schuldscheinen fällig werden, sind entsprechend der Genehmigung des Direktoriums kursgesichert, um die Forderungen aus Kapitaleinzahlungen in Ecu gegen nachteilige Kursbewegungen abzusichern. Darüber hinaus ist die Hälfte der 1994 bis 1997 in US-Dollar fälligen künftigen Teilzahlungen kursgesichert, die sowohl in bar als auch in Schuldscheinen auf das eingezahlte Kapital zu leisten sind. Nach dem 31. Dezember sind auch die verbleibenden 50% dieser künftigen Raten kursgesichert. Die im Rahmen dieser Kurssicherungsgeschäfte erhaltenen und geleisteten Zahlungen sind in die Rücklage für Umrechnungsdifferenzen aufgenommen worden.

10 Rücklage für Umrechnungsdifferenzen	1992 Ecu 000	1991 Ecu 000
<i>Die Rücklage für Umrechnungsdifferenzen umfaßt:</i>		
Nach Eingang der Kapitaleinzahlungen realisierte Wechselkursgewinne/ (-verluste) (netto), einschließlich der Gesamtauswirkung der Kurssicherung (netto) künftiger Kapitaleinzahlungen in japanischen Yen und US-Dollar	(3.954)	3.136
Bei Einlösung der von den Mitgliedsländern begebenen Schuldscheine realisierte Wechselkursgewinne (-verluste) (netto) (Anmerkung 9)	(1.730)	2.448
Nicht realisierte Wechselkursverluste durch Neubewertung ausstehender, von Mitgliedsländern begebener Schuldscheine (Anmerkung 9)	(1.698)	(6.109)
Stand 31. Dezember	(7.382)	(525)

11 Sonderrücklage	1992 Ecu 000
Vortrag	
Zuführung zu Lasten des Vortrags der Gewinn- und Verlustrechnung	62
Stand 31. Dezember	62

Gemäß dem Übereinkommen wird eine Sonderrücklage unterhalten, um gewisse, näher bestimmte Verluste der Bank auszugleichen. Diese Sonderrücklage wird dadurch dotiert, daß der Gesamtbetrag der anfänglich der Bank zufließenden Gebühren und Provisionen für Darlehen, Garantien und im Konsortialgeschäft solange zugeführt wird, bis das Direktorium feststellt, daß eine angemessene Höhe erreicht ist.

Zum 31. Dezember 1992 wurde der Ausweis der Sonderrücklage umgegliedert und als Zuführung zu Lasten des Vorjahresverlusts dargestellt.

Das Direktorium schlägt vor, einen Betrag von Ecu 3.937.000 aus dem Verlust für das Jahr zum 31. Dezember 1992 als Zuführung zur Sonderrücklage zu bewilligen.

12 Allgemeine Rücklagen	1992	1991
	Ecu 000	Ecu 000
Vortrag	1.021	-
Interne Besteuerung für den Rechnungszeitraum	1.902	1.021
Stand 31. Dezember	2.923	1.021

Die allgemeinen Rücklagen sind zum 31. Dezember 1992 umgegliedert. Dementsprechend besteht der Saldo von Ecu 1.021.000 zum 1. Januar 1992 nunmehr ausschließlich aus interner Besteuerung für den Zeitraum zum 31. Dezember 1991.

13 Nettowährungsposition									
Stand 31. Dezember 1992	US-	Britische	Deutsche	Japanische	Franzö-				
Ecu 000	Dollar	Pfund	Mark	Yen	sische	Sonstige	Ecu	Gesamt	
					Francs				
Aktiva									
Platzierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)	87.353	5.640	68.236	28	24.715	139	-	186.111	
Andere Geldmarktplatzierungen und sonstige Ausleihungen	11	37.584	-	-	8.399	2	400.965	446.961	
Schuldtitel	599.710	45.794	182.209	244.062	57.811	239.970	684.020	2.053.576	
Darlehen und Ausleihungen	16.297	-	48.324	-	-	-	6.258	70.879	
Aktienanlagen	21.853	-	-	-	-	27.522	(4.010)	45.365	
Andere Aktiva	10.578	7.245	4.126	2.040	(1.131)	17.031	61.583	101.472	
Von Mitgliedern begebene Schuldscheine	101.808	-	-	19.165	-	-	106.551	227.524	
Sachanlagen	-	-	-	-	-	-	37.834	37.834	
Zukünftige Kapitalzeichnungen	521.895	-	-	153.315	-	-	1.083.585	1.758.795	
Passiva									
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(103.450)	(54.179)	(67.639)	-	(90.085)	(26.889)	(141.237)	(483.479)	
Verbriefte Schulden	(128.369)	-	-	(268.060)	-	(414.906)	(549.043)	(1.360.378)	
Sonstige Verbindlichkeiten	(25.071)	(34.438)	(980)	(2.915)	(1.163)	(16.061)	(56.511)	(137.139)	
	1.102.615	7.646	234.276	147.635	(1.454)	(173.192)	1.629.995	2.947.521	
Bilanzunwirksame Finanzierungsinstrumente									
Währungsswaps	(537.571)	-	(234.739)	24.287	-	265.306	482.717	-	
Devisenterminkontrakte	(153.925)	56.377	-	(78.786)	-	(88.806)	265.140	-	
Optionen	-	-	-	(93.694)	-	-	93.694	-	
	411.119	64.023	(463)	(558)	(1.454)	3.308	2.471.546	2.947.521	

Die Nettowährungsposition in amerikanischen Dollar besteht aus nicht kursgesicherten Schuldscheinen sowie zukünftigen Kapitalzeichnungen. Unter britischen Pfund sind Guthaben und Devisenterminkontrakte ausgewiesen, die zur Abdeckung künftiger Zahlungen in dieser Währung abgeschlossen wurden. Die vergleichsweise geringen Nettowährungspositionen in deutschen Mark und japanischen Yen stammen aus Erträgen, Forderungen und Verbindlichkeiten, sind jedoch zu geringfügig, um eine Bareindeckung zu rechtfertigen. Die Position in "sonstigen" Währungen umfaßt eine Aktienanlage in ungarischen Forint von Ecu 1.989.000 sowie andere Salden aus Erträgen, Forderungen und Verbindlichkeiten, die wiederum nicht so erheblich sind, daß sie eine Bareindeckung erfordern.

	1992	1991
	Ecu 000	Ecu 000
14 Nettoertrag aus Finanzgeschäften		
Wertpapiere des Handelsbestandes		
- realisierte Gewinne	9.327	-
- nicht realisierte Gewinne	1.049	-
Wertpapiere zur Anlage		
- realisierte Gewinne	87	47
	10.463	47

		Jahresende	Jahresende	Zeitraum bis	Zeitraum bis
		31. Dezember	31. Dezember	31. Dezember	31. Dezember
		1992	1992	1991	1991
		Ist (IV)	Geplant (V)	Ist	Geplant
15 Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	Anmerkung	Ecu 000	Ecu 000	Ecu 000	Ecu 000
Personalaufwand	(I)	45.467	53.074	23.320	28.734
Gemeinkosten abzüglich staatlicher Zuschüsse (netto)	(II)	50.708	42.125	12.224	17.014
		96.175	95.199	35.544	45.748
abzüglich Abschreibungen		(4.880)		(9.104)	
Gründungskosten	(III)	-		7.540	
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		91.295		33.980	

(I) Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter/innen und der Mitglieder des Direktoriums, die während des Zeitraums im Personalaufwand erfaßt sind, betrug 522 (1991: 286).

(II) Staatliche Zuschüsse von Ecu 11.659.000 (1991: Ecu 13.560.000) sind für das Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1992 in der Gewinn- und Verlustrechnung erfaßt worden.

(III) Die Gründungskosten stellen die Kosten dar, die der Bank vor Beginn ihrer Tätigkeit am 15. April 1991 entstanden sind. Der Gouverneursrat hatte hierfür einen Haushalt von Ecu 10.000.000 bewilligt.

(IV) Die tatsächlichen Kosten in britischen Pfund lagen unter dem Haushaltsansatz. Zu Beginn des Geschäftsjahres wurde der Ecu-Gegenwert der in britischen Pfund im Haushalt angesetzten Aufwendungen und Investitionen zur Kurssicherung in britischen Pfund umgewandelt. Bestimmte nachteilige Wechselkursdifferenzen aus der Kurssicherung von Investitionsaufwendungen wurden im Verlauf des Geschäftsjahres als Aufwand erfaßt. Im Ergebnis liegen die in Ecu ausgedrückten Istkosten über dem Haushaltsansatz.

(V) Der Haushaltsplan wurde unter Einschluß des Zusatzhaushalts vom Direktorium für das am 31. Dezember 1992 abgelaufene Geschäftsjahr gebilligt.

16 Außergewöhnliche Wechselkursgewinne

Während des Zeitraums vom 15. April bis 31. Dezember 1991 erhielt die Bank einen Teil der ersten Ratenzahlungen auf das eingezahlte Kapital in anderen Währungen als Ecu. Diese Währungsbeträge wurden später in Ecu umgerechnet. Die Differenz zwischen den Kursen bei Zahlungseingang und zum Zeitpunkt der Umrechnung in Ecu führte zu einem Wechselkursgewinn von Ecu 6.686.000.

Zukünftige nicht in Ecu geleistete Ratenzahlungen auf das eingesetzte Kapital wurden sofort nach Bestätigung des Eingangs in Ecu umgerechnet.

17 Bilanzvermerke, Wechselkurs- und Zinssatzkontrakte

Die folgenden Übersichten zeigen die nominellen Kapitalbeträge bilanzunwirksamer Geschäfte. Die Nominalbeträge enthalten lediglich die zum Bilanzstichtag offenstehenden Kontraktsummen oder hypothetische Beträge für die Abschlüsse sämtlicher Finanzierungsinstrumente und liefern keinen Hinweis auf die damit verbundenen Marktrisiken. Die Anzahl der Kurssicherungsgeschäfte entspricht nicht der Summe der gesamten unter Anmerkung 13 ausgewiesenen Sicherungsinstrumente, da sie zum Teil zur gegenseitigen Sicherung dienen.

Verpflichtungen	1992			1991
	Ecu 000			Ecu 000
Nicht in Anspruch genommene förmliche Kreditzusagen			746.758	42.201
Verpflichtungen zum Erwerb von Anteilen			48.106	-
			794.864	42.201
	1992	1992	1992	1991
	Kurssicherung	Handel	Gesamt	Gesamt
	Ecu 000	Ecu 000	Ecu 000	Ecu 000
Wechselkurskontrakte				
Swappeschäfte	920.162	233.895	1.154.057	433.000
Termingeschäfte	506.570	-	506.570	181.000
Optionsgeschäfte	93.694	-	93.694	102.000
	1.520.426	233.895	1.754.321	716.000
Zinssatzkontrakte				
Swappeschäfte	1.278.090	-	1.278.090	353.000
Optionsgeschäfte	-	997.998	997.998	-
Termingeschäfte	-	1.302.854	1.302.854	-
	1.278.090	2.300.852	3.578.942	353.000
	2.798.516	2.534.747	5.333.263	1.069.000

Die Bank hat Zinssatz- und Währungsswappeschäfte über ein hypothetisches Gesamtkapital von Ecu 2,432 Milliarden abgeschlossen. Hierunter ist sie verpflichtet, Zinszahlungen zu variablen Sätzen zum Ausgleich dafür zu leisten oder entgegenzunehmen, daß sie Zahlungen zu festen Zinssätzen erhält oder leistet. Diese Swappeschäfte dienen dazu, eine offene Währungsposition auf ein Mindestmaß zu begrenzen und das Zinsänderungsrisiko dadurch zu verringern, daß die zu Festzinssätzen aufgenommenen Gelder und hinausgelegten Darlehen sowie der Bestand an festverzinslichen Wertpapieren zinsvariabel gestaltet werden. Die sich aus Zinssatzänderungen ergebenden Verpflichtungen oder Ansprüche auf Zahlung des Unterschiedsbetrags werden während der Vertragslaufzeit berücksichtigt.

Der rechnerische Gewinn der Bank aus dem Wiederbeschaffungswert aller offenstehenden Swappeschäfte zu Marktkursen betrug zum 31. Dezember 1992 Ecu 29 Millionen. Die Vertragspartner der Bank werden kritisch ausgewählt: Sie entsprechen den ausgestellten und gebilligten Kriterien. Die Bank hält das Adressenausfallsrisiko für nicht erheblich.

18 Fonds für technische Zusammenarbeit

Für die Vorbereitung, Finanzierung und Durchführung von Projekten sowie als Hilfe beim Übergang zur Marktwirtschaft bietet die Bank den Ländern technische Zusammenarbeit an. Deren Finanzierung kann über die ordentliche Kapitalausstattung der Bank, die im Übereinkommen bestimmten Sonderfondsmittel oder Kooperationsfonds erfolgen. Kooperationsfonds sind für Arbeiten im Rahmen der technischen Zusammenarbeit bereitgestellte Mittel von Kapitalgebern, die von der Bank entsprechend den mit diesen Kapitalgebern geschlossenen Kooperationsabkommen verwaltet werden. Zum 31. Dezember 1992 verwaltete die Bank 26 vollständig von Drittgebern finanzierte Kooperationsfondsabkommen mit Gesamtzusagen von ungefähr Ecu 107 Millionen. Die von Drittgebern erhaltenen Mittel beliefen sich zum 31. Dezember 1992 insgesamt auf annähernd Ecu 68 Millionen. Die noch nicht zugesagten Mittel betragen zum 31. Dezember 1992 Ecu 50 Millionen. Das Vermögen dieser Kooperationsfonds wird von dem der Bank getrennt gehalten.

19 Pensionsplan

Für ihre Mitarbeiter/innen unterhält die Bank einen Plan mit festgelegten Beiträgen (money purchase retirement plan) zusammen mit einem Programm für festgelegte Leistungen (final salary retirement plan). Die hierfür bestehenden Vermögen werden von dem der Bank getrennt gehalten. Der Aufwand für den auf dem Endgehalt aufbauenden Pensionsplan ist zum 25. September 1991 als Bewertungsstichtag versicherungsmathematisch nach einem teilwertähnlichen Verfahren ermittelt.

Die Dotation des "money purchase retirement plan" durch die Bank und der Aufwand für den auf dem Endgehalt aufbauenden Pensionsplan wurden der Gewinn- und Verlustabrechnung belastet.

**Bericht der Abschlußprüfer an die
Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung**

Wir haben den auf den Seiten 50 bis 63 wiedergegebenen Jahresabschluß entsprechend den internationalen Grundsätzen ordnungsgemäßer Durchführung von Abschlußprüfungen geprüft.

Nach unserer Auffassung vermittelt der Jahresabschluß unter Beachtung der internationalen Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und der Vorgaben der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften zu den Jahresabschlüssen und zu den konsolidierten Abschlüssen der Banken und anderer Finanzinstitute ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögenslage der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung zum 31. Dezember 1992 und des Verlustes und der Mittelherkunft und Mittelverwendung für das zu diesem Zeitpunkt beendete Geschäftsjahr.

185, avenue Charles-de-Gaulle
92201 Neuilly-sur-Seine
Paris
22. Februar 1993

Der Sonderfonds für Investitionen im Ostseeraum

Jahresabschluß für den Zeitraum vom 14. April 1992 bis 31. Dezember 1992

Bilanz

zum 31. Dezember 1992

	Anmerkung	Ecu 000	31. Dezember 1992 Ecu 000
Aktiva			
Plazierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)	3		8.695
Aktienanlagen	4	1.500	
Abzüglich Wertberichtigungen		(120)	
			1.380
Zinsansprüche			26
Noch nicht fällige Ansprüche auf Einlagen	5		20.000
Aktiva insgesamt			30.101
Passiva			
Einlagen der Mitglieder	5		30.000
Jahresüberschuß			101
Passiva und Einlagen der Mitglieder insgesamt			30.101

Gewinn- und Verlustrechnung

für den Zeitraum vom 14. April 1992 bis 31. Dezember 1992

	Anmerkung	Zeitraum zum 31. Dezember 1992 Ecu 000
Zinsen und zinsähnliche Erträge		471
Sonstige betriebliche Aufwendungen	6	(250)
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Aktien		(120)
Jahresüberschuß		101

Mittelherkunfts- und Mittelverwendungsrechnung

für den Zeitraum vom 14. April 1992 bis 31. Dezember 1992

	Zeitraum zum 31. Dezember 1992 Ecu 000
Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	
Jahresüberschuß	101
<i>Überleitung des Jahresüberschusses auf die Mittelherkunft (netto) aus laufender Geschäftstätigkeit:</i>	
Abschreibungen und Wertberichtigungen	120
Zinserträge	(26)
Mittelherkunft (netto) aus laufender Geschäftstätigkeit	195
Cash Flow aus Investitionstätigkeit	
Erwerb von Aktienanlagen	(1.500)
Mittelverwendung (netto) für Investitionen	(1.500)
Cash Flow aus Finanzgeschäften	
Einlage von Mitgliedern	10.000
Mittelherkunft (netto) aus Finanzgeschäften	10.000
Nettozunahme der liquiden Mittel und gleichgestellter Aktiva	8.695
Liquide Mittel zu Beginn des Zeitraums	-
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva zum Ende des Zeitraums	8.695

Anmerkungen zum Jahresabschluß

1 Errichtung des Sonderfonds

Der Sonderfonds für Investitionen im Ostseeraum wurde errichtet und wird verwaltet im Rahmen des Übereinkommens vom 14. April 1992 ("des Fonds-Übereinkommens") zwischen der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung ("der Bank") und den Regierungen des Königreichs Dänemark, der Republik Finnland, der Republik Island, des Königreichs Norwegen und des Königreichs Schweden ("den nordischen Ländern").

Der Sonderfonds für Investitionen im Ostseeraum wurde in Übereinstimmung mit Artikel 18 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank errichtet. Es handelt sich um einen offenen Fonds mit dem Ziel der Entwicklung eines marktwirtschaftlichen Systems in Estland, Lettland und Litauen ("den baltischen Staaten"). In diesem Sinne wird sich die Tätigkeit des Sonderfonds auf die Entwicklung kleiner und mittelständischer Unternehmen im privaten Sektor konzentrieren.

2 Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

(I) Generalnorm

Der Jahresabschluß wurde nach dem Anschaffungskostenprinzip aufgestellt und entspricht den internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen.

(II) Aktienanlagen

Aktienanlagen werden nach vertraglicher Unterschriftsleistung der Bank erfaßt und vom Auszahlungszeitpunkt an als Vermögensgegenstand geführt.

Aktienanlagen werden zu Anschaffungskosten abzüglich der Wertberichtigungen für jegliche dauernde Wertminderung ausgewiesen.

Pauschalwertberichtigungen werden für latente Risiken gebildet, die bekanntlich in jedem Bestand vorliegen. Die Zuführung zu den Wertberichtigungen abzüglich der Auflösungen während des Geschäftsjahres wird der Gewinn- und Verlustrechnung belastet.

3 Plazierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)

Alle Plazierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n) lauten auf Ecu und haben eine Laufzeit bis zu einschließlich einem Monat.

4 Aktienanlagen

Eine Aktieninvestition von Ecu 1.500.000 wurde in der Estnischen Investitionsbank getätigt.

5 Einlagen

Die laut Fonds-Übereinkommen fälligen Einlagen, die während des Rechnungszeitraums von den nordischen Ländern eingegangen sind, werden nachfolgend aufgeführt:		Erhaltene Einlagen	Ansprüche auf Einlagen	Noch nicht fällige Einlagen
Nordische Länder	%	Ecu 000	Ecu 000	Ecu 000
Dänemark	20,6	6.180	2.060	4.120
Finnland	22,4	6.720	2.240	4.480
Island	1,0	300	100	200
Norwegen	18,3	5.490	1.830	3.660
Schweden	37,7	11.310	3.770	7.540
	100,0	30.000	10.000	20.000

Die Einlagen sind in drei gleich hohen Jahresraten zahlbar.

6 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die "sonstigen betrieblichen Aufwendungen" enthalten die mit der Tätigkeit des Sonderfonds unmittelbar zusammenhängenden Verwaltungskosten sowie die an die Bank für die Verwaltung des Sonderfonds zu entrichtenden Gebühren. Diese werden mit 2,5% jeder Leistung auf die Einlage berechnet.

**Bericht der Abschlußprüfer an den
Nordischen Investitionsausschuß für den Ostseeraum**

Wir haben den auf den Seiten 65 bis 67 wiedergegebenen Jahresabschluß entsprechend den internationalen Grundsätzen ordnungsgemäßer Durchführung von Abschlußprüfungen geprüft.

Nach unserer Auffassung vermittelt der Jahresabschluß auf der in Anmerkung 2 erläuterten Grundlage ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögenslage des Sonderfonds für Investitionen im Ostseeraum zum 31. Dezember 1992 und des Jahresüberschusses und der Mittelherkunft und Mittelverwendung für den Zeitraum vom 14. April 1992 bis 31. Dezember 1992.

185, avenue Charles-de-Gaulle
92201 Neuilly-sur-Seine
Paris
22. Februar 1993

Der Sonderfonds für technische Unterstützung im Ostseeraum

Jahresabschluß für den Zeitraum vom 14. April 1992 bis 31. Dezember 1992

Bilanz

zum 31. Dezember 1992

	Anmerkung	31. Dezember 1992 Ecu 000
Aktiva		
Plazierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)	3	1.637
Zinsansprüche		4
Aktiva insgesamt		1.641
Passiva		
Nicht eingesetztes Fondsvermögen		1.581
Eingesetztes Fondsvermögen	4	60
Passiva insgesamt		1.641

Mittelzufluß und Mittelverwendung des Fonds

Für den Zeitraum vom 14. April 1992 bis 31. Dezember 1992

	Anmerkung	Zeitraum zum 31. Dezember 1992 Ecu 000
Im Rechnungszeitraum erhaltene Einlagen	5	1.666
Zinsen und zinsähnliche Erträge		85
Auszahlungen	4	(27)
Sonstige betriebliche Aufwendungen	6	(83)
Fondsvermögen zum 31. Dezember 1992		1.641

Anmerkungen zum Jahresabschluß

1 Errichtung des Sonderfonds

Der Sonderfonds für technische Unterstützung im Ostseeraum wurde errichtet und wird verwaltet im Rahmen des Übereinkommens vom 14. April 1992 ("dem Fonds-Übereinkommen") zwischen der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung ("der Bank") und den Regierungen des Königreichs Dänemark, der Republik Finnland, der Republik Island, des Königreichs Norwegen und des Königreichs Schweden ("den nordischen Ländern").

Der Sonderfonds für technische Unterstützung im Ostseeraum wurde in Übereinstimmung mit Artikel 18 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank errichtet. Es handelt sich um einen offenen Fonds mit dem Ziel der Entwicklung eines marktwirtschaftlichen Systems in Estland, Lettland und Litauen ("den baltischen Staaten"). In diesem Sinne wird sich der Fonds auf die Entwicklung kleiner und mittelständischer Unternehmen im privaten Sektor konzentrieren.

2 Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

(I) Generalnorm

Der Jahresabschluß wurde nach dem Anschaffungskostenprinzip aufgestellt. Einlagen und Auszahlungen werden bei Geldbewegung gebucht. Zinserträge und betrieblicher Aufwand sind abgegrenzt.

(II) Währungsumrechnung

Auszahlungen in einer anderen Währung als Ecu werden zu dem zum Zeitpunkt des Geschäftsvorfalles gültigen Wechselkurs umgerechnet.

3 Plazierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)

Alle Plazierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n) lauten auf Ecu und haben eine Laufzeit bis zu einschließlich einem Monat.

4 Eingesetztes Fondsvermögen und Auszahlungen

Das eingesetzte Fondsvermögen besteht aus den durch die Bank genehmigten Zusagen im Rahmen des Fonds-Übereinkommens abzüglich geleisteter Zahlungen.

	Ecu 000
Zusagen insgesamt	87
Auszahlungen	27
Eingesetztes Fondsvermögen	60

5 Im Rechnungszeitraum erhaltene Einlagen

Die laut Fonds-Übereinkommen fälligen Einlagen, die während des Rechnungszeitraums von den nordischen Ländern eingegangen sind, werden nachfolgend aufgeführt:

Nordische Länder	%	Gesamte Einlagen Ecu 000	Erhaltene Einlagen Ecu 000	Noch nicht fällige Ansprüche auf Einlagen Ecu 000
Dänemark	20,6	1.030	343	687
Finnland	22,4	1.120	373	747
Island	1,0	50	17	33
Norwegen	18,3	915	305	610
Schweden	37,7	1.885	628	1.257
	100,0	5.000	1.666	3.334

Die Einlagen sind in drei gleich hohen Jahresraten zahlbar.

6 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die "sonstigen betrieblichen Aufwendungen" enthalten die mit der Tätigkeit des Sonderfonds unmittelbar zusammenhängenden Verwaltungskosten sowie die an die Bank für die Verwaltung des Sonderfonds zu entrichtenden Gebühren. Diese werden mit 5% jeder Leistung auf die Einlagen berechnet.

**Bericht der Abschlußprüfer an den
Nordischen Investitionsausschuß für den Ostseeraum**

Wir haben den auf den Seiten 69 bis 70 wiedergegebenen Jahresabschluß entsprechend den internationalen Grundsätzen ordnungsgemäßer Durchführung von Abschlußprüfungen geprüft.

Nach unserer Auffassung vermittelt der Jahresabschluß auf der in Anmerkung 2 erläuterten Grundlage ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögenslage des Sonderfonds für technische Unterstützung im Ostseeraum und des Mittelzuflusses und der Mittelverwendung des Fonds für den Zeitraum vom 14. April 1992 bis 31. Dezember 1992.

185, avenue Charles-de-Gaulle
92201 Neuilly-sur-Seine
Paris
22. Februar 1993

Liste der 1992 gebilligten Projekte

Land	Tag der Genehmigung	Bereich	Projekt	Art	Unterzeichnet am	Gebilligte Bankmittel (Ecu M)	Gesamtumfang der Investition für das Projekt (Ecu M)
Polen	27. Januar	Bauwesen	Polnische Nationalbank Darlehen zur Unterstützung bei der Finanzierung von Projektierung, Entwicklung, Bau und Betrieb des Bankzentrums der NBP im Zentrum Warschau	Darlehen		27,08	74,82
Polen	27. Januar	Immobilien	Polnische Nationalbank Stammkapital zur Unterstützung bei der Finanzierung von Projektierung, Entwicklung, Bau und Betrieb des Bankzentrums der NBP im Zentrum Warschau	Aktien		2,47	21,47
Ungarn	14. Februar	Kfz-Industrie	Raba/General Motors Teilfinanzierung der Einrichtung eines modernen Motoren- und Pkw-Montagewerks	Darlehen	9. Juli	63,91	256,34
CSFR	26. Februar	Luftfahrt	Ceskoslovenske Aerolinie (CSA) Kofinanzierung des Austauschs des Flugzeugparks der Gesellschaft, Modernisierungsprogramm	Aktien	13. März	20,80	123,87
Bulgarien	24. März	Stromerzeugung	Kraftwerksprojekt Maritza Ost II Finanzierung für den Abschluß des Baus einer Kraftwerkseinheit und Unterstützung für die Finanzierung einer Entschwefelungsanlage	Darlehen	11. Juni	40,00	114,00
Region	24. März	Querschnittsbereich	Société Générale/European Bank (CEAL) Für einheimische kleine und mittelständische Unternehmen in bestimmten Ländern, in denen die Société Générale Zweigstellen bzw. Niederlassungen hat	Kreditlinie		20,65	41,29
Polen	27. April	Stromerzeugung	ABB Dolmel Ausbau einer Produktionsstätte für die Herstellung von Generatoren, die im Sektor für Stromerzeugungsausrüstungen gebraucht werden	Darlehen	2. Dezember	5,53	15,44
Ungarn	27. April	Nahrungsgüter	Fusion Investment Co Ltd Burger-King-Restaurants in Ungarn und der CSFR als Joint Ventures mit örtlichen Betreibern	Aktien	25. Juni	2,98	20,20
Polen	27. April	Nahrungsgüter	Ringnes/Pubrex (BCCB Ltd) Joint Venture zwischen einer norwegischen Getränkefirma und einem polnischen Bauunternehmen für die Entwicklung eines Einzelhandelsnetzes	Darlehen	11. Dezember	5,91	17,65
Ungarn	27. April	Telekommunikation	Westel Radiotelefon KFT Ausbau eines nationalen mobilen Telekommunikationssystems	Darlehen	8. Juni	8,25	66,07
Polen	26. Mai	Querschnittsbereich	Privater polnischer Aktienfonds Für Investitionen in nicht notierten polnischen Unternehmen mit Wachstumspotential, insbesondere für die Privatisierung und Umstrukturierung kleiner und mittelständischer Unternehmen	Aktien	4. November	39,10	90,84
Ungarn	9. Juni	Bauwesen	Grand Hotel Royal Finanzierung für Projektierung, Entwicklung, Bau und Betrieb des Grand Hotel Royal (über Holiday Inn) als Hotel, Büro und Einzelhandelseinrichtung	Darlehen		29,14	123,75
Rumänien	29. Juni	Erdöl und Erdgas	Grundlagen der Modernisierungsmaßnahmen für die Erdölindustrie Zur Verbesserung der Arbeit in der Erdölproduktion, Schaffung von Grundlagen für die Umstrukturierung sowie Modernisierung von Forschung und Entwicklung	Darlehen	14. September	22,71	31,69

Die Darlehen sind zu den am 31. Dezember 1992 gültigen Wechselkursen berechnet worden.
Aktien werden zu dem am Tag der Genehmigung gültigen Wechselkurs in Ecu umgerechnet.

Land	Tag der Genehmigung	Bereich	Projekt	Art	Unterzeichnet am	Gebilligte Bankmittel (Ecu M)	Gesamtumfang der Investition für das Projekt (Ecu M)
Ungarn	3. Juli	Finanzwesen	Europäische Kapitalentwicklung (ECD) Für Investitionen im Stammkapital ungarischer kleiner und mittelständischer Unternehmen	Aktien		3,30	9,91
Ungarn	3. Juli	Finanzwesen	Europäische Unternehmensfinanzierung (ECF) Für anfängliche Versorgung einer Investitionsbank mit Kapital, die in der Beratung der Unternehmensfinanzierung tätig sein wird	Aktien		0,82	3,31
Ungarn	13. Juli	Bauwesen	Budapester Ringautobahn Teilfinanzierung des Baus eines Teils des Straßennetzes sowie Beratungsdienste	Darlehen	15. September	21,00	108,80
Polen	13. Juli	Bauwesen	Polnisches Wohnungsbauprojekt Darlehen zur Finanzierung von Wohnungsbauprojekten durch private und öffentliche Erschließungsunternehmer	Darlehen	22. Dezember	55,33	275,00
Region	13. Juli	Querschnittsbereich	RZB/Europäische Bank (CEAL) Eine durch RZB kofinanzierte Agenturlinie, die als Beauftragter der Bank bei der Vermittlung von Darlehen tätig wird	Kreditlinie		20,65	41,29
Polen	13. Juli	Telekommunikation	Warsaw Telecommunications Für die Verbesserung des Zugangs, der Effizienz und Qualität der Dienstleistungen in der Stadt	Darlehen		140,39	284,04
Rumänien	28. Juli	Landwirtschaft	Projekt zur Entwicklung der Agrarindustrie Banca Agricola gewährt Zwischendarlehen für Unternehmen des privaten Sektors mit tragfähigen Investitionsvorschlägen in der Agrarindustrie	Darlehen	14. September	57,80	57,81
Belarus	28. Juli	Telekommunikation	Belarus International Telecom Digitalausrüstung für den internationalen Fernspreverkehr, Overlaynetz für Geschäftskunden in der Stadt Minsk und Modernisierung	Darlehen	31. Juli	32,03	37,48
CSFR	28. Juli	Telekommunikation	Eurotel Bratislava Teilfinanzierung des Baus eines Mobilfunknetzes und eines öffentlichen Datennetzes für die slowakische Republik	Darlehen	24. November	6,60	34,68
CSFR	28. Juli	Telekommunikation	Eurotel Prag Teilfinanzierung des Baus eines Mobilfunknetzes und eines öffentlichen Datennetzes für die tschechische Republik	Darlehen	24. November	9,08	78,45
Region	28. Juli	Telekommunikation	Ausbau des Eurovisionsnetzes Teilfinanzierung von Bodenstationen in 12 Ländern, um sie über Satellit an das Eurovisionsnetz anzubinden. Das Projekt umfaßt Albanien, Belarus, Bulgarien, die CSFR, Estland, Lettland, Litauen, Moldawien, Polen, Rumänien, die Russische Föderation und Ungarn	Darlehen	26. November	7,43	12,26
			Eurovision Bulgarien	Darlehen	26. November	0,82	1,36
			Eurovision Rumänien	Darlehen	10. Dezember	0,82	1,36
Ukraine	11. Dezember	Telekommunikation	Eurovision Ukraine (Zusatzprojekt in Verbindung mit dem Ausbau des Eurovisionsnetzes)	Darlehen		0,82	1,36
Bulgarien	7. September	Telekommunikation	Bulgaria Telecommunications Entwicklung eines nationalen Netzes durch Digitalisierung, Erneuerung und Ausbau der Leitungen sowie kurzfristige Maßnahmen	Darlehen	23. Dezember	32,00	187,00

Land	Tag der Genehmigung	Bereich	Projekt	Art	Unterzeichnet am	Gebilligte Bankmittel (Ecu M)	Gesamtumfang der Investition für das Projekt (Ecu M)
Polen	7. September	Stahlproduktion	Huta Warszawa-Lucchini Für Finanzierung von Modernisierungskosten eines bestehenden Stahlwerks, für neue Ausrüstung und Betriebskapital	Darlehen		30,00	214,10
Polen	11. September	Nahrungsgüter	Konspol-BIS Für den Bau und die Ausrüstung eines neuen Geflügelverarbeitungsbetriebs mit einer Jahreskapazität von 20.000 Tonnen	Darlehen		13,21	20,80
Polen	11. September	Textilherstellung	Legler Polonia Joint Venture zwischen der italienischen Legler-Gruppe sowie italienischen und polnischen Investoren. Mit dem Darlehen wird die Produktion von Baumwollkörper- und Jeansprodukten in Lodz finanziert	Darlehen		12,38	45,42
Estland	11. September	Finanzwesen	Estnische Investitionsbank Gründung der Bank für die Bereitstellung von mittel- und langfristigen Finanzierungen kleiner und mittelständischer Unternehmen in Estland	Aktien	20. Oktober	1,50	4,50
Russische Föderation	11. September	Finanzwesen	Russische Projekt-Finanzierungsbank Anfangskapital für die Gründung einer Projektfinanzierungsbank in Moskau	Aktien	26. November	2,56	4,95
Russische Föderation	11. September	Finanzwesen	Immobilienentwicklungsbank, St. Petersburg Sanierung von drei Gebäuden im Stadtzentrum zur Bereitstellung von Büroräumlichkeiten und Einzelhandelsgeschäften	Aktien		7,43	155,26
Ungarn	1. Oktober	Chemieindustrie	Columbian Tiszai Koromgyarto Kft Bau, Inbetriebnahme und Betreibung einer Kohlepapierfertigung auf der grünen Wiese	Darlehen	18. November	7,43	46,08
Russische Föderation	12. Oktober	Telekommunikation	Macomnet Teilfinanzierung des Baus eines Lichtwellenleiternetzes bei Nutzung der U-Bahn	Darlehen		3,30	14,66
Ungarn	26. Oktober	Verpackungsindustrie	PCA-Budafok Bereitstellung von Möglichkeiten für Hersteller von Recyclingpappe, für Renovierung und Verbesserung der Betriebseinrichtungen	Darlehen		5,78	15,99
Polen	26. Oktober	Energiesektor	Rockwool Poland Sp Mit dem Darlehen für das Joint Venture wird die Modernisierung von Produktionsfließbändern finanziert	Darlehen		6,13	18,56
Region	17. November	Querschnittsbereich	New Europe East Fund Fonds für Investitionen in Großbetrieben in der Gesamtregion	Aktien		20,64	143,06
CSFR	17. November	Kfz-Industrie	Skoda Automobilova Unterstützung für Modernisierung und Ausweitung der Produktionskapazität, Produktionsentwicklung und Bau neuer Anlagen	Darlehen		102,27	3.489,97
Lettland	17. November	Energiesektor	Energie-Notprojekt Für dringende Reparaturen an den Stromversorgungseinrichtungen, zur Verbesserung der Versorgung und nötigen Wirksamkeit beim Endverbraucher	Darlehen	23. Dezember	32,30	37,10
Russische Föderation	17. November	Erdöl und Erdgas	Samotlor Pan-Canadian Für den Kauf von Erdölförderausrüstungen und Ausstattungen zur verbesserten Nutzung bestehender Quellen in Westsibirien	Darlehen		8,25	65,41

Land	Tag der Genehmigung	Bereich	Projekt	Art	Unterzeichnet am	Gebilligte Bankmittel (Ecu M)	Gesamtumfang der Investition für das Projekt (Ecu M)
CSFR	28. November	Kfz-Industrie	CZ-Cagiva Finanzierung der Umstrukturierung eines bestehenden Werks für Motorräder, Ersatzteile und Motorherstellung in Strakonice	Darlehen		8,39	42,07
Bulgarien	28. November	Bauwesen	Bulgarische Transitstraße Projekt für Straßenbau und -wartung, zuzüglich Abschluß eines Teilstücks der Transeuropa-Autobahn	Darlehen		35,51	87,04
Estland	28. November	Stromerzeugung	Dringende Investition für den Energiesektor Für dringende Reparaturen für die Strom- und Heizungsversorgung, sowie Verbesserung der Energiewirksamkeit	Darlehen	4. Dezember	40,65	45,20
Ungarn	28. November	Finanzwesen	Ungarische Außenhandelsbank Bereitstellung von Mitteln für mittelfristige Darlehen in Ungarn	Darlehen (Zeichnen eines Wertpapiers)		7,67	51,14
Albanien	11. Dezember	Telekommunikation	Albania Telecommunications Modernisierung und Ausweitung des Telekommunikations-Systems	Darlehen	16. Dezember	8,25	32,67
Litauen	11. Dezember	Energiesektor	Energie-Notprojekt Für dringende Reparaturen an der Strom- und Heizungsversorgung, sowie Verbesserung der Energiewirksamkeit	Darlehen	15. Dezember	38,34	39,50
Polen	15. Dezember	Querschnittsbereich	Amer Bank Zur Finanzierung von Investitions- und Darlehensprojekten in kleinen und mittelständischen polnischen Unternehmen	Darlehen		16,51	30,97
Polen	15. Dezember	Nahrungsgüter	Prime Food Sp z.o.o. Unterstützung für Finanzierung des Baus eines Schlachthofs und Aufnahme von Fleischproduktion	Darlehen		7,84	21,64
Polen	15. Dezember	Glaserzeugnisse	Huta Sandomierz-Pilkington Joint Venture zur Privatisierung des größten polnischen Flachglasherstellers für den Bau einer Fließglasanlage	Darlehen		27,40	138,00
Polen	15. Dezember	Glaserzeugnisse	Huta Sandomierz-Pilkington	Aktien		13,80	
Russische Föderation	15. Dezember	Erdöl und Erdgas	Tschernogorskoie Joint Venture Bau von Ölbohrausrüstungen und Kauf von Ölbohrgeräten und Ausrüstungen zur weiteren Entwicklung bestehender Ölfelder in Westsibirien	Darlehen		33,03	233,38
Russische Föderation	15. Dezember	Erdöl und Erdgas	Gemeinsames Dienstleistungsunternehmen Vasingen Russisch-kanadisches Joint Venture zur Erhöhung des Ölausstoßes	Darlehen		18,99	29,73
Russische Föderation	15. Dezember	Finanzwesen	Russisches Privatisierungsdarlehen Unterstützung bei Ausarbeitung und schneller Durchführung des Privatisierungsprogramms	Darlehen		36,17	36,17
Ukraine	15. Dezember	Querschnittsbereich	Ukrainischer Risikokapitalfonds Fonds für Investitionen in gemeinsame Risikokapitalprojekte, Ausbildung ukrainischer Manager	Aktien		2,89	8,26
Gesamt						1.226,04	8.680,50

Gouverneure/Gouverneurinnen

Gouverneure und Stellvertretende Gouverneure 31. Dezember 1992

Mitglied	Gouverneur/Gouverneurin	Stellvertretender Gouverneur/ Stellvertretende Gouverneurin
Ägypten	Youssri Mostafa	Saad Al Faragi
Albanien	Artan Hoxha	Elisabeta Semini
Armenien	Janik Janoyan	–
Aserbajdschan	Galib A. Agajew	Wagif K. Achmedow
Australien	John Dawkins	Peter Wilenski
Belarus	Stanislaw Bogdanewitsch	Nikolai Lisai
Belgien	Philippe Maystadt	Grégoire Brouhns
Bulgarien	Iwan Jordanow Kostow	Mileti Mladenow
Dänemark	Uffe Ellemann-Jensen	Gunnar Ortmann
Deutschland	Theo Waigel	Horst Köhler
Estland	Madis Üürike	Raivo Maine
Finnland	Pertti Salolainen	Veikko Kantola
Frankreich	Michel Sapin	Jean-Claude Trichet
Georgien	Demuri Dwalishwilli	Kakhi Popiaschwili
Griechenland	Stefanos Manos	George Theophanous
Irland	Bertie Ahern	Sean P. Cromien
Island	Jón Sigurdsson	Bjorn Fridfinnsson
Israel	Jacob A. Frenkel	Aaron Fogel
Italien	Piero Barucci	Mario Draghi
Japan	Yoshiro Hayashi	Yasushi Mieno
Kanada	Donald Mazankowski	Reid Morden
Kasachstan	Galym B. Bainasarow	Tuleubek A. Abdikadirow
Kirgistan	Kemelbek Nanajew	Muratbek Mukashew
Republik Korea	Yong-Man Rhee	Soon Cho
Lettland	Elmars Silinsh	Dainis Ritinsh
Liechtenstein	Egmond Frommelt	Roland Marxer
Litauen	Wytenis Aleskaitis	Elwira Kunewiciene
Luxemburg	Jacques Santer	Yves Mersch
Malta	John Dalli	Anthony P. Galdes
Marokko	Mohamed Berrada	Mohammed Dairi
Mexiko	Pedro Aspe	Guillermo Ortiz
Moldawien	Leonid Talmaci	Constantin Tampiza
Neuseeland	Don McKinnon	George Gair
Niederlande	Wim Kok	Hans van den Broek
Norwegen	Sigbjørn Johnsen	Jon Ivar Nølsund
Österreich	Ferdinand Lacina	Hans Dietmar Schweisgut
Polen	Hanna Gronkiewicz-Waltz	Stefan Kawalec
Portugal	Jorge Braga de Macedo	José Monteiro Fernandes Bráz
Rumänien	Florian Bercea	Mugur Isarescu
Russische Föderation	Wiktor Gerastschenko	Andrej Wawilow
Schweden	Anne Wibble	Olle Wästberg
Schweiz	Jean Pascal Delamuraz	Silvio Arioli
Slowenien	Mitja Gaspari	Dusan Hocevar
Spanien	Carlos Solchaga	Pedro Perez
Tadschikistan	Tukhtaboi Gafarow	Tatjana D. Zaprometowa
Tschechische und Slowakische Föderative Republik*	Jan Klak	Josef Tosovsky
Türkei	Tansu Çiller	Tevfik Altinok
Turkmenistan	Amangeldi Bairamow	Amandurdi Bordshakow
Ukraine	Grigori Pjatatschenko	Wadim Hetman
Ungarn	Mihály Kupa	Imre Tarafás
Usbekistan	Rustam S. Asimow	Abdurafik Achadow
Vereinigtes Königreich	Norman Lamont	Lynda Chalker
Vereinigte Staaten	Nicholas Brady	Robert Fauver
Zypern	George Syrimis	Michael Erotokritos
Europäische Investitionsbank	Ernst-Günther Bröder	Alain Prate
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft	Henning Christophersen	Karel Van Miert

Direktoren

Direktoren und Stellvertretende Direktoren/Direktorinnen Stand: 31. Dezember 1992

Direktoren	Stellvertreter/innen	Länderbereich**	
William Curran	Emily Walker	Vereinigte Staaten	1 Robert Graham-Harrison ersetzte Tony Faint (Oktober 1992)
Claes de Neergaard	Halldór J. Kristjánsson	Schweden/Island/Estland	2 Won-Young Yon ersetzte Seung Woo Kwon (Juni 1992)
Tetsuma Fujikawa	Yoshihisa Kuroda	Japan	3 David Horley ersetzte Robert Mackenzie (September 1992)
Robert Graham-Harrison ¹	Craig Pickering	Vereinigtes Königreich	4 Oleg Preksin ersetzte Alexander Maslow (August 1992)
James Humphreys	Won-Young Yon ²	Australien/Korea/Neuseeland/Ägypten	5 Phelim Molloy ersetzte Pol O'Duibhir (Mai 1992)
Ron Keller	Paul Menkveld	Niederlande	6 Belen Cristino ersetzte Vicente Fernández (Oktober 1992)
Heiner Luschin	Mordechai D. Fraenkel	Österreich/Israel/Zypern/Malta	* Im Dezember 1992 erörtern die Direktoren die Lage im Zusammenhang mit der bevorstehenden Auflösung der Tschechoslowakischen Föderativen Republik (CSFR). Sie kamen überein, den Gouverneuren zu empfehlen, daß die Anteile der ehemaligen CSFR im Verhältnis 2:1 zwischen der tschechischen und der slowakischen Republik aufgeteilt werden, und daß vorbehaltlich der Abwicklung der Beitrittsverfahren für jeden der beiden Staaten die Einzelmitgliedschaft zum 1. Januar 1993 wirksam wird.
Giuseppe Maresca	Maurizio Serra	Italien	** Die Vertretungsdetails für folgende Länder werden noch erörtert: Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Slowenien, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine.
Donald McCutchan	David Horley ³	Kanada/Marokko	*** Bei der ursprünglichen Direktorenwahl während der Eröffnungssitzung am 15. April 1991 haben die Gouverneure für Jugoslawien und Rumänien gemeinsam einen Direktor gewählt; dieser trat am 18. Mai 1992 zurück. Auf dem Treffen am 27. Juli 1992 kam das Direktorium überein, daß die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien nicht mehr besteht und für dieses Land kein Einzelnachfolger in die Bankmitgliedschaft eintreten kann. Die Gouverneure stimmten im Oktober 1992 der Mitgliedschaft Sloweniens in der Bank zu. Die Gouverneure der Bank haben der Mitgliedschaft Kroatiens und der ehemaligen Jugoslawischen Republik Makedonien zugestimmt; diese tritt nach Abschluß der Aufnahmeverfahren in Kraft.
Patrick Mordacq	Didier Elbaum	Frankreich	
Kari Nars	Erik Århus	Finnland/Norwegen/Lettland	
Guy Noppen	Ernest Muhlen	Belgien/Luxemburg	
Tomás Parizek	György Matolcsy	Tschechische Republik	
Oleg Preksin ⁴	Sergej Owsejtschik	Slowakische Republik/Ungarn*	
Jacques Reverdin	Ibrahim Berberoglu	Russische Föderation/Belarus	
Christopher Sibson	Terry Brown	Schweiz/Türkei/Liechtenstein/Usbekistan/Kirgistan	
José da Silva Lopes	Dimitri Koulourianos	Europäische Investitionsbank	
Lars Tybjerg	Phelim Molloy ⁵	Portugal/Griechenland	
José Luis Ugarte	Belen Cristino ⁶	Dänemark/Irland/Litauen	
Antoine Van Goethem	Peter Blackie	Spanien/Mexiko	
Jan Winiacki	Plamen Iltschew	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft/Polen/Bulgarien/Albanien/Deutschland	
Günter Winkelmann	Siegfried Borggrefe	Rumänien/Moldawien***	
–	Stanel Ghencea		

Direktoriums-Ausschüsse Stand: 31. Dezember 1992

Finanzprüfungsausschuß	Ausschuß für Personalentlohnung und Verwaltungsangelegenheiten des Direktoriums	Finanzausschuß	
Claes de Neergaard (Vorsitzender)	Lars Tybjerg (Vorsitzender)	William Curran (Vorsitzender)	Gemeinsam mit den externen Prüfern geht der Finanzprüfungsausschuß die Jahresabschlüsse der Bank und den Bericht der Finanzprüfer durch. Gleichzeitig analysiert er das Arbeitsprogramm des internen Rechnungsprüfers und das Arbeitsprogramm für die Projektbewertung.
Donald McCutchan (Stellvertretender Vorsitzender)	Tomás Parizek (Stellvertretender Vorsitzender)	Patrick Mordacq (Stellvertretender Vorsitzender)	Der Ausschuß für Personalentlohnung und Verwaltungsangelegenheiten des Direktoriums prüft für Direktoren und Stellvertretende Direktoren Aspekte der Verwaltungsgrundsätze. Der Ausschuß bewertet ebenfalls allgemeine Grundsätze der Bestimmungen für Mitarbeiter, unter besonderer Betonung der Personalentlohnung und Vergütung.
Stanel Ghencea	Tetsuma Fujikawa	Robert Graham-Harrison	Der Finanzausschuß prüft alle Aspekte der Finanzgrundsätze und des Darlehensprogramms der Bank. Es gehört ebenfalls zu seinen Aufgaben, sich mit der gesamten Haushaltspolitik zu befassen.
James Humphreys	Heiner Luschin	Ron Keller	
Giuseppe Maresca	Jacques Reverdin	Kari Nars	
José da Silva Lopes	Christopher Sibson	Guy Noppen	
Antoine Van Goethem	José Luis Ugarte	Oleg Preksin	
	Jan Winiacki	Günter Winkelmann	

Beiräte

Stand 31. Dezember 1992

Unternehmensbeirat

Avv Giovanni Agnelli

Präsident, Fiat spa
Turin, Italien

Jean-Louis Beffa

Präsident, Saint-Gobain
Paris, Frankreich

John P. Birkeland

Vorsitzender, Dillon Read & Co Inc
New York, USA

Michel David-Weill

Geschäftsführer, Lazard Frères
Paris, Frankreich

Richard Debs

Beratender Direktor
Morgan Stanley & Co Inc
New York, USA

Ing. Giuseppe Garofano

Aufsichtsratsvorsitzender
Montedison
Milan, Italien

Pehr G. Gyllenhammar

Vorsitzender des Vorstands
AB Volvo
Göteborg, Schweden

Jean-Yves Haberer

Präsident und Generaldirektor
Crédit Lyonnais
Paris, Frankreich

Karl Kahane

Aufsichtsratsvorsitzender
Montana AG
Wien, Österreich

Yusuke Kashiwagi

Vorsitzender, Bank of Tokyo
Tokio, Japan

Dr. Karlheinz Kaske

Präsident and Vorsitzender des
Vorstands, Siemens AG
München, Deutschland

Yoh Kurosawa

Präsident
Industriebank Japan
Tokio, Japan

André Leysen

Präsident, Agfa Gevaert
Mortsel, Belgien

Robert McNamara

Washington DC, USA

Helmut Maucher

Vorstandsvorsitzender und
Hauptgeschäftsführer
Nestlé SA, Vevey, Schweiz

Henry Owen

Co-Vorsitzender
Bretton Woods Committee
Washington DC, USA

David de Pury

Präsident
BBC Brown Boveri SA
Baden, Schweiz

Edzard Reuter

Vorsitzender
Daimler-Benz AG
Stuttgart, Deutschland

Antoine Ribou

Präsident und Generaldirektor, BSN
Paris, Frankreich

The Rt. Hon. Lord Richardson of

Duntisbourne KG

Ehemaliger Gouverneur
Bank von England
Stellvertretender Vorsitzender, BIS
London, Vereinigtes Königreich

Hans-Joerg Rudloff

Vorsitzender
Crédit Suisse First Boston
London, Vereinigtes Königreich

Dr. Heinz Schimmelbusch

Vorsitzender des Vorstands
Metallgesellschaft AG
Frankfurt, Deutschland

Dr. Ronaldo Schmitz

Mitglied des Ausschusses der
Geschäftsführer
Deutsche Bank AG
Frankfurt, Deutschland

Takuma Yamamoto

Vorsitzender des Vorstands Fujitsu
Tokio, Japan

Volkswirtschaftlicher Beirat

Akademienmitglied Abel G.

Aganbegjan
Rektor, Akademie der
Nationalökonomie der UdSSR
Moskau, Russische Föderation

Professor Kenneth J. Arrow

Professor für Ökonomie
Stanford University
Kalifornien, USA

Professor Jean-Paul Fitoussi

Präsident, OFCE
Paris, Frankreich

Professor Ryutaro Komiya

Professor für Ökonomie
Aoyama Gakuin Universität
Tokio, Japan

Professor János Kornai

Professor für Ökonomie
Institut für Volkswirtschaftslehre
Budapest, Ungarn

Professor Assar C. Lindbeck

Professor für internationale
Ökonomie
Institut für internationale Ökonomie
Stockholm, Schweden

Professor Edmund S. Phelps

Professor für politische Ökonomie
Columbia Universität
New York, USA

Professor Robert M. Solow

Professor für Ökonomie
Massachusetts Institute of
Technology
Cambridge, USA

Professor Luigi Spaventa

Professor für Ökonomie
Università degli Studi
Rom, Italien

Professor Dr. C. Christian von

Weizsäcker
Professor für wirtschaftliche
Staatswissenschaften
Universität Köln
Deutschland

Umweltbeirat

Dr. Wojciech Beblo
Direktor für Umwelt
Kommunalbehörde
Oberschlesien, Polen

Jacques-Yves Cousteau

Präsident, Cousteau-Stiftung
Frankreich

Professor Dr. Boguslaw Fiedor

Professor, Wirtschaftsakademie
Wroclaw, Polen

Dr. Peter Hardi

Leitender Direktor
Regionales Umweltschutzzentrum
Budapest, Ungarn

Neil Hartigan

Vorsitzender Abteilung
Öffentliches Recht
Gardner, Carton & Douglas, USA

Dr. Martin Holdgate

Generaldirektor
Weltumweltschutzverband
Schweiz

Robert Hull

Umweltberater
Generaldirektorat 11
Europäische Kommission
Belgien

Dr. Andrzej Kassenberg

Präsident, Institut für Langfristig
Unbedenkliche Entwicklung
Warschau, Polen

Dr. Václav Mezrický

Direktor, Institut für Umweltrecht
Karlsuniversität, Prag, CSFR

Sir Crispin Tickell

Warden
Green College, Oxford
Vereinigtes Königreich

Dr. Angheluta Vadineanu

Professor der Ökologie
Universität Bukarest
Rumänien

Janos Vargha

Präsident, Ister, Osteuropäisches
Umweltforschungsinstitut
Ungarn

Delcho Georgiew Witchew

Mitglied des Leitenden Rates
Ecoglasnost
Bulgarien

Karel Vurm

Direktor
Kommunalhygiene und Sicherheit
Verband der Gewerkschaften der
Chemischen Industrie
CSFR

Professor Dr. E. U. von Weizsäcker

Präsident, Wuppertal-Institut für
Klima-Umwelt-Energie
Deutschland

Jan-Olaf Willums

Leitender Direktor
Internationales Umweltbüro
Internationale Handelskammer
Frankreich

Kontaktinformation

Geschäftsstruktur

Präsident	Vizepräsident Merchant Banking	Länder-teams	Sektorteams	Funktionale Geschäftsteams		
	Vizepräsident Development Banking	Abteilung Länderberatung	Abteilung Finanzinfrastruktur	Abt. Infrastruktur, Energie und Umwelt	Kooperationsfonds	Ausbildung und Schulung Beschaffung und Darlehensverwaltung
	Vizepräsident Finanzen	Unternehmensplanung und Haushalt	Finanzverwaltung	Controlling	Kredit und Finanzpolitik	Informationstechnik
	Vizepräsident Personal und Verwaltung	Personal	Verwaltung			
	Vizepräsident Evaluierung					
		Generalsekretär				
		Abteilungsleiter, Rechtsabteilung				
		Chefökonom				
		Politische Abteilung				
		Kommunikation				
	Innenrevision					

Organisation der Bank

Das Direktorium ist für die Führung der allgemeinen Geschäftstätigkeit der Bank verantwortlich. Der Präsident der Bank ist Vorsitzender des Direktoriums. Der Präsident führt die laufenden Geschäfte der Bank unter der Anleitung des Direktoriums und ist als Stabschef für die Organisation der Bank und die Ernennung von Mitarbeitern verantwortlich.

Kontaktaufnahme mit der Europäischen Bank

Präsident	Jacques Attali	Finanzen	
Merchant Banking		Vizepräsident	Anders Ljungh
Vizepräsident	Ron Freeman	Finanzabteilung	
Stellvertretender Leiter	Guy de Selliers	Finanzeinsatz	René Karsenti
Länderteamleiter		Stellvertreter, Finanzeinsatz	Mark Cutis
GUS, Baltische Staaten	Magne Haga	Leiter, Finanzierungsrisikomanagement	Marcus Fedder
Tschechische Republik, Slowakische Republik	Alex Tyrteos	Leiter, Finanzmittelbeschaffung	Louis de Montpellier
Ungarn	Gyuri Karady, Peter Reiniger	Abteilung Unternehmensplanung und Budgetausstattung	
Polen	Charles Wrangham	Abteilungsleiter	Pierre Pissaloux
Rumänien, Bulgarien, ehemalige jugoslawische Republiken, Albanien	Noreen Doyle	Stellvertretender Abteilungsleiter	Cedric du Monceau
Sektorenteamleiter		Abteilung Controlling	
Finanzinstitute	David Hexter	Controller	Christopher Holyoak
Schwerindustrie, Telekommunikation, Transportwesen	Edouard Altenhoven	Abteilung Kredit- und Finanzpolitik	
Natürliche Ressourcen	Randal Fischer	Abteilungsleiter	Boris Zenic
Immobilien, Tourismus, Agrarindustrie, Konsumgüter	Guy de Selliers, Massimo Ponzellini	Leiter, Kreditabteilung	Robert Harada
Konsortialfinanzierung	Noreen Doyle	Leiterin, Finanzpolitik	Patricia Haas Cleveland
Funktionsteamleiter		Abteilung Informationstechnologie	
Privatisierung	Charles Vuylsteke	Abteilungsleiter	Guy de Poerck
Umstrukturierung	Ron Freeman	Personal und Verwaltung	
Development Banking		Vizepräsident	Miklós Németh
Vizepräsident	Mario Sarcinelli	Abteilungsleiter, Personalabteilung	Sam Goldenberg
Berater des Vizepräsidenten	Pascal Lorot	Abteilungsleiter, Verwaltungsabteilung	Renaud Lagey
Abteilung Länderberatung		Evaluierung	
Abteilungsleiter	Joachim Jahnke	Vizepräsident	Manfred Abelein
Leiter der Länderreferate		Abteilungsleiter	Bill Stevenson
Albanien, Bulgarien	Matthias von Bismarck-Osten	Generalsekretariat	
Armenien, Georgien, Ukraine	Klaus Hoffarth	Generalsekretär	Bart le Blanc
Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan, Belarus,	Turgut Tüten	Stellvertretende Generalsekretärin	Sarah Papineau
Russische Föderation	Bill Winning	Abteilungsleiter, Konferenzplanung und Protokoll	Gilbert Sabathé
Kroatien, Tschechische Republik Slowakische Republik, Ungarn, Slowenien	Rolf Westling	Abteilungsleiterin, Sprachendienst und Konferenzen	Mary Penney
Estland, Lettland, Litauen, Polen Moldawien, Rumänien, sonstige ehemalige jugoslawische Republiken	George Krivicky	Rechtsabteilung	
Abteilung Finanzinfrastruktur		Abteilungsleiter, Rechtsabteilung	Andre Newburg
Abteilungsleiter	Manuel França e Silva	Stellvertretender Abteilungsleiter	John Taylor
Stellvertretender Abteilungsleiter	Motoo Kusakabe	Beigeordneter Stellvertreter	Emmanuel Maurice
Abteilung Infrastruktur, Energie und Umwelt		Beigeordnete Stellvertreterin	Liz Hunt
Abteilungsleiter	Thierry Baudon	Volkswirtschaftliche Abteilung	
Leitender Abteilungsleiter	Paul Krukowski	Chefökonom	John Flemming
Stellvertretender Abteilungsleiter	Clell Harral	Stellvertretender Chefökonom	Henryk Kierzkowski
Kommunikationsnetzgruppe	Mark Tomlinson	Politische Abteilung	
Stellvertretender Abteilungsleiter, Stadt- und Bezirksentwicklung	Josué Tanaka	Abteilungsleiterin	Sylvia Jay
Leiter, Umweltverträglichkeitsprüfung	Tim Murphy	Stellvertretender Abteilungsleiter	Andrei Bugrow
Unterstützungsfunktionen		Kommunikation	
Leiter, Kofinanzierung	Ullrich Kiermayr	Abteilungsleiter	Georges Leclere
Leiter, Beschaffungseinheit	Bernard Gouveia	Pressesprecherin	Barbara Ann Clay
Leiter, Ausbildung und Schulung	Philippe-Emmanuel Dewilde	Leiterin, Öffentlichkeitsarbeit	Katrina Farell-Gisse
		Innenrevision	
		Leiter, Innenrevision	Tarek Rouchdy

Sitz der Bank

Europäische Bank für Wiederaufbau
und Entwicklung
One Exchange Square
London EC2A 2EH
Vereinigtes Königreich
Tel: (+44) 71 338 6000
Fax: (+44) 71 338 6100
Telex: 8812161EBRD L G
Swift: EBRD GB2L

Projektanfragen und Vorschläge**Vorschläge für Projekte im
Privatsektor oder für Privatisierung:**

Ronald Freeman
Erster Vizepräsident,
Merchant Banking
Fax: (+44) 71 338 6115

**Vorschläge für physische und
finanzielle Infrastrukturprojekte:**

Mario Sarcinelli
Vizepräsident
Development Banking
Fax: (+44) 71 338 6105

Projektauskunft:

Tel: (+44) 71 338 6282
Fax: (+44) 71 338 6105

Allgemeine Anfragen zur Bank:

Büro für Öffentlichkeitsarbeit
Tel: (+44) 71 338 7234
Fax: (+44) 71 338 6139

Länderbüros**Albanien**

Zimmer 411, Hotel Tirana
Tirana
Tel: (+355) 42 32898
Fax: (+355) 42 32898
Repräsentant: Antonio Fanelli

Bulgarien

Suite 243, Hotel Sheraton
5 Sveta Nedelja Platz
1000 Sofia
Tel: (+35) 9 2 876 541
Fax: (+35) 9 2 871 038
Repräsentant:
Kamen Iwanow

Polen

15.14 LIM Centre-Marriott
Al. Jerozolimskie 65/79
00-697 Warschau
Tel: (+48) 2 630 7275
Fax: (+48) 2 630 6551
Repräsentant: Yves Fortin

Rumänien

8 Strada Sipotul Fintinilor
Sektor 1, Bukarest 70718
Tel: (+40) 1 615 6999
Fax: (+40) 1 312 2233
Stellvertretender Repräsentant:
Mike Hicks

Russische Föderation

24. Stock, 36 Nowy Arbat
121205 Moskau
Tel: (+7) 503 956 1111
Fax: (+7) 503 956 1122
Repräsentant:
Goran Segerlund

**Tschechische Republik/
Slowakische Republik**

28 Rijna 9
Prag 1
Tel: (+42) 2 268 611
Fax: (+42) 2 267 876
Stellvertretender Repräsentant:
Egor Tham

Ukraine

Suite 407, Hotel Nationalna
5 Rosa-Luxemburg-Straße
252021 Kiew 21
Tel: (+7) 044 291 8846
Fax: (+7) 044 291 8847
Repräsentant:
Nestor Gaiowski

Ungarn

Kecskeméti utca 7
H-1053 Budapest
Tel: (+36) 1 266 6000
Fax: (+36) 1 266 6003
Repräsentant: Paul Dax

Ein Repräsentantenbüro (für die drei baltischen
Staaten mit Filialen in Estland und Litauen)
wird zur Zeit in Lettland eingerichtet.

Herausgegeben und hergestellt vom Büro für
Öffentlichkeitsarbeit der Europäischen Bank.
Weitere Sprachfassungen von den Bereichen
Sprachen- und Konferenzdienst sowie Design
und Druck.

Design: Williams and Phoa
Fotos: Paul Lowe, Jecko Vassilev,
János Eifert, Equipe Cousteau
Titelbild: Peter Menzel/Impact Photos
Kartenbild: Tom Van Sant/
Science Photo Library
Druck: CTD auf Zanders Ikonofix Chlorfrei

Zanders Ikonofix Chlorfrei wird ohne Zusatz von
Chlor oder Chlorverbindungen gebleicht. Die
Rohstoffe stammen aus Betrieben mit einem
strengen Wiederaufforstungsprogramm, für
jeden gefällten Baum werden zwei oder drei
neue gepflanzt.